



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

E-Avis ISDC 2025

Kurzgutachten über die Finanzierung islamischer und anderer religiöser Gemeinschaften in Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Spanien, Schweden und dem Vereinigten Königreich

Stand : 31.01.2023

Cet avis de droit est publié avec l'approbation explicite de la personne qui a mandaté l'ISDC.

Dieses Gutachten wird mit ausdrücklicher Zustimmung der Person veröffentlicht, die das SIR beauftragt hat.

Il presente parere giuridico è pubblicato con il consenso esplicito della persona che ha dato all'ISDC il mandato di redigerlo.

This legal opinion is published with the express permission of the person who instructed the SICL.

J. Fournier et al.

E-Avis ISDC

Série de publications électroniques d'avis de droit de l'ISDC / Elektronische Publikationsreihe von Gutachten des SIR / Serie di pubblicazioni elettroniche di pareri dell'Istituto svizzero di diritto comparato / Series of Electronic Publications of Legal Opinions of the SICL

Empfohlene Zitierweise: J. Fournier / Lukas Heckendorn Urscheler, John Curran, Rodrigo Polanco Lazo, Ilaria Pretelli, Carole Viennet, Henrik Westermarck, Mathias Wouters; Kurzgutachten über die Finanzierung islamischer und anderer religiöser Gemeinschaften in Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Spanien, Schweden und dem Vereinigten Königreich, *E-Avis ISDC 2025* (www.isdc.ch)

Ce texte peut être utilisé uniquement à des fins de recherche personnelle. L'Institut suisse de droit comparé n'assume aucune responsabilité découlant d'une autre utilisation du texte, notamment à des fins professionnelles. Toute reproduction à d'autres fins, que ce soit papier ou électronique, requiert le consentement de l'Institut.

Das Verwenden dieses Dokuments für private Zwecke ist erlaubt. Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung übernimmt keinerlei Haftung im Falle einer anderen Verwendung des Textes, insbesondere zu professionellen Zwecken. Eine Veröffentlichung und Verbreitung in Papierform oder im elektronischen Format ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Instituts gestattet.

Questo testo può essere utilizzato solo a scopo di ricerca personale. L'Istituto svizzero di diritto comparato non assume alcuna responsabilità per ogni eventuale uso del testo per scopi diversi. La riproduzione, integrale o parziale, del testo per altri scopi, sia in formato cartaceo che in formato elettronico, richiede il consenso espresso dell'autore e dell'Istituto.

This text may be used for personal research purposes only. The Swiss Institute of Comparative Law does not accept liability for any other use of the text. Any additional reproduction for other purposes, whether in hard copy or electronically, requires the consent of the Institute.

EXECUTIVE SUMMARY

Das vorliegende Gutachten befasst sich mit verschiedenen Aspekten der Beziehung zwischen Staat und Religion.

In seinem ersten Teil gibt das Gutachten einen Überblick über den Status religiöser Gemeinschaften in verschiedenen Staaten. Hierbei handelt es sich um einen allgemeinen, vergleichenden Überblick, im Rahmen dessen beispielhaft die Situation in einzelnen Staaten näher dargestellt wird. Das Gutachten geht hier zunächst auf die unterschiedlichen Status der christlichen Religionen in Europa ein und sodann auf die Voraussetzungen, die eine religiöse Gemeinschaft erfüllen muss, um vom jeweiligen Staat als Religion anerkannt zu werden.

Der zweite Teil des Gutachtens besteht aus einzelnen Länderberichten zur Auslandsfinanzierung religiöser Gemeinschaften mit besonderem Augenmerk auf islamische Gemeinschaften. Zunächst stellen Berichte die rechtliche Regelung solcher Finanzierungen aus dem Ausland in Dänemark, Frankreich, Irland, Norwegen, Österreich und England vor. Ein explizites gesetzliches Verbot findet sich in Dänemark und Österreich, wohingegen sich in Norwegen eine eher indirekte gesetzliche Regelung findet. Frankreich enthält kein Verbot, hat jedoch besondere Transparenzvorschriften erlassen. Irland und England schliesslich verfügen ebenfalls über Transparenzvorschriften, jedoch nicht auf gesetzlicher Ebene. Sodann stellt das Gutachten aktuelle Diskussionen in Belgien, Italien, den Niederlanden, Schweden und Spanien über die Einführung einer staatlichen Kontrolle ausländischer Finanzierung von Religionsgemeinschaften vor.

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis.....	2
I. SACHVERHALT	3
II. FRAGEN	4
III. ÜBERSICHT ÜBER DIE STAATLICHE REGELUNG RELIGIÖSER GEMEINSCHAFTEN IN EUROPA.....	5
1. Verhältnis zwischen Religionsgemeinschaft und Staat.....	5
1.1. Theorie	5
1.2. Praxis.....	7
1.3. Art der Kooperation	8
2. Rechtliche Anerkennung der Religionsgemeinschaften	9
2.1. Keine eigene Rechtsform für Religionsgemeinschaften	9
2.2. Religionsgemeinschaft durch offizielle Anerkennung	10
IV. AUSLANDSFINANZIERUNG RELIGIÖSER GEMEINSCHAFTEN	13
A. Rechtliche Regelung der ausländischen Finanzierung und Umsetzung	13
1. Dänemark.....	13
2. Frankreich	16
3. Irland	19
4. Norwegen.....	20
5. Österreich	22
6. Vereinigtes Königreich (England)	35
B. Diskussion über staatliche Kontrolle ausländischer Finanzierung.....	37
1. Belgien.....	37
2. Italien	39
3. Niederlande.....	41
4. Schweden.....	43
5. Spanien.....	44
Annex I: Bestehen staatlicher Regelungen zur Einsetzung und Tätigkeit als Imam	48
Annex II: Öffentliches Register für Imame oder Moscheen.....	54
Annex III: Bestehen von Transparenzpflichten	58

I. SACHVERHALT

Mit Anfrage vom 31. August 2021 ersuchte das Bundesamt für Justiz (BJ) das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIR) um das Erstellen einer vergleichenden Studie. Gemäss Angaben des BJ ist folgender Sachverhalt Anlass für die Anfrage:

«Das Bundesamt für Justiz ist mit der Erfüllung des Postulats der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates 21.3451 «Imame in der Schweiz» beauftragt. Es gilt, in einem Bericht darzulegen, wie Personen besser kontrolliert werden können, die anlässlich von religiösen Reden und Predigten terroristisches oder gewalttätig-extremistisches Gedankengut verbreiten.»

Im Auftrag des BJ hat das SIR im Herbst 2021 daher einen ersten Überblick über das Bestehen staatlicher Regelungen hinsichtlich der Einsetzung und Tätigkeit von Imamen erstellt. Sinn dieser Übersicht war, für eine vertiefte Analyse interessante Rechtsordnungen zu identifizieren. Dabei bezog das SIR 16 Rechtsordnungen sowie das Recht der Europäischen Union mit ein. Die Übersicht befasste sich mit den folgenden drei Fragen: 1. Bestehen staatlicher Regelungen zur Einsetzung und Tätigkeit als Imam; 2. Öffentliches Register für Imame oder Moscheen; 3. Bestehen von Transparenzpflichten, insbesondere hinsichtlich Auslandsfinanzierung.

Diese Übersicht findet sich im vorliegenden Gutachten in den Annexen I bis III. Die Tabellen sind auf dem Stand von November 2021 und wurde nicht aktualisiert. Es handelt sich um rein vorläufige Übersichten, welche lediglich als Vorüberlegungen für vertiefte Nachforschungen dienen sollten.

Auf dieser Grundlage hat das BJ das SIR im November 2022 um weitere Informationen angefragt und das Bedürfnis folgendermassen formuliert:

«[...] Die Arbeiten am Bundesratsbericht haben nun gezeigt, dass es wichtig wäre, die in der Übersicht gewonnenen Erkenntnisse etwas besser einordnen zu können. Die punktuellen Regelungen, die untersucht wurden, können nicht losgelöst von grundsätzlicheren Fragen beantwortet werden und müssen im grösseren Zusammenhang gesehen werden. [Dies betrifft insbesondere] die Anerkennung von Religionsgemeinschaften und deren etwaige Finanzierung durch den Staat. [...]»

Hierfür hat das SIR das vorliegende Kurzgutachten erstellt, welches auf dem Stand von Januar 2023 ist. Im ersten Teil gibt es einen vergleichenden Überblick über die Stellung religiöser Gemeinschaften in verschiedenen Staaten. Dabei konzentriert es sich insbesondere auf westeuropäische Staaten, die in der Vergangenheit religiös und kulturell in erster Linie durch die katholische und protestantische christliche Kirche geprägt waren.

Im zweiten Teil skizziert dieses Kurzgutachten, wie in den verschiedenen Staaten die ausländische Finanzierung religiöser und insbesondere islamischer Gemeinschaften rechtlich geregelt ist und welche Transparenzregelungen diesbezüglich bestehen. Dabei behandelt das Gutachten in Abschnitt A. diejenigen Rechtsordnungen, welche über entsprechende Vorschriften verfügen, und in Abschnitt B. diejenigen Rechtsordnung, in denen die Einführung solcher Regelungen diskutiert wird. Bei der Auswahl der Rechtsordnungen hat sich das SIR massgebend auf die 2021 erstellte vorläufige Übersicht gestützt.

II. FRAGEN

Das BJ und das SIR haben sich im Dezember 2022 darauf verständigt, die folgenden Fragen im Rahmen eines Kurzgutachtens zu beantworten:

- Teil 1. Welche Stellung räumt der Staat religiösen Gemeinschaften ein (Anerkennung / Aufgaben / Privilegien und Einschränkungen) und wie regelt er diese?
- Teil 2. Wie sind die ausländische Finanzierung religiöser Gemeinschaften und entsprechende Transparenz rechtlich geregelt?
- A. Ist die ausländische Finanzierung religiöser / islamischer Gemeinschaften rechtlich geregelt? Wie werden diese Vorschriften umgesetzt / kontrolliert?
- B. Sofern das Einführen eines staatlichen Mittels zur Kontrolle ausländischer Finanzierung religiöser / islamischer Gemeinschaften diskutiert wird, wie ist der Stand der Diskussion und welche Argumente werden angeführt?

Teil 1 soll dabei lediglich mit einem kurzen rechtsvergleichenden Überblick beantwortet werden, ohne einzelne Länderberichte zu enthalten.

In Teil 2 sollen die Fragen A und B mit kurzen Länderberichten beantwortet werden. Aufgrund der in der Übersicht von 2021 gewonnenen Erkenntnisse behandelt die Frage A die Rechtsordnungen Dänemarks, Frankreichs, Irlands, Norwegens, Österreichs und des Vereinigten Königreichs, die Frage B die Rechtsordnungen Belgiens, Italiens, der Niederlande, Schwedens und Spaniens. Beide Fragen bauen auf der im Vorfeld ausgearbeiteten Übersicht (Annex III des vorliegenden Gutachtens) auf und sind danach unterteilt, ob es bereits einen rechtlichen Rahmen für die Auslandsfinanzierung von religiösen beziehungsweise islamischen Gemeinschaften gibt (Frage A) oder ob dies derzeit lediglich diskutiert wird (Frage B). Das BJ hat dem SIR einige Anmerkungen zu den einzelnen Rechtsordnungen im vorangegangenen Gutachten übermittelt, welche für das vorliegende Kurzgutachten als Orientierung dienen.

III. ÜBERSICHT ÜBER DIE STAATLICHE REGELUNG RELIGIÖSER GEMEINSCHAFTEN IN EUROPA

Bei der Frage, welchen Status Religionsgemeinschaften gegenüber dem Staat in den verschiedenen Rechtsordnungen innehaben, ergibt sich ein sehr vielfältiges Bild. Zur besseren Vergleichbarkeit mit der Schweiz konzentriert sich dieser Abschnitt auf **westeuropäische Staaten, die in der Vergangenheit religiös und kulturell primär durch die katholische und/oder die protestantische christliche Kirche geprägt waren.**

1. Verhältnis zwischen Religionsgemeinschaft und Staat

In der Lehre finden sich **verschiedene Modelle**, nach welchen die unterschiedlichen Rechtsordnungen in Bezug auf ihr Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften eingeteilt werden. So hat *Brugger* beispielsweise sechs verschiedene Kategorien von Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften ausgemacht,¹ während *Durham & Scharffs* in zehn (teils historische) Kategorien unterteilen.² Diese Modelle reichen jeweils von theokratischen Rechtsordnungen³ an einem Ende des Spektrums bis hin zu Rechtsordnungen, welche Religionen verbieten,⁴ am anderen Ende.

1.1. Theorie: Einteilung in drei Gruppen

Für das vorliegende Gutachten erscheint eine gröbere **Einteilung in drei Gruppen** zweckmässiger, angelehnt beispielsweise an *von Campenhausen & de Wall*⁵. Demnach lassen sich die westeuropäischen, von der katholischen und/oder protestantischen christlichen Kirche kulturell und religiös geprägten Rechtsordnungen zumindest auf den ersten Blick in die folgenden drei Kategorien einteilen:

1. Rechtsordnungen mit einer **strikten Trennung** zwischen Staat und Religion,
2. Rechtsordnungen mit einer sogenannten **Staatsreligion** und
3. Rechtsordnungen, in denen Staat und (bestimmte) Religionsgemeinschaften miteinander **kooperieren**.

¹ W. Brugger, Von Feindschaft über Anerkennung zur Identifikation. Staat-Kirche-Modelle und ihr Verhältnis zur Religionsfreiheit, in H. Joas & K. Wiegand (Hrsg.), *Säkularisierung und die Weltreligionen*, Frankfurt a.M. 2007, S. 257, zitiert in A. J. Nieuwenhuis, *State and religion, a multidimensional relationship: Some comparative law remarks*, in *International Journal of Constitutional Law (I-CON)* 2012, Bd. 10, Heft 1, S. 153 ff. (155 f.).

² W. C. Durham, Jr. & B. G. Scharffs, *Law and Religion: National, International, and Comparative Perspectives*, USA 2019, S. 125 ff.

³ Hierfür wird teilweise der Vatikanstaat als Beispiel angeführt, A. J. Nieuwenhuis, *State and religion, a multidimensional relationship: Some comparative law remarks*, in *International Journal of Constitutional Law (I-CON)* 2012, Bd. 10, Heft 1, S. 153 ff. (156), mit Hinweis unter anderem auf S. Monsma & Ch. Soper, *The Challenge of Pluralism, Church and State in Five Democracies*, Lanham/Maryland 2009, S. 11.

⁴ Hierfür wird meist auf Albanien in den 1970er und 1980er Jahren als Beispiel angeführt, W. C. Durham, Jr. & B. G. Scharffs, *Law and Religion: National, International, and Comparative Perspectives*, USA 2019, S. 128; A. J. Nieuwenhuis, *State and religion, a multidimensional relationship: Some comparative law remarks*, in *International Journal of Constitutional Law (I-CON)* 2012, Bd. 10, Heft 1, S. 153 ff. (156).

⁵ A. von Campenhausen & H. de Wall, *Religionsverfassungsrecht*, 5. Aufl., München 2022, S. 394 f.

Beispiele für **laizistische Rechtsordnungen**, also solche mit einer strikten Trennung zwischen Staat und Religion, sind **Belgien, Frankreich, Irland, die Niederlande, Portugal** sowie die **Tschechische Republik**. Diese Trennung ist jedoch lediglich in Frankreich⁶, Portugal⁷ und der Tschechischen Republik⁸ verfassungsrechtlich verankert.⁹ Das wichtigste Merkmal einer laizistischen Rechtsordnung im Vergleich zu den anderen beiden genannten Gruppen ist, dass der Staat vollkommen neutral gegenüber Religionsgemeinschaften sein soll.¹⁰ Dennoch ist die Trennung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in diesen Rechtsordnungen jeweils sehr unterschiedlich gestaltet.

Eine **Staatsreligion** gibt beziehungsweise gab es in Europa ausser in **Griechenland** vor allem in den nördlichen, protestantischen Staaten, nämlich in **Dänemark, England** und **Schottland** sowie **bis zum Jahr 2000 in Schweden** und **bis 2017 in Norwegen**. In einer Rechtsordnung mit Staatsreligion sind Religionsgemeinschaft und Staat miteinander verflochten, beispielsweise indem das Staatsoberhaupt gleichzeitig auch das Religionsoberhaupt ist, so wie der König von England das Oberhaupt der Kirche Englands (*Church of England*) ist. Ein anderes Beispiel für eine solche Verflechtung fand sich bis zur genannten Reform in Norwegen, wo die Hälfte der Minister der Norwegischen Kirche (*Den norske kirke*) angehören musste und die Regierung umgekehrt an der Benennung der Bischöfe und Dekane teilnahm.¹¹ Dies zeigt auch, dass die Staatsreligion durch ihre Rolle nicht nur Privilegien hat, sondern auch weniger Autonomie – ein Grund, weshalb auch die Norwegische Kirche den Entflechtungsprozess

⁶ Art 1 Abs 1 Satz 1 Constitution du 4 octobre 1958, verfügbar unter <https://www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT00000571356/> (30.01.2023):

«Article 1

La France est une République indivisible, laïque, démocratique et sociale [...]».

⁷ Art 41 Z 4 Constituição da República Portuguesa, verfügbar unter <https://www.parlamento.pt/Legislacao/Paginas/ConstituicaoRepublicaPortuguesa.aspx> (30.01.2023):

«Artigo 41.º

[...] 4. As igrejas e outras comunidades religiosas estão separadas do Estado e são livres na sua organização e no exercício das suas funções e do culto [...]».

⁸ Art 16 Abs 2 Urkunde der grundlegenden Rechte und -freiheiten, inoffizielle deutsche Übersetzung verfügbar unter <https://www.verfassungen.eu/cz/grundrechte92.htm> (31.01.2023):

«Artikel 16.

[...] (2) Die Kirchen und religiösen Gesellschaften verwalten ihre eigenen Angelegenheiten, insbesondere konstituieren ihre Organe, ernennen ihre Geistlichen und gründen Orden und andere kirchliche Einrichtungen unabhängig von den staatlichen Organen.»

Die Urkunde der grundlegenden Rechte und -freiheiten hat gemäss Art 3 der Verfassung der Tschechischen Republik (inoffizielle deutsche Übersetzung verfügbar unter [https://www.verfassungen.eu/cz/#:~:text=\(4\)%20Jeder%20B%C3%BCrger%20kann%20tun,Deklaration%20der%20Grundrechte%20und%202Dfreiheiten](https://www.verfassungen.eu/cz/#:~:text=(4)%20Jeder%20B%C3%BCrger%20kann%20tun,Deklaration%20der%20Grundrechte%20und%202Dfreiheiten) (31.01.2023)) Verfassungsrang:

«Artikel 3.

Bestandteil der verfassungsmäßigen Ordnung der Tschechischen Republik ist die Deklaration der Grundrechte und -freiheiten.»

Der tschechische Verfassungsgerichtshof hat die Trennung von Religionsgemeinschaften und Staat in zwei Entscheidungen bestätigt: sp. zn. III. ÚS 136/2000, verfügbar unter <https://nalus.usoud.cz/Search/GetText.aspx?sz=3-136-2000> (31.01.2023), sowie sp. zn. Pl. ÚS 6/02, verfügbar unter <https://nalus.usoud.cz/Search/GetText.aspx?sz=Pl-6-02> (31.01.2023).

⁹ A. Hager, Wie viel Kirche darf der Staat? Das Verhältnis von Religion und Staat im Europavergleich, in profil.at vom 30.03.2018, verfügbar unter <https://www.profil.at/gesellschaft/kirche-staat-europa-9669545> (10.01.2023).

¹⁰ J.-M. Woehrling, Laïcité, Neutralité : Droit français, in F. Messner (Hrsg.), Dictionnaire du droit des religions, 2. Aufl., Paris 2022, S. 446.

¹¹ W. C. Durham, Jr. & B. G. Scharffs, Law and Religion: National, International, and Comparative Perspectives, USA 2019, S. 123.

in Norwegen unterstützt hat.¹² Schima sieht in diesen Einschränkungen der Autonomie einer jeweiligen Staatskirche einen Eingriff in den durch die Religionsfreiheit gewährleisteten Schutz der inneren Ordnung einer Religionsgemeinschaft.¹³ In Schweden sollte das neue System sowohl Kirche als auch Staat Stabilität bringen, nachdem die Rolle der Staatskirche im modernen Staat bereits seit Mitte des 20. Jahrhunderts hinterfragt wurde.¹⁴

Beispiele für Rechtsordnungen, in denen es eine vertraglich¹⁵ geregelte **Kooperation zwischen Staat und Religion** gibt, sind **Deutschland, Italien, Österreich** und **Spanien**. In diesen Rechtsordnungen gibt es keine offizielle Staatskirche, sondern Staat und Religion sind grundsätzlich getrennt. Jedoch zeigt sich die Nähe des Staates zu mindestens einer der christlichen Kirchen durch ein besonderes Kooperationsverhältnis, wodurch sich für Deutschland beispielsweise der Begriff einer sogenannten «hinkenden Trennung»¹⁶ zwischen Staat und Kirche durchgesetzt hat.¹⁷ Die Kooperation kann dabei in den jeweiligen Rechtsordnungen im Hinblick auf Zweck, Akteure und Art der Umsetzung variieren und auch die Rechtsform der einzelnen Religionsgemeinschaften kann unterschiedlich sein.¹⁸

1.2. Praxis: Kooperationsysteme

Vor allem Ferrari zeigt allerdings überzeugend auf, dass diese theoretische Einteilung in drei Kategorien zumindest in den westeuropäischen Staaten in der Praxis stark verschwimmt. Demnach handele es sich auch bei den Rechtsordnungen, welche Staat und Religion trennen, sowie bei denen mit einer Staatsreligion **in der Praxis tatsächlich ebenfalls um Kooperationsysteme**. Diese hätten jeweils, so Ferrari, die folgenden Eigenschaften gemein:

1. Sie gewährleisten **Religionsfreiheit**,¹⁹
2. Staat und Kirche sind jeweils **autonom** und beeinflussen einander nicht;²⁰
3. Der Staat **kooperiert** mit bestimmten Religionsgemeinschaften.²¹

¹² W. C. Durham, Jr. & B. G. Scharffs, Law and Religion: National, International, and Comparative Perspectives, USA 2019, S. 123; siehe auch Gesetzesentwurf *Prop. 55 L (2015-2016) Endringer i kirkeloven (omdanning av Den norske kirke til eget rettssubjekt m.m.)*, verfügbar unter <https://www.regjeringen.no/no/dokumenter/prop.-55-l-20152016/id2474097/?ch=1> (17.01.2023).

¹³ S. Schima, Das im Islamgesetz 2015 verankerte Verbot der Auslandsfinanzierung. Anmerkungen vor dem Hintergrund der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Religionsfreiheit, in S. Hinghofer-Szalkay & H. Kalb (Hrsg.), Islam, Recht und Diversität, Wien 2018, S. 369 (369 f.).

¹⁴ L. Friedner, Church and State in Sweden, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 641 ff. (642); siehe auch Gesetzesentwurf *Regeringens proposition 1995/96:80 Ändrade relationer mellan staten och Svenska Kyrkan*, verfügbar unter https://www.riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/proposition/andrade-relationer-mellan-staten-och-svenska_GJ0380/html (17.01.2023).

¹⁵ Verträge des Staates mit der katholischen Kirche werden in der Regel durch Konkordat geschlossen, solche mit einer protestantischen Kirche durch Kirchenvertrag.

¹⁶ Dieser Begriff wurde ursprünglich von Ulrich Stutz geprägt.

¹⁷ Vgl. hierzu A. von Campenhausen & H. de Wall, Religionsverfassungsrecht, 5. Aufl., München 2022, S. 405.

¹⁸ S. Ferrari, Religion and religious Communities in the EU Legal System, in Insight Turkey 17 (2015), Heft 1, S. 63 ff. (71).

¹⁹ S. Ferrari, Religion and religious Communities in the EU Legal System, in Insight Turkey 17 (2015), Heft 1, S. 63 ff. (69).

²⁰ S. Ferrari, Religion and religious Communities in the EU Legal System, in Insight Turkey 17 (2015), Heft 1, S. 63 ff. (70).

²¹ S. Ferrari, Religion and religious Communities in the EU Legal System, in Insight Turkey 17 (2015), Heft 1, S. 63 ff. (71).

Ferrari formuliert hierfür zwei Grundprinzipien, welche die jeweiligen Rechtsordnungen seiner Ansicht nach erfüllen. Zum einen müssten alle Religionsgemeinschaften ausreichend Freiheiten im Rahmen der **Religionsfreiheit** genießen, um nicht nur überleben, sondern sich entwickeln zu können. Zum anderen sei es oberhalb dieser Schwelle allerdings vertretbar, die verschiedenen Religionsgemeinschaften durch **Kooperation** mit bestimmten Gemeinschaften unterschiedlich zu behandeln.²² Grund hierfür sei unter anderem, dass fehlende Unterstützung nicht mit Unterdrückung gleichzusetzen sei.²³ Zu vergleichbaren Ergebnissen kommen auch andere Autoren.²⁴ Interessant im Zusammenhang mit der Frage, ob Kooperation des Staates mit einzelnen Religionsgemeinschaften vertretbar ist, sind auch die von der sogenannten **Venedig-Kommission**²⁵ herausgegebenen **Richtlinien über die Rechtspersönlichkeit von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften**. In diesen Richtlinien widmet sich die Venedig-Kommission verschiedenen Aspekten über die Rechtspersönlichkeit von Religionsgemeinschaften, ihr Teil IV betrifft dabei Privilegien für Religionsgemeinschaften oder -organisationen. Darin nennt die Venedig-Kommission einige Privilegien als Beispiel, welche ein Staat bestimmten Religionsgemeinschaften zuerkennen kann, wie finanzielle Unterstützung, Steuereintreibung oder Mitgliedschaft in öffentlichen Medien. Den Staaten steht es dabei gemäss der Richtlinien frei, einzelne privilegierte Religionsgemeinschaften auszuwählen, sofern diese Auswahl sowie die Umsetzung der Privilegien auf eine nicht-diskriminierende Art geschieht.²⁶ Der Status als Staatsreligion, als anerkannte Volksreligion oder dass die Mehrheit der Bürger dieser Religion angehören soll dabei eine ausreichende Grundlage sein, um diese Religion zu privilegieren, sofern dadurch Andersgläubige oder Atheisten nicht diskriminiert oder in ihren Menschen- und Grundrechten beeinträchtigt werden.²⁷

1.3. Art der Kooperation

Die **Art der Kooperation** hat in den verschiedenen Rechtssystemen sehr unterschiedliche Formen. Da die Rolle der Religionen meist sehr stark historisch bedingt ist, weisen die Rechtsordnungen zahlreiche Unterschiede in ihrer jeweiligen Art der Kooperation auf.²⁸ So werden beispielsweise Geistliche

²² S. Ferrari, Religion and religious Communities in the EU Legal System, in *Insight Turkey* 17 (2015), Heft 1, S. 63 ff. (73).

²³ S. Ferrari, Religion and religious Communities in the EU Legal System, in *Insight Turkey* 17 (2015), Heft 1, S. 63 ff. (72).

²⁴ So beispielsweise B. Steiger, Staat ohne Gott? Zum Verständnis des säkularen Staates, *Göttinger E-Papers zu Religion und Recht (GöPRR)* 22 (2021), verfügbar unter <http://webdoc.sub.gwdg.de/pub/mon/goeprr/22-2021-steiger.pdf>, S. 26, 28 f., 30; A. Hager, Wie viel Kirche darf der Staat? Das Verhältnis von Religion und Staat im Europavergleich, in *profil.at* vom 30.03.2018, verfügbar unter <https://www.profil.at/gesellschaft/kirche-staat-europa-9669545> (beide 16.01.2023); W. C. Durham, Jr. & B. G. Scharffs, Law and Religion: National, International, and Comparative Perspectives, USA 2019, S. 130; A. J. Nieuwenhuis, State and religion, a multidimensional relationship: Some comparative law remarks, in *International Journal of Constitutional Law (I-CON)* 2012, Bd. 10, Heft 1, S. 153 ff. (157); W. C. Durham, Jr., Legal Status of Religious Organizations: A Comparative Overview, in *The Review of Faith & International Affairs* 2010, S. 3 (6).

²⁵ Bei der Venedig-Kommission handelt es sich um die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht, eine Einrichtung des Europarates, https://www.venice.coe.int/WebForms/pages/?p=01_Presentation&lang=DE (16.01.2023).

²⁶ Nr. 38 f. der Gemeinsamen Richtlinien der Venedig-Kommission über die Rechtspersönlichkeit von Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften, Opinion Nr. 673/2012 vom 16. Juni 2014, CDL-AD(2014)023, verfügbar unter [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD\(2014\)023-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD(2014)023-e) (16.01.2023).

²⁷ Nr. 41 der Gemeinsamen Richtlinien der Venedig-Kommission über die Rechtspersönlichkeit von Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften, Opinion Nr. 673/2012 vom 16. Juni 2014, CDL-AD(2014)023, verfügbar unter [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD\(2014\)023-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD(2014)023-e) (16.01.2023).

²⁸ A. von Campenhausen & H. de Wall, *Religionsverfassungsrecht*, 5. Aufl., München 2022, S. 393 f.

verschiedener Religionen in Belgien vom Staat bezahlt, während in Deutschland dafür christliche Theologie an staatlichen Universitäten gelehrt wird und der Staat die sogenannte Kirchensteuer im Namen der christlichen Kirchen erhebt.²⁹ Im eigentlich laizistischen Frankreich werden konfessionelle Privatschulen subventioniert und der Staat ist Eigentümer verschiedener Kirchengebäude, an welchen der katholischen Kirche lediglich ein kostenloses Nutzungsrecht zusteht.³⁰ Umgekehrt berät die (Staats-)Kirche Englands über den Lehrplan für den nichtkonfessionellen Religionsunterricht an staatlichen Schulen gemeinsam mit anderen vorherrschenden Religionen sowie den Lehrervereinigungen und der örtlichen Schulbehörde, ohne ein spezifisches religionsgebundenes Programm durchsetzen zu dürfen.³¹

2. Rechtliche Anerkennung der Religionsgemeinschaften

Um mit dem Staat eine entsprechende Kooperation eingehen zu können, müssen die jeweiligen Religionsgemeinschaften in der Regel als solche anerkannt sein und Rechtspersönlichkeit haben, um Verträge mit dem Staat schliessen zu können. Daher stellt sich die Frage nach der **rechtlichen Stellung** der jeweiligen Religionsgemeinschaften.

2.1. Keine eigene Rechtsform für Religionsgemeinschaften

Auf der einen Seite sind hier beispielsweise **Irland** und **England** zu nennen. In diesen beiden Rechtsordnungen gibt es **keine eigene Rechtsform für Religionsgemeinschaften**, sondern sie können sich als **Wohltätigkeitsorganisation** in ein entsprechendes Register (*Register of Charities*) eintragen lassen.³² Ihr wohltätiger Zweck ist dann in Irland zum Beispiel das Fördern von Religion (*advancement of religion*).³³ Durch diese Eintragung müssen die Religionsgemeinschaften einerseits bestimmte Pflichten erfüllen wie beispielsweise jährliche Offenlegungspflichten, erhalten dafür andererseits aber auch Rechte, insbesondere im Hinblick auf steuerliche Vorteile.³⁴ Da zumindest dem englischen Recht der Status einer öffentlich-rechtlichen Rechtspersönlichkeit fremd ist, handelt es sich bei den eingetragenen Religionsgemeinschaften um juristische Personen des Privatrechts. Ihre Eigentumsverhältnisse verwalten sie durch (*charitable*) trusts.³⁵ In Irland finden sich im Register für Wohltätigkeitsorganisationen auch verschiedene muslimische Gemeinschaften und Vereine, wobei keine von diesen als Dachverband für die anderen muslimischen Gemeinschaften auftritt. Stand 2018 gibt es auch kein formelles Kooperationsabkommen zwischen einer muslimischen Religionsgemeinschaft und dem Staat, jedoch finden regelmässige Konsultationen statt.³⁶

²⁹ A. von Campenhausen & H. de Wall, Religionsverfassungsrecht, 5. Aufl., München 2022, S. 394; siehe ausführlicher zur Kirchensteuer in Deutschland beispielsweise W. C. Durham, Jr. & B. G. Scharffs, Law and Religion: National, International, and Comparative Perspectives, USA 2019, S. 133 ff.

³⁰ B. Steiger, Staat ohne Gott? Zum Verständnis des säkularen Staates, Göttinger E-Papers zu Religion und Recht (GöPRR) 22 (2021), verfügbar unter <http://webdoc.sub.gwdg.de/pub/mon/goepr/22-2021-steiger.pdf> (17.01.2023), S. 28.

³¹ B. Steiger, Staat ohne Gott? Zum Verständnis des säkularen Staates, Göttinger E-Papers zu Religion und Recht (GöPRR) 22 (2021), verfügbar unter <http://webdoc.sub.gwdg.de/pub/mon/goepr/22-2021-steiger.pdf> (17.01.2023), S. 30.

³² England: D. McLean, State and Church in the United Kingdom, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 657 (666); Irland: K. O’Sullivan, Annotated Legal Documents on Islam in Europe – Ireland, Leiden 2018, S. 7.

³³ K. O’Sullivan, Annotated Legal Documents on Islam in Europe – Ireland, Leiden 2018, S. 8.

³⁴ K. O’Sullivan, Annotated Legal Documents on Islam in Europe – Ireland, Leiden 2018, S. 8.

³⁵ D. McLean, State and Church in the United Kingdom, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 657 (666).

³⁶ K. O’Sullivan, Annotated Legal Documents on Islam in Europe – Ireland, Leiden 2018, S. 14.

2.2. Religionsgemeinschaft durch offizielle Anerkennung

Auf der anderen Seite können Belgien und Österreich als Beispiele herangezogen werden, wo Religionsgemeinschaften als solche **offiziell anerkannt** werden und hierfür bestimmte **Voraussetzungen** erfüllen müssen.³⁷ In **Belgien** gibt es derzeit sechs anerkannte Religionsgemeinschaften; der Buddhismus als Weltanschauung ist derzeit zwar nicht anerkannt, jedoch erhält der Verein Union Bouddhique Belge Subventionen.³⁸ Um anerkannt zu werden, muss eine Religionsgemeinschaft oder einer Weltanschauung Religion als sozialen Zweck für die Bevölkerung anbieten. Dies wird anhand bestimmter Kriterien beurteilt, wonach die Gemeinschaft:

- verhältnismässig gross,
- gut strukturiert und organisiert,
- seit einer ausreichend langen Zeit in Belgien etabliert und
- von sozialem Interesse und Gewicht sein muss und
- keine Gefahr für die soziale oder öffentliche Ordnung darstellen darf.³⁹

Damit die Geistlichen ihr Gehalt vom Staat erhalten können, muss die Gemeinschaft zusätzlich auch hierarchisch und territorial strukturiert sein. Dies führte beispielsweise dazu, dass islamische Geistliche erst seit 2007 vom Staat bezahlt werden, obwohl der Islam bereits seit 1974 als Religionsgemeinschaft in Belgien anerkannt ist.⁴⁰ Eine in **Österreich** anerkannte Religionsgemeinschaft agiert als juristische Person öffentlichen Rechts *sui generis*, auf welche die meisten Vorschriften über öffentlich-rechtliche Rechtspersonen Anwendung finden. Um anerkannt zu werden, dürfen der religiöse Unterricht, die Angebote, die Statuten sowie der Name nicht gegen Gesetz oder Moral verstossen und die Gründung und das Bestehen mindestens einer Kultgemeinde müssen garantiert sein. Zudem wurde 1998 eine wichtige Schranke eingeführt. Demnach muss die Gemeinschaft mindestens zwei Tausendstel der österreichischen Bevölkerung vertreten.⁴¹ Derzeit sind in Österreich 16 Religionsgemeinschaften anerkannt.⁴² Mit einigen wurden jeweils entweder Verträge oder Konkordate geschlossen oder es

³⁷ Belgien: R. Torfs & J. Vrieling, State and Church in Belgium, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 11 (19); Österreich: R. Potz, State and Church in Austria, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 435 (440).

³⁸ Catholique romain, orthodoxe, israélite, anglican, protestant-évangélique, islamique; siehe Service Public Fédéral Justice, Cultes reconnus, verfügbar unter https://justice.belgium.be/fr/themes_et_dossiers/cultes_et_laicite/cultes_reconnus (20.01.2023),

³⁹ R. Torfs & J. Vrieling, State and Church in Belgium, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 11 (20 f.).

⁴⁰ R. Torfs & J. Vrieling, State and Church in Belgium, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 11 (22).

⁴¹ § 11 Z 1 lit. d) Bekenntnisgemeinschaftengesetz (BekGG), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010098> (27.01.2023):

«§ 11. Zusätzliche Voraussetzungen für eine Anerkennung nach dem Anerkennungsgesetz

Für eine Anerkennung müssen die nachstehend genannten Voraussetzungen zusätzlich zu den im Gesetz betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften, RGBl. Nr. 68/1874, umschriebenen Erfordernissen, erfüllt sein.

1. Die Bekenntnisgemeinschaft muss

[...] d) über eine Anzahl an Angehörigen von mindestens 2 vT der Bevölkerung Österreichs nach der letzten Volkszählung verfügen. Wenn der Nachweis aus den Daten der Volkszählung nicht möglich ist, so hat die Bekenntnisgemeinschaft diesen in anderer geeigneter Form zu erbringen [...].»

⁴² Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich (ALEVI), Altkatholische Kirche Österreichs, Armenisch-apostolische Kirche in Österreich, Evangelische Kirche A.B. und H.B., Evangelisch-methodistische Kirche

wurden entsprechende Gesetze erlassen.⁴³ Das Islamgesetz 2015 unterscheidet sich von den anderen Regelungen dadurch, dass es nicht nur das Verhältnis zu den bestehenden anerkannten islamischen Religionsgemeinschaften regelt, sondern auch Vorgaben für zukünftige Gemeinschaften enthält.⁴⁴

Interessant ist auch die Regelung des Status der Religionsgemeinschaften in **Spanien**. Dort gibt es verschiedene Ebenen der Anerkennung mit verschiedenen Vorteilen für die jeweiligen Religionsgemeinschaften. Zunächst gibt es ein **Register** für alle Kirchen, Glaubensrichtungen und Religionsgemeinschaften, welches den jeweiligen Einrichtungen durch Eintragung in das Register Rechtspersönlichkeit verleiht. Hier können sich auch lokale Untergruppen, religiöse Vereine, Ausbildungszentren für Geistliche, Kultstätten etc. eintragen. Derzeit sind etwa 2'000 Einrichtungen dort eingetragen und dementsprechend als religiöse juristische Person anerkannt. Durch diesen Status sind sie beispielsweise in gewissem Masse vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt, dürfen Kultstätten eröffnen und innerhalb der Streitkräfte religiösen Beistand anbieten.⁴⁵ Darüber gibt es die Ebene der **Religionsgemeinschaften, die anerkanntermassen gut verwurzelt** sind in Spanien (*notorio arraigo*). Um von der Regierung diese Stellung zu erhalten, muss die jeweilige Religionsgemeinschaft insbesondere nachweisen, bereits seit Langem und in verschiedenen Regionen in Spanien etabliert zu sein. Dies trifft derzeit auf sieben Gemeinschaften zu.⁴⁶ Diese Stellung gestattet es den Gemeinschaften, finanzielle Zuschüsse einer öffentlichen Stiftung zu beantragen, Teil der Beratungskommission für Religionsfreiheit (*Comisión Asesora de Libertad Religiosa*) zu sein und durch ihre Geistlichen Personen zu vermählen. Religionsgemeinschaften auf dieser Ebene können ein **Abkommen mit dem Staat** gemäss dem Gesetz über die Religionsfreiheit⁴⁷ schliessen. Dadurch können sie unter bestimmten Bedingungen Religionsunterricht in nicht-universitären schulischen Einrichtungen anbieten und Steuervorteile geniessen. Solche Abkommen bestehen derzeit mit der Protestantischen Kirche, dem Judentum und dem Islam. Schliesslich ist die Römisch-katholische Kirche noch eine Ebene darüber anzusiedeln. Dank **völkerrechtlicher Verträge mit dem Heiligen Stuhl** hat diese eine besondere Stellung in Spanien inne und geniesst noch weitergehende Privilegien. So wird

in Österreich (EmK), Freikirchen in Österreich (mit verschiedenen Kirchengemeinden), Griechisch-orientalische (= orthodoxe) Kirche in Österreich (mit verschiedenen Kirchengemeinden), Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich, Israelitische Religionsgesellschaft, Jehovas Zeugen in Österreich, Katholische Kirche, Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (Mormonen) in Österreich, Koptisch-orthodoxe Kirche in Österreich, Neuapostolische Kirche in Österreich, Österreichische Buddhistische Religionsgesellschaft, Syrisch-orthodoxe Kirche in Österreich; siehe [https://www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/kirchenein_austritt_und_religionen/3/Seite.820015.html](https://www.oesterreich.gv.at/Gesetzlich%20anerkannte%20Kirchen%20und%20Religionsgesellschaften,%20verfuegbar%20unter%20https://www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/kirchenein_austritt_und_religionen/3/Seite.820015.html) (20.01.2023).

⁴³ Siehe hierzu in der Einleitung zum Länderbericht Österreich unter Punkt 5. in Teil IV., Abschnitt A.

⁴⁴ R. Potz, State and Church in Austria, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 435 (442 f.); siehe § 4 Islamgesetz 2015 (IslamG 2015), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009124> (20.01.2023).

⁴⁵ I. C. Ibán, State and Church in Spain, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 195 (202 f.).

⁴⁶ Protestantische Kirche, Judentum, Islam, Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (Mormonen), Kirche der Zeugen Jehovas, Buddhismus, Russisch-Orthodoxe Kirche; siehe La Moncloa, Regulada la declaración de notorio de arraigo de la confesiones religiosas, verfügbar unter <https://www.lamoncloa.gob.es/consejodeministros/Paginas/enlaces/030715-enlacedeclaracion.aspx> (23.01.2023).

⁴⁷ Ley Orgánica 7/1980, de 5 de julio, de Libertad Religiosa, verfügbar unter <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-1980-15955> (23.01.2023).

beispielsweise katholische Religion verpflichtend an staatlich finanzierten Schulen gelehrt und die Steuerzahlenden können einen Anteil ihrer Steuern der katholischen Kirche zukommen lassen.⁴⁸

⁴⁸ I. C. Ibán, State and Church in Spain, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 195 (201 f.).

IV. AUSLANDSFINANZIERUNG RELIGIÖSER GEMEINSCHAFTEN

A. Rechtliche Regelung der ausländischen Finanzierung religiöser / islamischer Gemeinschaften und deren Umsetzung

In diesem Abschnitt A sind diejenigen der zu untersuchenden Rechtsordnungen enthalten, in welchen es eine **rechtliche Regelung der ausländischen Finanzierung religiöser beziehungsweise islamischer Gemeinschaften** gibt. Die hier genannten sechs Rechtsordnungen weisen in dieser Hinsicht allerdings eine sehr unterschiedliche Regelungsdichte auf: Ein **explizites gesetzliches Verbot der Finanzierung aus dem Ausland** findet sich lediglich in Dänemark (Ziffer 1) und in Österreich (Ziffer 5). In Norwegen (Ziffer 4) findet sich eine eher **indirekte gesetzliche Regelung**. Dort ist die Finanzierung aus dem Ausland zwar gestattet, jedoch gewährt der Staat beim Vorliegen solcher Einnahmen seinerseits keine finanzielle Unterstützung für die jeweilige Einrichtung. Frankreich (Ziffer 2) enthält kein Verbot der Auslandsfinanzierung, hat jedoch **gesetzliche Transparenzvorschriften** dazu erlassen. Irland (Ziffer 3) und das Vereinigte Königreich (Ziffer 6) schliesslich verfügen ebenfalls lediglich über Transparenzvorgaben zur Auslandsfinanzierung. Allerdings ist dabei anzumerken, dass es sich dabei nicht um gesetzliche Regelungen handelt, sondern um **Vorgaben der jeweiligen Register für Wohltätigkeitsorganisationen**. Die Vorgaben sind daher weder parlamentarische Gesetze noch betreffen sie ausschliesslich Religionsgemeinschaften, sondern alle eingetragenen Wohltätigkeitsorganisationen.

1. Dänemark

1.1. Scope

In Denmark, there is legislation prohibiting the acceptance of funding from designated individuals and organisations as well as legislation on the supervision of fundraising activities. The rules are laid down in two specific pieces of legislation: (1) the Danish Act prohibiting the acceptance of financial donations from designated natural and moral persons (*Lov om forbud mod modtagelse af donationer fra visse fysiske og juridiske personer*), hereafter the APD and (2) the Act on Fundraising (*Lov om indsamling m.v.*).⁴⁹ It should be noted that both these pieces of legislations are wide in scope. Accordingly, they are not limited to religious communities, but apply to all organisations and individuals accepting funding and/or carrying out fundraising activities.

The APD entered into force on 15 March, 2021. The stated **aim of the Act is to prevent natural and legal persons (foreign and Danish), including foreign states' authorities and state organisations and companies, from undermining democracy and basic human rights by means of financial donations.**⁵⁰ The Act applies generally (in relation to all individuals and organisations in Denmark). However, it has been criticised for targeting, in practice, foreign funding to Muslim congregations and mosques.⁵¹

⁴⁹ Lov 2021-03-13 nr. 414 om forbud mod modtagelse af donationer fra visse fysiske og juridiske personer, available in Danish at <https://www.retsinformation.dk/eli/lta/2021/414> (17.01.2023) and Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v., available in Danish at <https://www.retsinformation.dk/eli/lta/2014/511> (17.01.2023).

⁵⁰ APD, section 1.

⁵¹ See for instance the opinion of the Danish Institute for Human Rights and of other stakeholders commented in https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/franet_denmark_civic_space_2021.pdf (03.01.2023) and their respective replies to the proposal of the law: Forslag til lov om forbud mod modtagelse af donationer fra visse fysiske og juridiske personer LFF 2020-11-11 nr 81.

The Act on Fundraising was adopted in 2014.⁵² It aims to ensure greater transparency and openness of charitable fundraising for the benefit of both the general public and fundraising organisations.⁵³ It applies to essentially all kinds of organisations conducting fundraising activities, including religious communities. In particular, it provides that **fundraising activities are subject to prior notification and approval.**⁵⁴

Given that the APD lays down specific rules prohibiting the acceptance of funding, the report will focus on that piece of legislation. The more general rules laid down in the Act on Fundraising are primarily of importance for the question of supervision and will therefore be discussed in section 1.4.

1.2. Restrictions on Foreign Sources of Funding

Initially, it should be noted that the APD applies to both domestic and foreign sources of funding. However, in practice, the Act clearly targets foreign sources of funding, in particular funding linked to Muslim groups.⁵⁵

The natural and moral persons from which donations are prohibited are listed in a **public prohibition list** (*offentlig forbudsliste*).⁵⁶ The decision of adding a person to the list is taken by the Minister for Immigration and Integration (*Udlændinge- og integrationsministeren*) on the basis of a recommendation from the Danish Immigration Service (*Udlændingestyrelsen*).⁵⁷ A person can only be included on the list if there is a certain probability that the person in question intends to make a donation to one or more recipients in Denmark.⁵⁸ This criteria is fulfilled if, for instance, information in Danish or foreign news or research articles indicates that the person has already granted support to beneficiaries in EU countries or if there is a close relationship between that person and a Danish association.⁵⁹

The Danish Immigration Service shall **consult the Ministry of Foreign Affairs regarding any potential foreign policy consequences of including a natural or legal person on the list.** If the Ministry of Foreign Affairs considers that the inclusion of the person concerned on the list could have significant foreign policy consequences, the Minister for Immigration and Integration shall refrain from including the person concerned on the prohibition list.⁶⁰ The entry of a person on the list is for a renewable period of four years.⁶¹ A person listed can ask the Immigration Service for a review of the decision.⁶² Reasons must be given where a decision is made that the person should be kept on the list.⁶³

⁵² Lov 2014-05-26 nr. 511 Lov om indsamling m.v. The act replaced a previous law containing certain basic rules on fundraising (*Lov om offentlige indsamlinger og pyramidespil*).

⁵³ M. Hansen Jensen, Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v, Karnov Kommentar, 2022, introductory commentary.

⁵⁴ *Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v.* section 1 and 2.

⁵⁵ M. Hansen Jensen, Lov 2021-03-13 nr. 414 om forbud mod modtagelse af donationer fra visse fysiske og juridiske personer, Karnov Kommentar, 2022, Commentary to section 1.

⁵⁶ APD, section 2.

⁵⁷ *Ibid*, section 2.

⁵⁸ *Ibid*.

⁵⁹ M. Hansen Jensen, Lov 2021-03-13 nr. 414 om forbud mod modtagelse af donationer fra visse fysiske og juridiske personer, Karnov Kommentar, 2022, Commentary to section 2.

⁶⁰ *Ibid*.

⁶¹ *Ibid*, section 4.

⁶² *Ibid*, section 5.

⁶³ M. Hansen Jensen, Lov 2021-03-13 nr. 414 om forbud mod modtagelse af donationer fra visse fysiske og juridiske personer, Karnov Kommentar, 2022, Commentary to section 5.

The **prohibition list can be accessed on the website of the Immigration Service**.⁶⁴ There are currently four persons listed (one natural and three legal persons). Two of the organisations listed as well as the natural person listed have their address in Kuwait. The remaining organisation listed has an address in Denmark.⁶⁵

1.3. Legal Consequences

Section 6 of the APD provides that the receipt of one or several donations that exceed 10'000 DKK per year (approximately 1'350 EUR) in total from a natural or moral person on the prohibition list is punished with a fine.⁶⁶ The **amount of the fine varies, depending on the total amount of the donation(s)**. As a point of departure, the fine amounts to 30% of the total amount of the donation(s) received, but can be both higher or lower if, in the case in question, there are aggravating or mitigating circumstances.⁶⁷ We understand that there is no upper limit to the fine that may be issued.⁶⁸

The acts of both natural and legal persons are punishable under section 6 of the APD.⁶⁹ For the same violation, it is thus possible that a representative of the receiving organisation may be penalised as well as the organisation itself.⁷⁰ Donations which have been accepted both with intent as well as negligently are covered by the provision.⁷¹

1.4. Monitoring

There is **no obligation in the ADP to disclose the receipt of donations**. However, it should be noted that the collection of funding by an organisation can be subject to the requirements laid down in the Act on Fundraising (*Lov om indsamling m.v.*).⁷² A prerequisite for the application of the Act is, however, that the funding is **collected as a result of the organisation's fundraising activities**.⁷³

As held initially, the Act on Fundraising aims to ensure greater transparency and openness of charitable fundraising for the benefit of both the general public and fundraising organisations.⁷⁴ It applies to essentially all kinds of organisations conducting fundraising activities.⁷⁵ A basic requirement laid down in the Act is that **fundraising activities are subject to prior notification and approval of a specific**

⁶⁴ Available at <https://us.dk/vores-og-gaver/center-for-dokumentation-og-indsats-mod-ekstremisme/indhentning-og-analyse/forbudslisten/selve-forbudslisten/> (05.01.2023).

⁶⁵ *Ibid.*

⁶⁶ APD, section 6.

⁶⁷ M. Hansen Jensen, Lov 2021-03-13 nr. 414 om forbud mod modtagelse af donationer fra visse fysiske og juridiske personer, Karnov Kommentar, 2022, Commentary to section 6.

⁶⁸ *Ibid.*

⁶⁹ APD, section 9

⁷⁰ M. Hansen Jensen, Lov 2021-03-13 nr. 414 om forbud mod modtagelse af donationer fra visse fysiske og juridiske personer, Karnov Kommentar, 2022, Commentary to section 9.

⁷¹ *Ibid.*, Commentary to section 6.

⁷² Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v.

⁷³ M. Hansen Jensen, Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v, Karnov Kommentar, 2022, commentary to section 1.

⁷⁴ M. Hansen Jensen, Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v, Karnov Kommentar, 2022, introductory commentary.

⁷⁵ Fundraising in support of political parties and collections in direct relation with a religious service are exempted from the scope. The same is true for purely private collections addressed to acquaintances. See Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v. section 2.

authority, the Danish Fundraising Board (*Indsamlingsnævnet*)^{76, 77} The concept of fundraising activities has to be interpreted broadly: an invitation to make a financial contribution can be made orally or in writing, for instance on the organisation's website, by displaying the organisation's bank account number.⁷⁸ A donation collected in the absence of any fundraising activities is, however, not covered by the Act.⁷⁹ A natural or legal person violating the requirements in the Act is punished by way of a fine.⁸⁰

In addition to the requirements laid down in the Act on Fundraising, it should be mentioned that **all organisations registered and recognised as faith communities (*anerkendt trossamfund*) must, in their respective annual financial report, indicate the amount of donations collected during the year.**⁸¹ The annual reports are listed on the website of the Danish Church Ministry (*Kirkeministeriet*) and are accessible to the public.⁸² A religious community has an interest in being recognised as a faith community since this entails certain advantages; in particular, donations to such organisations are tax deductible.⁸³

To our knowledge, there is **no case law so far on the rules laid down in the ADP**. We have not found any commentary regarding the law's effectiveness in relation to its aim of preventing donations from undermining democracy and basic human rights in Denmark. The law's dissuasive effect is difficult to assess; however, it should be noted that, to date, only four persons are listed on the prohibition list.

2. Frankreich

En 2021, une **Loi confortant le respect des principes de la République**⁸⁴ (ci-après : Loi de 2021) est adoptée afin de renforcer le contrôle des associations cultuelles. Ces dernières ont pour objet l'exercice d'un culte⁸⁵, quel qu'il soit, et sont déclarées comme telles auprès du représentant de l'État dans le département⁸⁶. Il s'agit d'une double déclaration, tout d'abord en tant qu'association, pour obtenir la capacité juridique⁸⁷, et par ailleurs en tant qu'association cultuelle, pour bénéficier des avantages propres à cette catégorie⁸⁸ (tels que la capacité de recevoir librement des dons et legs, la possibilité de faire bénéficier les donateurs de réductions d'impôt, l'exonération de taxes foncières pour les édifices du culte, ou encore la possibilité d'obtenir des communes et des départements la garantie de certains emprunts⁸⁹). Le représentant de l'État dans le département peut s'opposer à ce

⁷⁶ Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v. Chapter 2. Information about the authority is available at its website <https://civilstyrelsen.dk/sagsomraader/indsamlingsnaevnet> (24.01.2023).

⁷⁷ Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v. section 1 and 2.

⁷⁸ M. Hansen Jensen, Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v, Karnov Kommentar, 2022, commentary to section 1.

⁷⁹ *Ibid.*

⁸⁰ Lov 2014-05-26 nr. 511 om indsamling m.v. section 16.

⁸¹ Bekendtgørelse 2018-11-15 nr. 1283 om Trossamfundsregistret, section 17.

⁸² Available at <https://www.km.dk/andre-trossamfund/trossamfundsregistret/liste-over-anerkendte-trossamfund-og-tilknyttede-menigheder> (31.01.2023).

⁸³ For further information on financial benefits, see for instance <https://www.km.dk/andre-trossamfund/oekonomisk-stoette> (31.01.2023).

⁸⁴ Loi n° 2021-1109 du 24 août 2021 confortant le respect des principes de la République.

⁸⁵ Loi de 1905, art. 19.

⁸⁶ Loi de 1905, art. 19-1. Pour une présentation détaillée, voir P. Delvolvé, Les cultes, 2021, p. 856, Revue française de droit administratif.

⁸⁷ Loi du 1^{er} juillet 1901 relative au contrat d'association, art. 5 ; Loi de 1905, art. 18.

⁸⁸ Loi de 1905, art. 19-1.

⁸⁹ P. Delvolvé, Les cultes, 2021, p. 856, Revue française de droit administratif, N 10.

bénéfice ou retirer la qualité cultuelle si l'association ne remplit plus les conditions de cette qualité⁹⁰, ou pour un motif d'ordre public^{91, 92}.

Pour le renforcement de ce contrôle, la Loi de 2021 modifie d'autres textes, tels que la Loi de 1905 concernant la séparation des Églises et de l'État⁹³ (ci-après : Loi de 1905) ou encore le Code civil. En particulier, des dispositions sont introduites afin de **contrôler les financements en provenance de l'étranger**.

2.1. Obligation de déclaration

La Loi de 1905 prévoit que **le financement des associations cultuelles est libre, dans le respect de son article 19-3**, en particulier.

2.1.1. Portée

Cet article 19-3 impose aux associations cultuelles une **obligation de déclaration à l'autorité administrative**, des avantages ou ressources qu'elles reçoivent, directement ou indirectement, d'un État étranger, une personne morale étrangère, tout dispositif juridique de droit étranger comparable à une fiducie ou toute personne physique non-résidente en France. Cela concerne les avantages ou ressources versés en numéraire ou consentis en nature, dont le montant ou la valorisation dépasse le seuil de 15'300 euros⁹⁴, ou dont le total sur un exercice comptable dépasse ce seuil. La loi donne des exemples d'avantages et ressources soumis à déclaration : les apports en fonds propres, les prêts, les subventions, les dons manuels, les mécénats de compétences, les prêts de main-d'œuvre, les dépôts et les contributions volontaires (liste non limitative).⁹⁵ En ce qui concerne les bénéficiaires des ressources et avantages, il peut s'agir de l'association cultuelle directement, ou bien de toute association ou société sous contrôle exclusif, conjoint ou sous influence notable de l'association, ou de toute entité dont l'activité est en fait exercée pour le compte de l'association ou d'une association ou société qu'elle contrôle ou influence.⁹⁶

⁹⁰ La qualité de cultuelle d'une association est notamment soumise aux conditions suivantes (art. 18 et 19 de la Loi de 1905) :

- elles sont formées pour subvenir aux frais, à l'entretien et à l'exercice public d'un culte ;
- elles sont constituées conformément aux dispositions régissant le contrat d'association (art. 5 et s. du titre Ier de la loi du 01.07.1901) ;
- elles ont exclusivement pour objet l'exercice d'un culte ;
- elles ne doivent pas porter atteinte à l'ordre public ;
- elles sont composées de personnes majeurs, au nombre de sept au moins, domiciliées ou résidant dans la circonscription religieuse définie par les statuts de l'association ;
- les statuts de l'association prévoient l'existence d'un ou de plusieurs organes délibérants ayant notamment pour compétence de décider de l'adhésion de tout nouveau membre, de la modification des statuts, de la cession de tout bien immobilier appartenant à l'association et, lorsqu'elle y procède, du recrutement d'un ministre du culte.

⁹¹ Loi de 1905, art. 19-1, al. 2 et 4.

⁹² Voir A. Bougnoux & C. Laronde-Clérac, Fasc. 175-50 : Associations. – Associations soumises à un régime spécial. – Associations cultuelles. Associations diocésaines, 12.07.2022, JurisClasseur Sociétés Traité, N 29 à N 37.

⁹³ Loi du 9 décembre 1905 concernant la séparation des Églises et de l'État (ci-après : Loi de 1905).

⁹⁴ Décret n° 2022-619 du 22 avril 2022 relatif au contrôle du financement étranger des cultes et portant diverses dispositions relatives aux libéralités et à la transparence des associations et fonds de dotation, art. 4.

⁹⁵ Loi de 1905, art. 19-3, I, alinéa dernier.

⁹⁶ Loi de 1905, art. 19-3, II, 1°, 2° et 3°.

On observe que l'article 19-3 de la Loi de 1905⁹⁷ dispose que l'obligation de déclaration qu'il prévoit « ne s'applique pas aux avantages et ressources qui font l'objet d'une libéralité ». C'est parce qu'une **obligation de déclaration similaire pour les libéralités** consenties par des États étrangers, des personnes morales étrangères ou des personnes physiques non-résidentes a été introduite par la Loi de 2021 dans le Code civil, en son article 910-1⁹⁸.

2.1.2. Conséquences juridiques

Le non-respect de l'obligation de déclaration est puni d'une amende de 3'750 euros. Ce montant peut être porté au quart de la somme sur laquelle a porté l'infraction. Les personnes physiques ou morales coupables de cette infraction encourent, en outre, la confiscation de la valeur des avantages et ressources concernés.⁹⁹ Pour permettre, notamment, la constatation d'une telle infraction, les associations ont l'obligation de tenir des comptes et de les présenter, avec un budget prévisionnel de l'exercice en cours, au représentant de l'État dans le département sur demande de celui-ci¹⁰⁰, sous peine d'une amende de 9'000 euros¹⁰¹. De plus, toute personne ayant un intérêt à agir, le ministère public ou le représentant de l'État dans le département peuvent demander au président du tribunal judiciaire d'enjoindre sous astreinte aux dirigeants de l'association de produire les comptes de l'association. Le président du tribunal judiciaire peut aussi désigner un mandataire chargé d'effectuer ces formalités.¹⁰²

L'autorité administrative pourra s'opposer au bénéfice d'avantages ou ressources. Pour ce faire, une procédure contradictoire est menée afin de déterminer si des agissements de l'association bénéficiaire ou de l'un de ses dirigeants ou administrateurs, de tout État étranger, organisme, entité, personne ou dispositif, ou de l'un de ses dirigeants, administrateurs, constituants, fiduciaires ou bénéficiaires, établissent l'existence d'une menace réelle, actuelle et suffisamment grave affectant un intérêt fondamental de la société.¹⁰³ Si l'administration s'oppose au financement, l'association doit le restituer dans un délai de trois mois, sous peine de deux ans d'emprisonnement, 30'000 euros d'amende et la confiscation des avantages ou ressources concernés¹⁰⁴.

2.2. Obligation de certification des comptes

Autre mesure visant à contrôler les financements étrangers, l'**obligation de certification des comptes**¹⁰⁵, est imposée aux associations cultuelles lorsque le montant total des avantages et ressources étrangers dépassent le seuil de 50'000 euros¹⁰⁶. Le non-respect de cette obligation est puni d'une amende de 9'000 euros¹⁰⁷.

⁹⁷ Loi de 1905, art. 19-3, I, al. 2 *in fine*.

⁹⁸ Des spécificités encadrant les libéralités sont prévues aux articles 8 et 9 du Décret n° 2022-619 du 22 avril 2022 relatif au contrôle du financement étranger des cultes et portant diverses dispositions relatives aux libéralités et à la transparence des associations et fonds de dotation. Voir A. Bougnoux & C. Laronde-Clérac, Fasc. 175-50 : Associations. – Associations soumises à un régime spécial. – Associations cultuelles. Associations diocésaines, 12.07.2022, JurisClasseur Sociétés Traité, N 82.

⁹⁹ Loi de 1905, art. 19-3, IV, al. premier.

¹⁰⁰ Loi de 1905, art. 21, al. 1 et 3.

¹⁰¹ Loi de 1905, art. 23, al. 2.

¹⁰² Loi de 1905, art. 23, al. dernier.

¹⁰³ Loi de 1905, art. 19-3, III.

¹⁰⁴ Loi de 1905, art. 19-3, IV, al. 2.

¹⁰⁵ Loi de 1905, art. 21, al. 4.

¹⁰⁶ Décret du 16 mars 1906 portant règlement d'administration publique pour l'exécution de la loi du 9 décembre 1905 sur la séparation des Églises et de l'État en ce qui concerne l'attribution des biens, les édifices des cultes, les associations cultuelles, la police des cultes, art. 38.

¹⁰⁷ Loi de 1905, art. 23.

2.3. Obligation de déclaration de l'aliénation d'un local

L'article 17-1 de la Loi de 1905, tel qu'introduit par la Loi de 2021, prévoit que « **l'aliénation d'un local servant habituellement à l'exercice public d'un culte** consentie directement ou indirectement à un État étranger, à une personne morale étrangère ou à une personne physique non-résidente en France est subordonnée, à peine de nullité, à une déclaration préalable à l'autorité administrative ». En présence d'une menace réelle, actuelle et suffisamment grave affectant un intérêt fondamental de la société, l'autorité administrative pourra, à l'issue d'une procédure contradictoire, s'opposer à l'aliénation¹⁰⁸.

3. Irlande

Further to the 2016 article featured in the *Independent.ie* ("*Regulate all mosques to stop radical preachers – Irish Imam*"), there has, to our knowledge, been **no further political discussion of this issue in Ireland**. However, one development, discussed below, is that measures designed to enhance transparency around **international transfers of funds to charitable organisations** – a common vehicle for churches and religious communities – were introduced in 2022.

Religion is viewed within Irish society as a private matter and considerable denominational autonomy is guaranteed for religions.¹⁰⁹ Article 44.1 of the Irish Constitution¹¹⁰ confirms that the State, "*shall respect and honour religion*" and Article 44.2.5 ensures the right for every religious denomination to manage its own affairs, own, acquire and administer property, and maintain institutions for religious or charitable purposes.

3.1. Scope

There is **no State register of religious bodies** or communities. However, **religious communities and churches often register as charities**, providing them with a recognized status for the purpose of receiving donations and allowing them to apply for tax exemptions. Once registered, they will appear in the public Register of Charities. All organisations on the Register of Charities must provide information to the Charities Regulator on their activities on an annual basis. From January 2022, **charities have been required to answer specific questions on the income received from outside of Ireland** in the previous year and the countries from which income was received.¹¹¹ These, and other questions, have been added to the Annual Report which charities must submit in order to provide enhanced transparency with regard to the activities of charities and to improve Ireland's reporting to the *Financial Action Task Force*, an inter-governmental global money laundering and terrorist financing watchdog of which Ireland is a member. Information provided in response to these questions will not be visible on the Public Register of Charities.¹¹²

¹⁰⁸ Voir les articles 1 à 3 du Décret n° 2022-619 du 22 avril 2022 relatif au contrôle du financement étranger des cultes et portant diverses dispositions relatives aux libéralités et à la transparence des associations et fonds de dotation.

¹⁰⁹ Kathryn O'Sullivan, *Annotated Legal Documents on Islam in Europe*, 2018, Brill Publishing, Leiden, at p. 8.

¹¹⁰ *Constitution of Ireland*, January 2020, available at <https://www.irishstatutebook.ie/eli/cons/en/html#part13> (12.01.2023).

¹¹¹ See Charities Regulator, *Information Note – December 2021: Changes to the Annual Report Form*, December 2021, available at <https://www.charitiesregulator.ie/media/2329/annual-reporting-information-note-final.pdf> (12.01.2023), at p. 7.

¹¹² *Ibid*, p. 8.

3.2. Legal Consequences

Non-compliance with any of the general requirements in relation to the filing of an annual report¹¹³ **can ultimately constitute a criminal offence** by each of the charity trustees of an organisation. Under section 10 of the *Charities Act 2009*,¹¹⁴ a person guilty of an offence under the Act can be subject to a maximum fine of 10'000 Euros or a term of imprisonment of up to 10 years, or both.

4. Norway

4.1. Scope

Norway introduced rules on foreign funding to religious congregations in 2021, pursuant to an amendment to the Act on religious and belief communities (*Lov om tros- og livssynssamfunn*)¹¹⁵ and to the Ordinance on the registration of religious and belief communities and funding to such communities (*Forskrift om registrering av og tilskudd til tros- og livssynssamfunn*),¹¹⁶ hereafter the "Ordinance on funding". Adopted on 22 December 2021, the new rules entered into effect on 1 January 2022, and **apply to all kinds of religious and belief communities**.¹¹⁷

The new rules **do not prohibit or limit foreign funding as such**. Instead, in accordance with section 6 of the Act on religious and belief communities, they **enable the Norwegian State to deny State funds (tilskudd)** to religious and belief communities that accept foreign funding from States that do not respect basic freedom of religion and belief.¹¹⁸

4.2. Restrictions on Foreign Sources of Funding

This possibility to deny funding applies only in relation to religious or belief communities which have received foreign **funding exceeding NOK 50'000** (approximately EUR 5'000) per year from States that **do not respect the right to basic freedom of religion and belief**.¹¹⁹ The Ordinance on funding provides guidance on the assessment of whether or not a State respects basic freedom of religion and belief. Thus, section 11 provides that it shall be considered whether the State has acceded to the UN Convention on Civil and Political Rights and, in particular, if the State has made reservation to Article 18 of the Convention which is concerned with the right to religion and belief. Moreover, the assessment shall consider the existence of the death penalty, corporal punishment or imprisonment for apostasy or for conversion to another religion, or death penalty for blasphemy.

In the preparatory works to the law, it was discussed whether or not there should be a specific list (black list) of countries that do not respect the right to basic freedom of religion and belief.¹²⁰ Finally,

¹¹³ Under section 52 of the *Charities Act 2009*, available at <https://www.irishstatutebook.ie/eli/2009/act/6/enacted/en/print#sec52> (16.01.2023).

¹¹⁴ *Charities Act 2009, ibid.*

¹¹⁵ Lov om tros- og livssynssamfunn LOV-2020-04-24-31.

¹¹⁶ Forskrift om registrering av og tilskudd til tros- og livssynssamfunn FOR-2020-12-18-2825.

¹¹⁷ See 22.12.2021 nr. 3809 Delt ikraftsetting av lov 24. april 2020 nr. 31 om tros- og livssynssamfunn and Endr. i trossamfunnsforskriften: Fastsatt ved kgl.res. 22. desember 2021 med hjemmel i lov 24. april 2020 nr. 31 om tros- og livssynssamfunn § 4, § 5, § 6 og § 7.

¹¹⁸ In Norway, all registered religious and belief communities with a minimum of 50 members are eligible for State funding. It is the main source of funding for many religious communities in Norway.

¹¹⁹ Lov om tros- og livssynssamfunn LOV-2020-04-24-31, section 6.

¹²⁰ Parliamentary hearing on section 6 of Act on religious and belief communities: *Høringsnotat: Forslag til bestemmelser i trossamfunnsforskriften til gjennomføring av trossamfunnsloven § 6 annet ledd: Tros-*

the lawmaker opted to **not establish a list**. It concluded that such a list would require that discretion would need to be exercised and that the list be regularly updated, something which would be too resource intensive. In that regard, it pointed out that the situation of freedom of religion in a country can change rapidly.¹²¹ An **assessment must therefore be made on a case-by-case basis** according to the criteria referred to above.

The concept of funding from foreign States includes **funding from public bodies of a State or from natural or legal persons subject to the control of the public authorities of a State**, including foundations and undertakings.¹²² This means that the rules do not apply to funding from individuals and/or organisations not subject to the control by public authorities. Funding means financial support and the value of goods, services and other equivalent items received free of charge or at a price lower than their market value.¹²³

4.3. Legal Consequences

If the criteria for the denial of funding from the Norwegian State (on grounds of the new rules on foreign funding) are fulfilled, an assessment can be made in the individual case as to whether funding can nevertheless be granted partially.¹²⁴ **Funding already granted by the Norwegian State can be ordered to be refunded**. In such case, an assessment is made based on the seriousness of the violation and the extent to which it can be considered as intentional.¹²⁵

The **authority with competence for deciding on the granting and refusal of funding is the County Governor (*Statsforvalteren*)**, the State's representative in local counties.¹²⁶ Before concluding that a foreign State does not respect basic freedom of religion and belief, the County Governor must inform the Ministry of Foreign Affairs of its position.¹²⁷ This is mainly because the County Governor will need assistance in circumstances where it is difficult to assess whether the funding is provided from bodies or persons exercising public authority or who are subject to control by public authorities.¹²⁸

4.4. Monitoring

The **obligation of religious and belief communities to disclose foreign funding** is regulated by section 13 of the Ordinance on funding. It provides that such funding must be noted in the accounts when the sum of the funding from natural and legal persons from a foreign country amounts to NOK 50'000 or more in the financial year. If funding is received from several foreign countries, the sum received from each country must be disclosed.

eller livssynssamfunn som tar imot bidrag fra stater som ikke respekterer retten til tros- og livssynsfrihet, kan nektes tilskudd p. 35, available at <https://www.regjeringen.no/contentassets/e7822fb77f68463ba69d5215466c6e6e/horingsnotat-.pdf> (17.01.2023).

121

Ibid.

122

Forskrift om registrering av og tilskudd til tros- og livssynssamfunn, section 11.

123

Ibid.

124

Ibid.

125

Ibid., section 12.

126

Ibid.

127

Ibid., section 11.

128

Høringsnotat: Forslag til bestemmelser i trossamfunnsforskriften til gjennomføring av trossamfunnsloven § 6 annet ledd: Tros- eller livssynssamfunn som tar imot bidrag fra stater som ikke respekterer retten til tros- og livssynsfrihet, kan nektes tilskudd, p. 38.

A decision to deny funding from the Norwegian State pursuant to the rules on foreign funding can be appealed before an administrative court.¹²⁹ However, to our knowledge, the new rules have not yet been subject to scrutiny in courts.

5. Österreich

5.1. Rechtliche Grundlage

Wie bereits im rechtsvergleichenden Teil III dieses Gutachtens dargestellt,¹³⁰ sind derzeit in **Österreich 16 Religionsgesellschaften¹³¹ als solche anerkannt**, wobei der Staat mit einigen von **diesen Verträge oder Konkordate geschlossen oder Gesetze erlassen** hat, die die **Rahmenbedingungen** für die jeweilige Kooperation darstellen. Dies betrifft die mit dem Heiligen Stuhl geschlossenen völkerrechtlichen Verträge und Konkordate,¹³² das Protestantengesetz von 1961,¹³³ das Orthodoxengesetz für die griechisch-orientalische Kirche von 1967,¹³⁴ das Orientalisch-orthodoxe Kirchengesetz von 2003,¹³⁵ das Israelitengesetz 1890, welches 2012 modifiziert wurde,¹³⁶ sowie das Islamgesetz 2015, welches eine Novelle des Islamgesetzes 1912 darstellt^{137, 138}.

Das **Islamgesetz 2015** stellt den rechtlichen Rahmen für islamische Religionsgesellschaften in Österreich dar. Dessen **§ 6 Absatz 2** besagt, dass islamische Religionsgesellschaften ihre **Mittel für ihre**

¹²⁹ Høringsnotat: Forslag til bestemmelser i trossamfunnsforskriften til gjennomføring av trossamfunnsloven § 6 annet ledd: Tros- eller livssynssamfunn som tar imot bidrag fra stater som ikke respekterer retten til tros- og livssynsfrihet, kan nektes tilskudd, p. 38.

¹³⁰ Siehe oben, Teil III. Punkt 2.2. in diesem Rechtsgutachten.

¹³¹ In den österreichischen Gesetzen findet sich in der Regel der Begriff «Religionsgesellschaften» statt «Religionsgemeinschaften».

¹³² Konkordat (Heiliger Stuhl) 1933, verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009196#:~:text=Der%20Bundespr%C3%A4sident%20des%20Bundesstaates%20%C3%96sterreich,Bundesstaates%20%C3%96sterreich%20dessen%20gewissenhafte%20Erf%C3%BCllung.> (27.01.2023), sowie verschiedene daran anknüpfende Verträge.

¹³³ Äussere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche (ProtestantenG), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009255> (24.01.2023).

¹³⁴ Äussere Rechtsverhältnisse der griechisch-orientalischen Kirche in Österreich (OrthodoxenG), verfügbar unter [https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009290#:~:text=\(1\)%20Die%20griechisch%20orientalische, die%20allgemeinen%20Rechte%20der%20Staatsb%C3%BCrger.](https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009290#:~:text=(1)%20Die%20griechisch%20orientalische, die%20allgemeinen%20Rechte%20der%20Staatsb%C3%BCrger.) (27.01.2023).

¹³⁵ Orientalisch-orthodoxes Kirchengesetz (OrientKG), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20002664> (27.01.2023).

¹³⁶ Äussere Rechtsverhältnisse der Israeliten (IsraelitenG), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009176> (27.01.2023).

¹³⁷ Islamgesetz 2015 (IslamG 2015), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009124> (23.01.2023).

¹³⁸ Siehe für eine Zusammenfassung auch R. Potz, State and Church in Austria, in G. Robbers (Hrsg.), State and Church in the European Union, 3. Aufl., Baden-Baden 2019, S. 435 (442 f.).

gewöhnlichen Tätigkeiten zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder durch die Religionsgesellschaft, die Kultusgemeinden oder ihre Mitglieder **im Inland** erfolgen muss.¹³⁹

Aus den parlamentarischen Erläuterungen zum Gesetz geht hervor, dass Religionsgesellschaften bereits seit 1874 kraft des noch immer gültigen Anerkennungsgesetzes¹⁴⁰ nachweisen müssen, **sich selbst erhalten zu können**, um anerkannt werden zu können.¹⁴¹ Eine solche Vorgabe findet sich zudem insbesondere im Islamgesetz 2015¹⁴² sowie im Israelitengesetz,¹⁴³ im Protestantengesetz beispielsweise jedoch nicht ausdrücklich. Das **Verbot**, die Kosten durch laufende Zuwendungen von einer Quelle im Ausland zu decken, findet sich allerdings **ausschliesslich im Islamgesetz 2015**. Das Protestantengesetz enthält im Gegenteil die Erlaubnis, «mit Kirchen und Religionsgesellschaften des In- und Auslandes zusammenzuarbeiten»,¹⁴⁴ was auch die finanzielle Zusammenarbeit umfassen soll.¹⁴⁵ Inwiefern die anderen staatlich anerkannten Religionsgesellschaften tatsächlich regelmässige finanzielle Zuwendungen aus dem Ausland erhalten, kann nicht eindeutig nachvollzogen werden. Nach

-
- ¹³⁹ § 6 Abs 2 IslamG 2015:
«§ 6. Verfassungen islamischer Religionsgesellschaften
[...] (2) Die Aufbringung der Mittel für die gewöhnliche Tätigkeit zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder hat durch die Religionsgesellschaft, die Kultusgemeinden bzw. ihre Mitglieder im Inland zu erfolgen.»
- ¹⁴⁰ § 5 Gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften (Anerkennungsg), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009173> (24.01.2023):
«§. 5.
Die staatliche Genehmigung zur Errichtung einer Kultusgemeinde (§. 4) ist durch den Nachweis bedingt, daß dieselbe hinreichende Mittel besitzt, oder auf gesetzlich gestattete Weise aufzubringen vermag, um die nöthigen gottesdienstlichen Anstalten, die Erhaltung des ordentlichen Seelsorgers und die Ertheilung eines geregelten Religionsunterrichtes zu sichern. [...]»
- ¹⁴¹ Erläuterungen Regierungsvorlage 446 der Beilagen 25. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/I/446/fname_377359.pdf (24.01.2023), S. 4.
- ¹⁴² § 6 Abs 1 Z 10 IslamG:
«§ 6. Verfassungen islamischer Religionsgesellschaften
(1) Eine im Rahmen der inneren Angelegenheiten erstellte Verfassung einer islamischen Religionsgesellschaft hat, um die Wirkung für den staatlichen Bereich sicherzustellen, folgende Angaben in der Amtssprache zu enthalten:
[...] 10. Aufbringung der Mittel, deren Verwaltung und die Rechnungslegung [...]».
- ¹⁴³ § 3 Z 8 Äussere Rechtsverhältnisse der Israeliten (IsraelitenG), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009176> (24.01.2023):
«§ 3. Verfassung der Israelitischen Religionsgesellschaft
Die im Rahmen der inneren Angelegenheiten erstellte Verfassung der israelitischen Religionsgesellschaft hat folgende Angaben zu enthalten, um die Wirkung für den staatlichen Bereich sicher zu stellen:
[...] 8. Aufbringung der Mittel, deren Verwaltung und die Rechnungslegung [...]».
- ¹⁴⁴ § 2 ProtestantenG:
«§ 2 Oekumenischer Verkehr
Der Evangelischen Kirche ist die Freiheit gewährleistet, mit Kirchen und Religionsgesellschaften des In- und Auslandes zusammenzuarbeiten, mit ihnen Gemeinschaften zu bilden, sowie oekumenischen Organisationen, wie insbesondere dem Oekumenischen Rat der Kirchen, dem Lutherischen Weltbund und dem Reformierten Weltbund, anzugehören.»
- ¹⁴⁵ Muslimische Jugend Österreich, Tabellarischer Vergleich zwischen Protestantengesetz und Islamgesetz-Entwurf, verfügbar unter https://www.mjoe.at/uploads/media/Vgl_Protestantengesetz_Islamgesetz.pdf (26.01.2023), S. 2.

Recherchen von *Schima* scheint es solche Zuwendungen jedoch zumindest an die Katholische Kirche und an die Evangelische Kirche zu geben.¹⁴⁶

Es finden sich auch zahlreiche **kritische Stimmen**.¹⁴⁷ So weist die Antidiskriminierungsstelle des Bundeslandes Steiermark darauf hin, dass sich die **inländische finanzielle Situation** des Islam von derjenigen der anderen Religionsgesellschaften unterscheidet. So erhielten beispielsweise die Evangelische Kirche¹⁴⁸ sowie die jüdische Religionsgesellschaft¹⁴⁹ jährlich einen bestimmten Betrag vom österreichischen Staat,¹⁵⁰ zudem könnten sich die Evangelische¹⁵¹ und die Katholische Kirche¹⁵² auf andere Weise finanzielle Mittel sichern.¹⁵³ Aus der Lehre weisen *Potz/Schinkele* ebenfalls auf

¹⁴⁶ S. Schima, Das im Islamgesetz 2015 verankerte Verbot der Auslandsfinanzierung. Anmerkungen vor dem Hintergrund der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Religionsfreiheit, in S. Hinghofer-Szalkay & H. Kalb (Hrsg.), Islam, Recht und Diversität, Wien 2018, S. 369 (388).

¹⁴⁷ Siehe für eine weitere Liste kritischer Stellungnahmen auch S. Schima, Das im Islamgesetz 2015 verankerte Verbot der Auslandsfinanzierung. Anmerkungen vor dem Hintergrund der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Religionsfreiheit, in S. Hinghofer-Szalkay & H. Kalb (Hrsg.), Islam, Recht und Diversität, Wien 2018, S. 369 (371, dortige Fussnoten 7 f.).

¹⁴⁸ § 20 Abs 1 lit. a) ProtestantengG:
§ 20. Wiederkehrende Zuschüsse aus Mitteln des Bundes.
(1) Im Hinblick auf den Wegfall der Leistungen, die der Evangelischen Kirche aus dem kaiserlichen Patent RGBL. Nr. 41 zustanden, hat der Bund der Evangelischen Kirche beginnend mit dem Jahr 2018 alljährlich folgende Leistungen zu erbringen:
a) einen Betrag von 1 335 600 Euro [...]».

¹⁴⁹ § 14 Abs 1 lit. a) IsraelitengG:
«§ 14. Jährliche finanzielle Zuwendungen
(1) Die Republik Österreich erbringt der Israelitischen Religionsgesellschaft beginnend mit dem Jahr 2018 alljährlich folgende Leistungen:
a) einen Betrag von 369 600 Euro [...]».

¹⁵⁰ Diese Zahlungen gehen auf Art. 26 des Staatsvertrags betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Staatsvertrag von Wiener) von 1955 zurück, nach welchem Reparationszahlungen für finanzielle Einbußen durch das Nazi-Regime geschuldet werden, verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000265> (26.01.2023). Auch die Katholische Kirche sowie die Altkatholische Kirche erhalten jährliche Zuwendungen, vgl. S. Schima, Das im Islamgesetz 2015 verankerte Verbot der Auslandsfinanzierung. Anmerkungen vor dem Hintergrund der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Religionsfreiheit, in S. Hinghofer-Szalkay & H. Kalb (Hrsg.), Islam, Recht und Diversität, Wien 2018, S. 369 (380).

¹⁵¹ Die Evangelische Kirche darf Geld sammeln, auch ausserhalb ihrer Gebäude und durch Zugehen und Ansprechen von Menschen:
§ 21 ProtestantengG:
«§ 21. Kirchliche Sammlungen.

Die Evangelische Kirche ist berechtigt, auch außerhalb ihrer Gebäude und Liegenschaften unmittelbar vor und nach kirchlichen Veranstaltungen oder jederzeit durch persönliche Aufforderung an ihre Kirchenangehörigen Sach- und Geldspenden für kirchliche Zwecke zu sammeln.»

¹⁵² Für Mitglieder der Katholischen Kirche besteht eine Kirchenbeitragspflicht:
Art II Abs 4 Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010025#:~:text=Der%20Heilige%20Stuhl%20und%20die,1933%20sowie%20des%20Zusatzprotokolls%20abzu%C3%A4ndern>. (27.01.2023):
«Artikel II

[...] (4) Die Kirchenbeiträge werden weiter eingehoben; über ihre Erträge kann die Katholische Kirche frei verfügen.»

¹⁵³ Antidiskriminierungsstelle Steiermark, Stellungnahme zum geplanten Islamgesetz, verfügbar unter <https://www.antidiskriminierungsstelle.steiermark.at/cms/beitrag/12163776/115392086>

verschiedene Bedenken gegen das Auslandsfinanzierungsverbot hin. Demnach sei das Verbot bereits deshalb rechtswidrig, weil es der **Pflicht** einer Religionsgesellschaft **widerspreche, sich durch eigene Mittel finanzieren zu können**. Es handele sich um einen **Eingriff in die inneren Angelegenheiten** der muslimischen Religionsgesellschaft und stelle eine **Diskriminierung** im Vergleich zu den anderen staatlich anerkannten Religionsgesellschaften dar.¹⁵⁴ Schima lässt die Frage nach den inneren Angelegenheiten zwar offen, sieht jedoch ebenfalls einen Verstoss gegen das Diskriminierungsverbot.¹⁵⁵

Gemäss den Gesetzeserläuterungen bezwecke diese Regelung, die **Selbständigkeit und Unabhängigkeit der islamischen Religionsgesellschaften von ausländischen Einrichtungen** zu gewährleisten.¹⁵⁶ Der **Verfassungsgerichtshof** hat **bestätigt**, dass dieses Auslandsfinanzierungsverbot nicht gegen die Verfassung verstosse. In seiner Argumentation stellt er immer wieder auf die genannte Selbsterhaltungsfähigkeit sowie auf die Selbständigkeit und Unabhängigkeit von ausländischen Einrichtungen¹⁵⁷ als Rechtfertigungsgrund für den Eingriff in die korporative Religionsfreiheit¹⁵⁸ sowie

(24.01.2023). Siehe ausführlich zur Finanzierung der in Österreich gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaften auch S. Schima, Das im Islamgesetz 2015 verankerte Verbot der Auslandsfinanzierung. Anmerkungen vor dem Hintergrund der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Religionsfreiheit, in S. Hinghofer-Szalkay & H. Kalb (Hrsg.), Islam, Recht und Diversität, Wien 2018, S. 369 (376 ff.).

¹⁵⁴ R. Potz & B. Schinkele, Die Genese des österreichischen Islamgesetzes 2015, in Österreichisches Archiv für Recht & Religion (öarr) 2015, S. 303 (327 ff.).

¹⁵⁵ S. Schima, Das im Islamgesetz 2015 verankerte Verbot der Auslandsfinanzierung. Anmerkungen vor dem Hintergrund der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Religionsfreiheit, in S. Hinghofer-Szalkay & H. Kalb (Hrsg.), Islam, Recht und Diversität, Wien 2018, S. 369 (397 f.).

¹⁵⁶ Erläuterungen Regierungsvorlage 446 der Beilagen 25. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/I/446/fname_377359.pdf (24.01.2023), S. 4.

¹⁵⁷ Im vom Verfassungsgerichtshof entschiedenen Fall ging es um das Präsidium für Religiöse Angelegenheiten der Republik Türkei (*Diyanet İşleri Başkanlığı*), siehe Verfassungsgerichtshof, Erkenntnis vom 13.03.2019 – Geschäftszahl E3830/2018 ua, Sammlungsnummer 20321, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/VfghEntscheidung.wxe?Abfrage=Vfgh&Dokumentnummer=JFT_20190313_18E03830_00&IncludeSelf=True (24.01.2023).

¹⁵⁸ Geschützt durch Art 15 Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (StGG), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000006>:

«Artikel 15. Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbständig, bleibt im Besitze und Genusse ihrer für Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonde, ist aber, wie jede Gesellschaft, den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.»

und Art 9 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000308> (beide 24.01.2023):

«Art 9 – Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

(1) Jedermann hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfaßt die Freiheit des einzelnen zum Wechsel der Religion oder der Weltanschauung sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich oder privat, durch Gottesdienst, Unterricht, Andachten und Beachtung religiöser Gebräuche auszuüben.

(2) Die Religions- und Bekenntnisfreiheit darf nicht Gegenstand anderer als vom Gesetz vorgesehener Beschränkungen sein, die in einer demokratischen Gesellschaft notwendige Maßnahmen im Interesse der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, Gesundheit und Moral oder für den Schutz der Rechte und Freiheiten anderer sind.»

für die Diskriminierung¹⁵⁹ gegenüber anderen Religionsgesellschaften ab. Der Gesetzgeber nutze, so der Verfassungsgerichtshof, seinen Gestaltungsspielraum, ohne diesen zu überschreiten.¹⁶⁰

Der Gesetzgeber hat in seinen Erläuterungen zum Gesetz mit Hinweis auf Rechtsprechung und Lehre¹⁶¹ erklärt, die **Reichweite der inneren Angelegenheiten könne nicht abschliessend aufgelistet werden**. Stattdessen müsse sie im Hinblick auf das Wesen der jeweiligen Religionsgesellschaft nach deren Selbstverständnis beurteilt werden. In der Liste enthalten seien gemäss der Lehre, so die parlamentarischen Erläuterungen, «Vermögensverwaltung und Sammlungen» sowie «Kirchenbeitrag und Abgaben»; das Aufbringen der Mittel sei von der Lehre jedoch nicht genannt worden. Bei der Auslegung des Begriffs der inneren Angelegenheiten stünde dem Gesetzgeber ein rechtspolitischer Gestaltungsspielraum zur Verfügung, da die unterschiedlichen Umstände einzelner Religionen schon grundsätzlich die Vergleichbarkeit einschränkten.¹⁶²

5.2. Einschränkung der Finanzierung aus dem Ausland

§ 6 Abs 2 Islamgesetz 2015 enthält ein **Verbot für fortdauernde Finanzierungen aus dem Ausland**. Dies gilt sowohl für **Geld** als auch für **Sach- oder Personalleistungen**. Die parlamentarischen Erläuterungen zum Gesetz besagen jedoch ausdrücklich, dass nur **laufende** Zuwendungen ausgeschlossen sein sollen, wohingegen einmalige Zuwendungen aus dem Ausland zulässig sind.¹⁶³

In seinem Urteil über die Verfassungsmässigkeit des Auslandsfinanzierungsverbots nimmt der **Verfassungsgerichtshof** eine **Einschränkung des Geltungsbereichs des Verbots** vor. Mit Hinweis auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte¹⁶⁴ zu Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention schränkt er den Anwendungsbereich verfassungskonform auf **Zuwendungen durch andere Staaten und deren Einrichtungen** ein. Der Verfassungsgerichtshof begründet dies damit, das Auslandsfinanzierungsverbot diene dem Schutz der Religionsgesellschaften

¹⁵⁹ Geschützt durch Art 7 Abs 1 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138> (24.01.2023):

«Art 7.

(1) Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Republik (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich dazu, die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten. [...]

und Art 14 EMRK:

«Art 14 – Verbot der Benachteiligung

Der Genuß der in der vorliegenden Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten ist ohne Benachteiligung zu gewährleisten, die insbesondere im Geschlecht, in der Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, in den politischen oder sonstigen Anschauungen, in nationaler oder sozialer Herkunft, in der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, im Vermögen, in der Geburt oder im sonstigen Status begründet ist.»

¹⁶⁰ Verfassungsgerichtshof, Erkenntnis vom 13.03.2019 – Geschäftszahl E3830/2018 u.a., Sammlungsnummer 20321, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/VfghEntscheidung.wxe?Abfrage=Vfgh&Dokumentnummer=JFT_20190313_18E03830_00&IncludeSelf=True (24.01.2023).

¹⁶¹ Hierzu werden in den Erläuterungen keine konkreten Quellen angegeben.

¹⁶² Erläuterungen Regierungsvorlage 446 der Beilagen 25. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/I/446/fname_377359.pdf (24.01.2023), S. 4 f.

¹⁶³ Erläuterungen Regierungsvorlage 446 der Beilagen 25. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/I/446/fname_377359.pdf (24.01.2023), S. 4.

¹⁶⁴ İzzettin Doğan and others v. Turkey (Judgment of 26. April 2016, Application no. 62649/10), verfügbar unter <https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22itemid%22:%5B%22001-162697%22%5D%7D> (26.01.2023).

vor «Einwirkungen anderer Staaten und deren Einrichtungen auf die Autonomie, die religiösen Inhalte und letztlich die freie Religionsausübung der Mitglieder». Nicht erfasst sein sollen daher Zuwendungen durch ausländische Privatpersonen, «wenn ihnen eine solche autonomiebeschränkende Wirkung nicht zukommt».¹⁶⁵

Im Rahmen unserer Recherche konnten wir **keine genaueren Angaben** dazu ausmachen, welche Aspekte unter die in der gesetzlichen Regelung zum Auslandsfinanzierungsverbot genannten «gewöhnlichen Tätigkeiten zur Befriedung der rel. Bedürfnisse der Mitglieder»¹⁶⁶ fallen.

5.3. Rechtsfolgen

Die Rechtsfolgen bei einem Verstoss gegen das Auslandsfinanzierungsverbot aus § 6 Absatz 2 Islamgesetz 2015 sind in § 30 desselben Gesetzes geregelt. Demnach ordnet der **Bundeskanzler mittels Bescheides** mit angemessener Fristsetzung an, das gesetzwidrige Verhalten zu unterlassen oder die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um den rechtmässigen Zustand wiederherzustellen.¹⁶⁷ Kommt die Religionsgesellschaft dieser Vorgabe nicht nach, so können die **Bezirksverwaltungsbehörden Geldbussen** maximal in Höhe der rechtswidrig aus dem Ausland erhaltenen Zuwendungen verhängen.¹⁶⁸ Zudem können die erhaltenen **Zuwendungen für verfallen erklärt** werden.¹⁶⁹

5.4. Kontrolle

Der österreichische Gesetzgeber hat als Teil des sogenannten Anti-Terror-Pakets 2021 Modifikationen des Islamgesetzes 2015 beschlossen.¹⁷⁰ Ziel war es, die **Transparenz in Bezug auf das Auslandsfinanzierungsverbot** sowie auf die Organisationsstrukturen innerhalb islamischer Religionsgesellschaften zu erhöhen. Dadurch hat der Gesetzgeber nun in § 25 Absatz 5 Islamgesetz

¹⁶⁵ Verfassungsgerichtshof, Erkenntnis vom 13.03.2019 – Geschäftszahl E3830/2018 u.a., Sammlungsnummer 20321, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/VfghEntscheidung.wxe?Abfrage=Vfgh&Dokumentnummer=JFT_20190313_18E03830_00&IncludeSelf=True (26.01.2023).

¹⁶⁶ § 6 Abs 2 Islamgesetz 2015.

¹⁶⁷ § 30 Abs 1 Z 2 IslamG 2015:

«§ 30. Durchsetzung von behördlichen Entscheidungen

(1) Bei Verstößen gegen

[...] 2. § 6 Abs. 2 [...]

ordnet der Bundeskanzler mit Bescheid an, binnen angemessener Frist gesetzwidriges Verhalten zu unterlassen oder die zur Herstellung eines gesetzeskonformen Zustands erforderlichen Massnahmen zu setzen.»

¹⁶⁸ § 30 Abs 3 Z 1 IslamG 2015:

«§ 30. Durchsetzung von behördlichen Entscheidungen

[...] (3) Zur Vollstreckung von Bescheiden nach Abs. 1 können die Bezirksverwaltungsbehörden abweichend von § 5 Abs. 3 und 4 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1991 (VVG), BGBl. Nr. 53/1991, Geldbußen bei festgestellten Verstößen

1. gegen § 6 Abs. 2 bis zum Geldwert jener Mittel, welche gesetzwidrig im Ausland aufgebracht wurden [...]

Verhängen.»

¹⁶⁹ § 30 Abs 2 IslamG 2015:

«§ 30. Durchsetzung von behördlichen Entscheidungen

[...] (2) Geldmittel, die entgegen der Bestimmung des § 6 Abs. 2 aufgebracht wurden, können für verfallen erklärt werden.»

¹⁷⁰ Siehe dazu beispielsweise die Parlamentskorrespondenz Nr. 852 vom 07.07.2021, Nationalrat beschliesst Anti-Terror-Paket, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2021/pk0852 (26.01.2023).

2015 eine ausdrückliche **gesetzliche Grundlage für die Überprüfung der Zuwendungen aus dem Ausland** geschaffen. Demnach müssen islamische Religionsgesellschaften auf Nachfrage innerhalb einer vom Bundeskanzler festgesetzten Frist alle relevanten Unterlagen vorlegen.¹⁷¹ Der Begriff der Unterlagen ist dabei weit zu fassen. Umgekehrt wird diese Vorlagepflicht dadurch eingeschränkt, dass sie ausschliesslich solche Unterlagen erfasst, die für die Kontrolle und Überprüfung des Auslandsfinanzierungsgebots relevant sind. Ausschlaggebend für die Frage, ob eine Finanzierung durch eine juristische Person vorliegt, soll die wirtschaftliche Betrachtungsweise sein.¹⁷²

Dieselbe Pflicht trifft neben **Religionsgesellschaften auch Kultusgemeinden sowie sogenannte Einrichtungen nach § 23 Absatz 4 Islamgesetz 2015**,¹⁷³ also Einrichtungen, welche nach innerreligiösem Recht mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet wurden und die durch Anzeige beim Bundeskanzler Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts sind.¹⁷⁴ Neben diesen juristischen Personen gibt es gemäss den Ausführungen des Gesetzgebers in den parlamentarischen Erläuterungen auch verschiedene islamische Vereine mit Rechtspersönlichkeit wie **Unterstützungsvereine, Hilfsvereine, Stiftungen, etc.**, welche jedoch nicht auf die Verbreitung der Religion gerichtet sind, sondern die Religionsgesellschaften, Kultusgemeinden und anderen Einrichtungen unterstützen.¹⁷⁵ Das Gesetz erweitert die Anzeigepflicht ausdrücklich auch auf solche Vereine, mit derselben Einschränkung, dass lediglich Unterlagen vorgelegt werden müssen, die mit dem Auslandsfinanzierungsverbot in Verbindung stehen.¹⁷⁶

In der gleichen Gesetzesnovelle wurde auch § 7 Ziffer 4 Islamgesetz 2015 eingeführt. Dieser verpflichtet die Religionsgesellschaft, dem Kultusamt¹⁷⁷ die **Aufzeichnungen über die Rechnungslegung vorzulegen, sofern dies für die Überprüfung des Auslandsfinanzierungsverbots relevant ist**.¹⁷⁸ Für die Frage, inwiefern diese Vorlagepflicht einen Eingriff in die inneren

-
- ¹⁷¹ § 25 Abs 5 Satz 1 IslamG 2015:
«§ 25. Anzeige-, Melde- und Vorlageverpflichtungen
[...] (5) Die Religionsgesellschaft, die Kultusgemeinde und die Einrichtungen nach § 23 Abs. 4 sind zum Nachweis der Aufbringung der Mittel gemäß § 6 Abs. 2 verpflichtet, die Aufzeichnungen über die Rechnungslegung und diesbezüglichen Unterlagen hinsichtlich aller ihrer Einrichtungen auf Nachfrage innerhalb einer vom Bundeskanzler festzusetzenden Frist vorzulegen [...]».
- ¹⁷² Erläuterungen Regierungsvorlage 850 der Beilagen 27. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/850/fname_955642.pdf (26.01.2023), S. 7.
- ¹⁷³ § 25 Abs 5 Satz 1 IslamG 2015.
- ¹⁷⁴ § 23 Abs 4 IslamG 2015:
«§ 23. Rechtswirksamkeit innerreligionsgesellschaftlicher Entscheidungen
[...] (4) Nach innerreligionsgesellschaftlichem Recht mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Einrichtungen erlangen für den staatlichen Bereich Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts mit dem Tag des Einlangens der durch die Religionsgesellschaft ausgefertigten Anzeige beim Bundeskanzler, der das Einlangen schriftlich zu bestätigen hat. Die Anzeige muss den Wirkungsbereich der Rechtsperson und jene Personen, welche sie nach außen vertreten enthalten [...]».
- ¹⁷⁵ Erläuterungen Regierungsvorlage 850 der Beilagen 27. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/850/fname_955642.pdf (26.01.2023), S. 7.
- ¹⁷⁶ § 25 Abs 5 Satz 2 IslamG 2015:
«§ 25. Anzeige-, Melde- und Vorlageverpflichtungen
[...] (5) [...] Erfolgt die Finanzierung durch eine andere juristische Person, so sind auch die diesbezüglichen Unterlagen dieser vorzulegen.»
- ¹⁷⁷ Das Gesetz spricht lediglich von der «Behörde». Dass es sich um das Kultusamt handelt, geht beispielsweise aus einem Dokument des Bundeskanzleramtes hervor, Vereinfachte wirkungsorientierte Folgenabschätzung, verfügbar unter file:///C:/Users/jfourni1/Downloads/59_6_vwfa.pdf (26.01.2023).
- ¹⁷⁸ § 7 Z 4 IslamG:
«§ 7. Aufgaben einer Religionsgesellschaft
Einer Religionsgesellschaft obliegen insbesondere

Angelegenheiten der Religionsgesellschaft darstellt, verweisen die Erläuterungen auf die bereits unter Punkt 5.2. dargestellte Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes.¹⁷⁹

Nach unserem Verständnis sind die Religionsgesellschaften mithin verpflichtet, dem Kultusamt ihre Aufzeichnungen über die Rechnungslegung zur Überprüfung des Auslandsfinanzierungsverbots vorzulegen. Ergibt sich aus diesen Unterlagen ein Anlass zu weiteren Nachforschungen, so kann der Bundeskanzler anordnen, dass nicht nur die Religionsgesellschaften, sondern auch Kultusgemeinden, Einrichtungen nach § 23 Absatz 4 Islamgesetz 2015 sowie unterstützende juristische Personen jegliche Unterlagen innerhalb einer bestimmten Frist vorlegen, die für die Kontrolle des Auslandsfinanzierungsverbots relevant sind.

In den **parlamentarischen Erläuterungen von 2014 zum Islamgesetz 2015** ist der Gesetzgeber auf die Frage der Umgehung des Auslandsfinanzierungsverbots eingegangen. Dort erläuterte er ausdrücklich die **Möglichkeit, für regelmässige Zuwendungen aus dem Ausland beispielsweise zur Finanzierung von Personalkosten der Religionsgesellschaft eine inländische Stiftung zu schaffen**. Dabei könne es sich um eine Stiftung nach Privatstiftungsrecht oder um eine religiöse Stiftung auf Grundlage der Verfassung der Religionsgesellschaft nach § 23 Absatz 4 Islamgesetz 2015 handeln. Massgebend seien der Sitz der Stiftung und der Wohnsitz der Stiftungsorgane.¹⁸⁰

Inwiefern diese damals vom Gesetzgeber erwähnte mögliche Umgehung des Auslandsfinanzierungsverbots weiter Bestand hat, ist fraglich. Durch die dargestellten Änderungen des Islamgesetzes 2015 im Rahmen des Anti-Terror-Pakets von 2021 müssen zwar nur die Religionsgesellschaften selbst ihre Finanzunterlagen vorlegen. Jedoch kann diese Vorlagepflicht auf Nachfrage des Bundeskanzlers auch auf Einrichtungen nach § 23 Absatz 4 Islamgesetz 2015 und auf unterstützende Stiftungen und Vereine ausgeweitet werden. Das Auslandsfinanzierungsverbot verlangt, dass «[d]ie Aufbringung der Mittel [...] durch die Religionsgesellschaft, die Kultusgemeinden bzw. ihre Mitglieder im Inland» erfolgt.¹⁸¹ Gleichzeitig führt der Gesetzgeber in den Erläuterungen zur Novelle von 2021 aus, «[e]ine komplette Entflechtung, im Sinne eigener Abrechnungskreise, zwischen den Unterstützungsvereinen und den jeweiligen kultusrechtlichen Rechtspersonen ist noch nicht hinreichend verwirklicht worden.» Zum einen müsste den Unterstützungsvereinen mangels wirtschaftlicher Selbsterhaltungsfähigkeit ihre Rechtspersönlichkeit entzogen werden, nähme man eine komplette Entflechtung an. **Zum anderen sei es wichtig, die Finanzunterlagen auch der Unterstützungsvereine einzufordern, «um aber gleichzeitig Umgehungsstrukturen des Auslandsfinanzierungsverbotes hintanhalten zu können.»**¹⁸²

5.5. Evaluierung

Laut der **parlamentarischen Erläuterungen zur Gesetzesnovelle von 2021** haben zwar die **Erfahrungen der vorangegangenen Jahre** gezeigt, dass die Regelungen des Islamgesetzes 2015 nicht immer effektiv umgesetzt werden konnten. So sei das Auslandsfinanzierungsgebot lediglich im Rahmen der

[...] 4. die Vorlage der Aufzeichnungen über die Rechnungslegung, insbesondere der Rechnungsabschlüsse und diesbezüglichen sonstigen Finanzunterlagen, zum Zweck der Überprüfung des § 6 Abs. 2 [...]».

¹⁷⁹ Erläuterungen Regierungsvorlage 850 der Beilagen 27. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/850/fname_955642.pdf (26.01.2023), S. 4.

¹⁸⁰ Erläuterungen Regierungsvorlage 446 der Beilagen 25. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/I/446/fname_377359.pdf (24.01.2023), S. 4.

¹⁸¹ § 6 Abs 2 IslamG.

¹⁸² Erläuterungen Regierungsvorlage 850 der Beilagen 27. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/850/fname_955642.pdf (26.01.2023), S. 7.

allgemeinen Kooperationsvorgaben aus § 25 alte Fassung des Gesetzes¹⁸³ überprüfbar gewesen.¹⁸⁴ Genauere Angaben macht der Gesetzgeber jedoch nicht, ob eine konkrete Evaluation stattgefunden hat.

Die **Rechtsprechung** scheint sich nach unseren Recherchen zwar **bereits mehrfach mit dem Auslandsfinanzierungsverbot auseinandergesetzt zu haben, jedoch bisher inzident im Rahmen von Verfahren über Aufenthaltsberechtigungen von türkischen Imamen**. Insbesondere zwei Entscheidungen scheinen auf vergleichbaren Sachverhalten zu basieren und in grossen Teilen wörtlich die gleichen Ausführungen zu § 6 Absatz 2 Islamgesetz 2015 zu enthalten.¹⁸⁵ Aus beiden Entscheidungen ergibt sich ausdrücklich, dass sich das Auslandsfinanzierungsverbot nicht nur an religiöse Körperschaften richtet, sondern auch an einzelne Seelsorger. In beiden Fällen stellte das Gericht fest, die betroffenen Personen würden für ihre jeweilige Tätigkeit als Imame in Österreich vom türkischen Konsulat und damit von einer ausländischen juristischen Person bezahlt werden.¹⁸⁶ Interessanterweise enthält die spätere der beiden Entscheidungen vor dieser Feststellung ausserdem einen Abschnitt, in welchem das **Auslandsfinanzierungsverbot weit ausgelegt** wird:

«Auch im gegenständlichen Fall verstösst ein nunmehr abgeschlossener Vertrag direkt zwischen ATIB und der bP zwar nicht «den Buchstaben des Gesetzes nach» gegen das IslamG, vereitelt aber im Ergebnis den Zweck, den das Gesetz mit dem «Auslandsfinanzierungsverbot» anstrebt.

Nicht abgestellt auf formelle Gesichtspunkte, sondern in wirtschaftlicher Betrachtungsweise ist damit letztlich der Tatbestand der Auslandsfinanzierung erfüllt bzw. hat die bP jedenfalls durch ihr Verhalten die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet.»¹⁸⁷

¹⁸³ § 25 IslamG 2015 alte Fassung:

«§ 25. Anzeige- und Meldeverpflichtungen

Die Religionsgesellschaft und die Republik sind verpflichtet, über Ereignisse, die eine Angelegenheit dieses Bundesgesetzes berühren, den jeweils anderen zu informieren. Dies gilt insbesondere für die Einleitung und Beendigung von Verfahren, sowie die Verhängung von Haft für den in den §§ 14 und 21 genannten Personenkreis, sowie für innerreligionsgesellschaftliche Rechtsmittel gegen Wahlen in der Religionsgesellschaft oder einer Kultusgemeinde.»

¹⁸⁴ Erläuterungen Regierungsvorlage 850 der Beilagen 27. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/850/fname_955642.pdf (26.01.2023), S. 1 f.

¹⁸⁵ Bundesverwaltungsgericht (BVwG), Erkenntnis vom 03.12.2018 – Geschäftszahl L519 2201429-1, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/JudikaturEntscheidung.wxe?Abfrage=Bvwg&Dokumentnummer=BVWGT_2_0181203_L519_2201429_1_00; BVwG, Erkenntnis vom 04.02.2019 – Geschäftszahl L519 2204712-1, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bvwg/BVWGT_20190204_L519_2204712_1_00/BVWGT_20190204_L519_2204712_1_00.pdf (beide 27.01.2023).

¹⁸⁶ Bundesverwaltungsgericht (BVwG), Erkenntnis vom 03.12.2018 – Geschäftszahl L519 2201429-1, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/JudikaturEntscheidung.wxe?Abfrage=Bvwg&Dokumentnummer=BVWGT_2_0181203_L519_2201429_1_00; BVwG, Erkenntnis vom 04.02.2019 – Geschäftszahl L519 2204712-1, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bvwg/BVWGT_20190204_L519_2204712_1_00/BVWGT_20190204_L519_2204712_1_00.pdf (beide 27.01.2023).

¹⁸⁷ Bundesverwaltungsgericht, Erkenntnis vom 04.02.2019 – Geschäftszahl L519 2204712-1, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bvwg/BVWGT_20190204_L519_2204712_1_00/BVWGT_20190204_L519_2204712_1_00.pdf (27.01.2023).

5.6. Weitere Punkte zum Islamgesetz 2015

5.6.1. Anzahl der Angehörigen für Erwerb der Rechtspersönlichkeit

Das **Islamgesetz 2015**¹⁸⁸ verlangt für den **Erwerb der Rechtspersönlichkeit als islamische Religionsgesellschaft** von einer Religionsgesellschaft, dass die **Anzahl ihrer Angehörigen mindestens zwei Tausendstel** der Bevölkerung Österreichs nach der letzten Volkszählung beträgt. Diese Schwelle ist der **Anerkennung als Religionsgesellschaft nach § 11 Bekenntnisgemeinschaftengesetz**¹⁸⁹ **in Verbindung mit § 2 Anerkennungsgesetz**¹⁹⁰ nachempfunden, welche ebenfalls Angehörige in Höhe von mindestens **zwei Tausendstel der Bevölkerung Österreichs** verlangt.

Um **lediglich Rechtspersönlichkeit als religiöse Bekenntnisgemeinschaft** zu erhalten, ohne bereits als Religionsgesellschaft nach dem Bekenntnisgemeinschaftengesetz oder als islamische Religionsgesellschaft nach dem Islamgesetz 2015 anerkannt zu werden, reicht es aus, dass der Bekenntnisgemeinschaft **mindestens 300 Personen mit Wohnsitz in Österreich** angehören.¹⁹¹

In Österreich finden alle zehn Jahre Volkszählungen statt. Die letzten veröffentlichten Ergebnisse stammen von der Volkszählung im Jahre 2011. Demnach hatte Österreich 8'401'940 Einwohner,¹⁹² zwei Tausendstel davon sind gerundet **16'804 erforderliche Angehörige** einer Religionsgesellschaft.

¹⁸⁸ § 4 Abs 1 Satz 2 IslamG 2015:

«§ 4. Voraussetzungen für den Erwerb der Rechtsstellung

(1) [...] Der gesicherte dauerhafte Bestand ist gegeben, wenn der Antragsteller eine staatlich eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft ist und über eine Anzahl an Angehörigen von mindestens 2 vT der Bevölkerung Österreichs nach der letzten Volkszählung verfügt [...].»

¹⁸⁹ § 11 Z 1 lit. d) Bekenntnisgemeinschaftengesetz (BekGG), verfügbar unter

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10010098> (27.01.2023):

«§ 11. Zusätzliche Voraussetzungen für eine Anerkennung nach dem Anerkennungsgesetz

Für eine Anerkennung müssen die nachstehend genannten Voraussetzungen zusätzlich zu den im Gesetz betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften, RGBl. Nr. 68/1874, umschriebenen Erfordernissen, erfüllt sein.

1. Die Bekenntnisgemeinschaft muss

[...] d) über eine Anzahl an Angehörigen von mindestens 2 vT der Bevölkerung Österreichs nach der letzten Volkszählung verfügen. Wenn der Nachweis aus den Daten der Volkszählung nicht möglich ist, so hat die Bekenntnisgemeinschaft diesen in anderer geeigneter Form zu erbringen [...].»

¹⁹⁰ § 2 AnerkennungsgG:

«§ 2.

Ist den Voraussetzungen des §. 1 genügt, so wird die Anerkennung von dem Cultusminister ausgesprochen.

Durch diese Anerkennung wird die Religionsgesellschaft aller jener Rechte theilhaftig, welche nach den Staatsgesetzen den gesetzlich anerkannten Kirchen- und Religionsgesellschaften zukommen.»

¹⁹¹ § 2 Abs 1 Satz 1 in Verbindung mit § 3 Abs 3 BekGG:

«§ 2. Erwerb der Rechtspersönlichkeit für eine religiöse Bekenntnisgemeinschaft

(1) Religiöse Bekenntnisgemeinschaften erwerben die Rechtspersönlichkeit nach diesem Bundesgesetz auf Antrag durch Bescheid des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Kultur [...].»

«§ 3. Antrag der religiösen Bekenntnisgemeinschaft auf Erwerb der Rechtspersönlichkeit

[...] (3) Zusammen mit dem Antrag ist der Nachweis zu erbringen, daß der religiösen Bekenntnisgemeinschaft mindestens 300 Personen mit Wohnsitz in Österreich angehören, welche weder einer religiösen Bekenntnisgemeinschaft mit Rechtspersönlichkeit nach diesem Bundesgesetz noch einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören [...].»

¹⁹² Statistik Austria, Historische Volkszählungen, verfügbar unter

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/historische-volkszaehlungen> (27.01.2023).

In der **Rechtsprechung** findet sich auch ein Beispiel für eine muslimische Glaubensgemeinschaft¹⁹³, deren Angehörigenzahl gemäss den Feststellungen des Gerichts diese Schwelle von zwei Tausendstel nicht erreicht hat. Dies bezog sich noch auf die Rechtslage vor Inkrafttreten des Islamgesetzes 2015, sodass die massgebende Schwelle von zwei Tausendstel nicht dem Islamgesetz 2015 entsprang, sondern dem Bekenntnisgemeinschaftengesetz. Dementsprechend hatte ihr die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur zwar Rechtspersönlichkeit gemäss § 2 Bekenntnisgemeinschaftengesetz zugesprochen, sie jedoch nicht gemäss § 11 Bekenntnisgemeinschaftengesetz in Verbindung mit § 2 Anerkennungsgesetz als Religionsgesellschaft anerkannt.¹⁹⁴

5.6.2. Anerkannte islamische Religionsgesellschaften

Aus einer Zusammenschau des § 7 Z 1¹⁹⁵ mit den Titeln des 3.¹⁹⁶ und des 4. Abschnitts¹⁹⁷ des Islamgesetzes 2015 ergibt sich, dass es sich bei der **Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ)** und der **Islamischen Alevitischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (ALEVI)** um die **einzigsten beiden gesetzlich anerkannten islamischen Religionsgesellschaften** handelt. Dies geht auch aus der von der Regierung zur Verfügung gestellten Liste der «[g]esetzlich anerkannte[n] Kirchen und Religionsgesellschaften» hervor.¹⁹⁸ Diese beiden islamischen Religionsgesellschaften sind religionsgesellschaftliche Oberbehörden im Sinne des § 7 Z 1 Islamgesetz 2015.

Keine gesetzlich anerkannte Religionsgesellschaft, aber staatlich eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft sind seit 2013 die **Alt-Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich (AAGÖ)** und die **Islamisch-Schiitische Glaubensgemeinschaft in Österreich (Schia)**¹⁹⁹ sowie seit 2022 die **Frei-Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich (FAGÖ)**.²⁰⁰ Diese besitzen also durch Anerkennung im Sinne des § 2 Bekenntnisgemeinschaftengesetz Rechtspersönlichkeit, haben jedoch nicht dieselben Rechte und Pflichten inne wie die gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften.

¹⁹³ Islamisch-Schiitische Glaubensgemeinschaft in Österreich.

¹⁹⁴ Verfassungsgerichtshof, 21.11.2013 – B 828/2013, abgedruckt in Österreichisches Archiv für Recht und Religion (öarr) 2014, S. 388, mit Glosse von B. Gartner-Müller.

¹⁹⁵ § 7 Z 1 IslamG 2015:

«§ 7. Aufgaben einer Religionsgesellschaft

Einer Religionsgesellschaft obliegen insbesondere

1. die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder, soweit sie über den Wirkungsbereich einer Kultusgemeinde hinausreichen; sie ist religionsgesellschaftliche Oberbehörde [...]».

¹⁹⁶ «3. Abschnitt: Rechte und Pflichten der «Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich»».

¹⁹⁷ «4. Abschnitt: Rechte und Pflichten der «Islamischen Alevitischen Glaubensgemeinschaft in Österreich»».

¹⁹⁸ Oesterreich.gv.at, Gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften, verfügbar unter https://www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/kirchenein_austritt_und_religionen/3/Seite.820015.html (30.01.2023).

¹⁹⁹ Siehe dazu auch Verfassungsgerichtshof, 21.11.2013 – B 828/2013, abgedruckt in Österreichisches Archiv für Recht und Religion (öarr) 2014, S. 388, mit Glosse von B. Gartner-Müller.

²⁰⁰ Bundeskanzleramt, Religiöse Bekenntnisgemeinschaften, verfügbar unter <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/kultusamt/religiose-bekenntnisgemeinschaften.html> (30.01.2023). Die auf oesterreich.gv.at zur Verfügung gestellte Liste (oesterreich.gv.at, Staatlich eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaften, verfügbar unter https://www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/kirchenein_austritt_und_religionen/3/Seite.820016.html (30.01.2023)) scheint trotz des angegebenen Aktualisierungsdatums vom 01.01.2023 nicht aktuell zu sein, da dort die Frei-Alevitische Glaubensgemeinschaft in Österreich (FAGÖ) noch nicht enthalten ist.

Die **Kultusgemeinden** sind Teile der jeweiligen islamischen Religionsgesellschaft, gleichzeitig jedoch auch selbständige Körperschaften des öffentlichen Rechts.²⁰¹

Die Religionsgesellschaften sind verpflichtet, eine Aufstellung aller ihr **zugehörigen Einrichtungen** und Funktionstragenden zu führen.²⁰² Diese Vorgabe wurde im Rahmen des Anti-Terror-Paktes 2021 neu eingeführt. Zum Zwecke grösserer Transparenz soll eine solche Aufstellung verdeutlichen, welche Einrichtung welcher Kultusgemeinde zuzuordnen ist, welche Einrichtung nach innerreligiösem Recht eigene Rechtspersönlichkeit besitzt und welche Einrichtung direkt der Religionsgesellschaft untersteht.²⁰³ Daraus ergibt sich auch, dass der Begriff der Einrichtung über denjenigen der Kultusgemeinde hinausgeht.

5.6.3. Schutz der islamischen Feiertage

Das Islamgesetz 2015 listet einige **Feiertage** auf, welche für Angehörige der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich²⁰⁴ beziehungsweise der Islamischen Alevitischen Glaubensgemeinschaft in Österreich²⁰⁵ vom österreichischen Staat **besonderen Schutz** erhalten. Dabei definiert der Gesetzgeber auch, wie sich das Datum der jeweiligen Feiertage berechnet und dass die Tage von Sonnenuntergang bis Sonnenuntergang des folgenden Tages dauern. Auch die Gebetszeit legt er zumindest für erstere Religionsgesellschaft fest.²⁰⁶

²⁰¹ § 8 Abs 1 Satz 1 IslamG:
«§ 8. Kultusgemeinden
(1) Kultusgemeinden sind Teile einer islamischen Religionsgesellschaft, die zugleich selbstständige Körperschaften öffentlichen Rechts sind [...]».

²⁰² § 7 Z 5 Satz 1 IslamG:
«§ 7. Aufgaben einer Religionsgesellschaft
Einer Religionsgesellschaft obliegen insbesondere
[...] 5. das Führen einer Aufstellung aller ihr zugehörigen Einrichtungen und aller ihrer Funktionsträger und -trägerinnen, einschließlich religiöser Funktionsträger und -trägerinnen [...]».

²⁰³ Erläuterungen Regierungsvorlage 850 der Beilagen 27. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/850/fname_955642.pdf (26.01.2023), S. 4.

²⁰⁴ § 13 Abs 2 IslamG 2015:
«§ 13. Feiertage
[...] (2) Feiertage sind
a) Ramadanfest (3 Tage)
b) Pilger-Opferfest (4 Tage)
c) Aschura (1 Tag) [...]».

²⁰⁵ § 20 Abs 2 IslamG 2015:
«§ 20. Feiertage
[...] (2) Feiertage sind
a) Fasten- und Feiertage in Gedenken des Heiligen Hizir (3 Tage)
b) Geburt des Heiligen Ali (1 Tag)
c) Ausrufung Alis als Nachfolger Mohammeds (1 Tag)
d) Opferfest (4 Tage)
e) Asure (1 Tag) [...]».

Siehe zu den alevitischen Feiertagen auch die Erklärungen bei H. Aksünger-Kızıl, Alevitische Feier- und Gedenktage in Österreich, in Österreichisches Archiv für Recht und Religion (öarr) 2019, S. 255 (255 ff.).

²⁰⁶ § 13 Abs 1, § 20 Abs 1 IslamG 2015:
«§ 13. Feiertage
(1) Feiertagen und der Zeit des Freitagsgebetes wird der Schutz des Staates gewährleistet. Ihre Termine richten sich nach dem islamischen Kalender. Die Tage beginnen mit Sonnenuntergang und dauern bis Sonnenuntergang des folgenden Tages. Die Gebetszeit ist am Freitag von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr. [...] § 20. Feiertage

Allerdings ist dieser **Schutz nicht arbeitsrechtlicher Natur**, sondern er bezweckt das **ungestörte Begehen dieser Feiertage sowie der Gebetszeiten**. Ausweislich der jeweiligen Absätze 3 der beiden einschlägigen Vorschriften sind an den im Gesetz genannten Feiertagen und Gebetszeiten in der Nähe von Kultstätten und vergleichbaren Räumen zum einen solche vermeidbaren Aktivitäten verboten, die Lärm erregen und die Feier beeinträchtigen könnten, sowie öffentliche Versammlungen, Auf- und Umzüge verboten.²⁰⁷ Die parlamentarischen Erläuterungen führen dazu aus, dass im genannten Bereich Veranstaltungen stattfinden dürfen, sofern sichergestellt ist, dass diese die Feierlichkeiten nicht stören werden.²⁰⁸

Zudem weisen die parlamentarischen Erläuterungen ausdrücklich darauf hin, dass **arbeitsrechtliche Normen und insbesondere § 7 Arbeitsruhegesetz²⁰⁹ über die Feiertagsruhe von diesem Schutz nicht berührt werden**.²¹⁰ Die im Islamgesetz 2015 enthaltenen Vorschriften über Feiertage beeinflussen die arbeitsrechtlichen Normen daher nicht.²¹¹

(1) Feiertagen und den Gottesdiensten (donnerstäglicher Cem-Gottesdienst, Lokma-Tage) wird der Schutz des Staates gewährleistet. Die Termine der Feiertage richten sich nach dem islamischen Kalender. Die Tage beginnen mit Sonnenuntergang und dauern bis Sonnenuntergang des folgenden Tages [...]».

²⁰⁷ § 13 Abs 3, § 20 Abs 3 IslamG 2015:

«[...] (3) An den in Abs. 2 bezeichneten Tagen [und während des Freitagsgebets] / [bzw. während der Gottesdienste] sind in der Nähe von Kultstätten und sonstigen Kultusgemeinden zu gottesdienstlichen Zwecken dienenden Räumen und Gebäuden alle vermeidbaren, Lärm erregenden Handlungen, die eine Beeinträchtigung der Feier zur Folge haben könnten, sowie öffentliche Versammlungen, Auf- und Umzüge, untersagt.»

²⁰⁸ Erläuterungen Regierungsvorlage 446 der Beilagen 25. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/I/446/fname_377359.pdf (24.01.2023), S. 7, 9.

²⁰⁹ § 7 Arbeitsruhegesetz (ARG), verfügbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008541> (30.01.2023):

«§ 7. Feiertagsruhe

(1) Der Arbeitnehmer hat an Feiertagen Anspruch auf eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 24 Stunden, die frühestens um 0 Uhr und spätestens um 6 Uhr des Feiertages beginnen muß.

(2) Feiertage im Sinne dieses Bundesgesetzes sind: 1. Jänner (Neujahr), 6. Jänner (Heilige Drei Könige), Ostermontag, 1. Mai (Staatsfeiertag), Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam, 15. August (Mariä Himmelfahrt), 26. Oktober (Nationalfeiertag), 1. November (Allerheiligen), 8. Dezember (Mariä Empfängnis), 25. Dezember (Weihnachten), 26. Dezember (Stephanstag).

(Anm.: Abs. 3 aufgehoben durch Art. 1 Z 2, BGBl. I Nr. 22/2019)

(4) Feiertage dürfen auf die wöchentliche Ruhezeit nur angerechnet werden, soweit sie in die Zeit der wöchentlichen Ruhezeit fallen.

(5) In Betrieben mit einer werktags durchlaufenden mehrschichtigen Arbeitsweise hat die Feiertagsruhe spätestens mit Ende der Nachtschicht zum Feiertag zu beginnen und darf frühestens mit Beginn der Nachtschicht zum nächsten Werktag enden.

(6) Ist für die Normalarbeitszeit (§ 3 Arbeitszeitgesetz) an Feiertagen Zeitausgleich vereinbart, so muß dieser mindestens einen Kalendertag oder 36 Stunden umfassen.

(7) Fällt ein Feiertag auf einen Sonntag, so sind die §§ 3 bis 5 anzuwenden.»

²¹⁰ Erläuterungen Regierungsvorlage 446 der Beilagen 25. Gesetzgebungsperiode, verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/I/446/fname_377359.pdf (24.01.2023), S. 7, 9.

²¹¹ Siehe ausführlich hierzu auch B Schinkele, Arbeitsrechtliche Fragestellungen abseits der «Kopftuch»-Debatte, in S. Hinghofer-Szalkay & H. Kalb (Hrsg.), Islam, Recht und Diversität, Wien 2018, S. 455 (477 ff. für Feiertage und 471 ff. für Gebetszeiten).

6. Vereinigtes Königreich (England)

There is **no evidence of any further proposals concerning the regulation of the foreign funding** of religion in the UK. Moreover, there are no known policy debates or other discussions concerning the issues referred to in the articles and publications cited in our previous legal opinion.

As already mentioned in the original legal opinion, a research paper²¹² was published in July 2017 by a Non-Governmental Organisation, *The Henry Jackson Society*, entitled “*Foreign Funded Islamist Extremism in the UK*”. In the paper, it was **noted that there is a lack of publicly available information on the subject of foreign funded Islamic extremism**, and that an open and public inquiry into the funding of extremism from overseas would represent an important step toward formulating policy to address this issue with a view to measures that might encourage transparency on funding from abroad.²¹³ Moreover, it was recommended that:

*“As part of the effort to create policies to address foreign funded Islamist extremism, it might be suggested that the government should consider measures that would block certain funding altogether, either to specific recipients or funding from donors in particular states.”*²¹⁴

Accusations in the paper that Saudi Arabia and Qatar have funding links to radicalization and UK terrorism were denied by representatives of those countries at the time.²¹⁵ **The Henry Jackson Society has not confirmed any other specific response to their paper and the issues raised in it.**

The Office of the UK Prime Minister has previously mandated the Home Office’s Extremism Analysis Unit to **investigate and report on the subject of foreign funded extremism in the UK**. In July 2017, shortly after the publication of the research paper referred to above, the main findings of the investigation were reported to Parliament by the Home Secretary.²¹⁶ The **report itself, however, remains classified** and the Home Secretary confirmed that it would not be published for reasons of national security and because of the volume of personal information contained within.

The review concluded that the most common source of support for Islamist extremist organisations in the UK is from small, anonymous public donations, with most likely coming from UK-based individuals. It also determined, however, that **for a small number of organisations with which there are extremist concerns, overseas funding is a significant source of income**. A particular concern is that some Islamic organisations with extremist tendencies portray themselves as charities; regulation can, states the report, be effective in improving transparency. However, the **report concludes that fundamentally, no single measure can address all of the issues of concern identified**. The immediate need, reported the Home Secretary, is for a comprehensive approach focused particularly on domestic sources of support for all forms of extremism.

²¹² T. Wilson, *Foreign Funded Islamist Extremism in the UK*, Centre for the Response to Radicalisation and Terrorism Research Paper, No. 9, July 2017, The Henry Jackson Society, available at <https://henryjacksonsociety.org/wp-content/uploads/2017/07/Foreign-Funded-Islamist-Extremism-final.pdf> (09.01.2023).

²¹³ *Ibid*, at p. 1.

²¹⁴ *Ibid*, at p. 10.

²¹⁵ BBC News, *Saudi Arabia has ‘clear link’ to UK extremism, report says*, 5th July 2017, available at <https://www.bbc.com/news/uk-politics-40496778> (09.01.2023).

²¹⁶ UK Parliament, *Extremism – Statement made by Amber Rudd, Secretary of State for the Home Department*, 12th July 2007, available at <https://questions-statements.parliament.uk/written-statements/detail/2017-07-12/HCWS39> (09.01.2023). ‘Home Secretary’ refers to the Government Minister in charge of the UK Government’s Home Department.

As to funding from outside of the UK, one particular point of action referred to in the main findings of the report presented by the Home Secretary was that the Charity Commission²¹⁷ would be introducing **a requirement on charities** – a common legal structure for bodies with religious purposes – **to declare overseas funding sources. This requirement was introduced with effect from 2018.** It was reported by the Charity Commission that, in order for this change to be implemented gradually, only information about income from overseas governments or quasi-governmental bodies, charities and non-governmental organisations would be mandatory for annual returns submitted by charities in the first year after the introduction of the changes, but that information about income from other overseas institutions and donors would become mandatory in subsequent years.²¹⁸

²¹⁷ A non-ministerial governmental department regulating registered charities in England & Wales and maintaining the Central Register of Charities.

²¹⁸ See Charity Commission, *Press release: Commission listens to charities in making changes to the annual return for 2018*, 2nd January 2018, available at <https://www.gov.uk/government/news/commission-listens-to-charities-in-making-changes-to-the-annual-return-for-2018> (10.01.2023) and Charity Commission, *News story – New questions in the 2018 and 2019 charity annual return service*, 6th June 2018, available at <https://www.gov.uk/government/news/charity-annual-return-2018> (10.01.2023).

B. Diskussion über staatliche Kontrolle ausländischer Finanzierung für religiöse / islamische Gemeinschaften

1. Belgien

1.1. Current Status and Scope of Draft Law

The Financial Action Task Force (FATF), a global money laundering and terrorist financing watchdog, published a report in 2015, which provided Belgium with anti-money laundering and counter-terrorist financing recommendations. The report highlighted, among other things, the lack of financial transparency for non-profit organizations.²¹⁹ Soon after the report's publication, the 2016 terror attacks in Brussels further incited parliamentarians to look into the financing of associations that propagate extremist ideas.²²⁰ These events also prompted the Minister of Justice to advance a **preliminary draft law**, which was approved by the Council of Ministers in August 2018, to amend various provisions in the **Code on Associations and Companies** relating to **donations and annual accounts of associations and foundations**.²²¹

The 2018 draft law eventually resulted in a **2019 legislative bill**.²²² A principal feature of the 2019 bill was a requirement that all associations and foundations, regardless of their activities, keep a **register of incoming and outgoing donations from and to counterparties in foreign countries**. According to the bill, only associations that make donations to, or receive donations from, foreign counterparties (*i.e.*, those with a place of residence or business abroad) totaling less than EUR **3'000 each year** would be exempt from keeping the register (**a *de minimis* exemption**). Associations with foreign donations totaling more than EUR 3'000 would have to keep the register at the association's seat. A yearly copy of the register would have to be **transferred to the National Bank of Belgium**, where it would be made accessible to competent governmental authorities.

Despite support from the Council of Ministers, the **2019 bill did not pass**. Some lawmakers took issue with **the bill's general approach**; particularly with its broad imposition of an obligation onto all

²¹⁹ FATF, Anti-money laundering and counter-terrorist financing measures -Belgium, available at <https://www.fatf-gafi.org/media/fatf/documents/reports/mer4/Mutual-Evaluation-Report-Belgium-2015.pdf> (16.01.2023), p. 17.

²²⁰ For instance, a parliamentary committee of inquiry into the attacks decided in 2017 that it is critical to obtain transparency about the financing of places of worship through, among other sources, foreign donations. A bill aimed at creating such transparency was also introduced by a parliamentarian, however, the bill did not receive any significant attention. Enquête parlementaire du 23 octobre 2017 chargée d'examiner les circonstances qui ont conduit aux attentats terroristes du 22 mars 2016 dans l'aéroport de Bruxelles-National et dans la station de métro Maelbeek à Bruxelles, y compris l'évolution et la gestion de la lutte contre le radicalisme et la menace terroriste, available at <https://www.dekamer.be/FLWB/PDF/54/1752/54K1752009.pdf> (16.01.2023), p. 52; Proposition de loi du 20 septembre 2017 visant à interdire le financement étranger d'activités entravant le libre exercice des cultes en Belgique, available at <https://www.lachambre.be/FLWB/PDF/54/2675/54K2675001.pdf> (16.01.2023).

²²¹ Service de presse de Koen Geens, ministre de la Justice, Obligations concernant les libéralités et les comptes annuels d'associations et de fondations, available at <https://news.belgium.be/fr/obligations-concernant-les-liberalites-et-les-comptes-annuels-dassociations-et-de-fondations> (16.01.2023).

²²² Proposition de loi du 13 février 2019 modifiant le Code des sociétés et des associations concernant les libéralités et les comptes annuels d'associations et de fondations, available at <https://www.dekamer.be/FLWB/PDF/54/3550/54K3550001.pdf> (16.01.2023).

associations through company law, as opposed to a more surgical targeting of religious associations.²²³ Other lawmakers **questioned the utility** of this type of “gift register” in general. They feared the register would become a paper tiger. Law-abiding associations having nothing to hide would be burdened with a new obligation, while malicious associations would continue to receive undeclared gifts in private, neglecting their legal obligation to report these in the register.²²⁴ The federal government seems not to have made any new attempts since 2019.

1.2. Regional Level

In contrast to the federal level, significant **changes have taken place regionally**. In this latter setting, **subsidy mechanisms** have proven to be popular policy tools. This is perhaps a function of the general rules, which do not require local religious associations to be recognized as such under the law. Rather, the local associations only need an official recognition under the applicable regional laws and regulations if they want to obtain certain subsidies. This presents an opportunity for regional authorities to **leverage the benefits afforded through recognition**.²²⁵

For instance, the **Flemish** parliament changed the conditions to obtain a recognition in 2021. One of the new conditions is that the association **“does not directly or indirectly receive foreign funding or support if such funding or support is detrimental to its independence. It does not receive any funding or support related directly or indirectly to terrorism, extremism, espionage or clandestine interference”**.²²⁶ A specific public authority, the Information and Screening Service for Local Religious Institutions, has been established to verify these and other conditions.²²⁷ Additionally, once an application for recognition has been submitted, the (provisional) administrative body of the local religious institution must keep a **register of all the donations with a value of EUR 1’000 or more** for which the administrative body is the direct or indirect beneficiary.²²⁸ It concerns all donations, in kind or in cash, whether foreign or domestic.

²²³ In response to this concern, the Minister of Justice stated that this was done because not all religiously inspired associations clearly state this purpose in their founding documents and, moreover, the principle of equality in the constitution might be infringed when targeting only religious associations.

²²⁴ Proposition de loi du 18 avril 2019 modifiant le Code des sociétés et des associations concernant les libéralités et les comptes annuels d’associations et de fondations, available at <https://www.dekamer.be/FLWB/PDF/54/3550/54K3550003.pdf> (16.01.2023).

²²⁵ J.-F. Husson, Le financement public de l’islam en Belgique, available at <http://www.centre-craig.org/categorie/le-financement-de-l-islam-en-belgique.html> (16.01.2023); C. Dubois, “Le financement public des cultes en Belgique ? Vers une modification du modèle de financement des cultes en Belgique ?”, available at <https://www.ceig.be/wp-content/uploads/2021/12/Note-danalyse-9-21-du-CeG-Financement-public-des-cultes-Version-finale-1-1.pdf> (16.01.2023).

²²⁶ Art. 10 decreet van 22 oktober 2021 tot regeling van de erkenning van lokale geloofsgemeenschappen, de verplichtingen van de besturen van de eredienst en het toezicht daarop en tot wijziging van het decreet van 7 mei 2004 betreffende de materiële organisatie en werking van de erkende erediensten, available at <https://www.ejustice.just.fgov.be/eli/decreet/2021/10/22/2021022414/staatsblad> (16.01.2023).

²²⁷ Besluit van de Vlaamse Regering van 28 januari 2022 tot bepaling van de procedure voor de beoordeling door de Informatie- en screeningsdienst lokale geloofsgemeenschappen van de ontvankelijkheid van de zwaarwichtige aanwijzingen van een tekortkoming door een bestuur van de eredienst ter uitvoering van artikel 19, zesde lid van het Erkenningsdecreet Lokale Geloofsgemeenschappen van 22 oktober 2021 en tot bepaling van de procedure voor de kennisgeving aan het representatief orgaan vermeld in artikel 19, derde lid van het Erkenningsdecreet Lokale Geloofsgemeenschappen van 22 oktober 2021, available at <http://www.ejustice.just.fgov.be/eli/bsluit/2022/01/28/2022040397/staatsblad> (16.01.2023).

²²⁸ Art. 17 decreet van 22 oktober 2021 tot regeling van de erkenning van lokale geloofsgemeenschappen, de verplichtingen van de besturen van de eredienst en het toezicht daarop en tot wijziging van het decreet van 7 mei 2004 betreffende de materiële organisatie en werking van de erkende erediensten.

Similarly, an ordonnance from 2021 in **Brussels** has reorganized the governance scheme for local religious institutions in the capital region. Perhaps most notably, it establishes a **transparency procedure for donations exceeding EUR 12'500**. If the Brussels government finds that a single donation of more than EUR 12'500 – or several gifts from the same source, the total amount of which exceeds EUR 12'500 during a financial year – has/have been accepted without complying with the procedure, the government may initiate a procedure for the withdrawal of the local religious institution's recognition (and hence jeopardize said institution's access to subsidies).²²⁹

In this way, subsidy mechanisms are used to pull local religious institutions away from foreign financing and enhance transparency and administrative oversight.

2. Italien

2.1. État actuel et contenu du projet de loi

Au cours des années 2015/2016, la presse italienne a diffusé des nouvelles sur une opération nommée « *Ghaith* », en arabe « *pluie abondante* », mise en place par la **Qatar Charity Foundation (QC)**, dans le cadre de laquelle plusieurs pays musulmans avaient l'intention de financer la réparation et la construction de mosquées en Europe.²³⁰ L'association italienne *Ucoii (Unione delle comunità islamiche d'Italia)*, qui représente une partie des associations musulmanes présentes en Italie, aurait reçu, à cette époque, 25 millions d'euros en trois ans par la *Qatar investment authority*. Selon la même source, 2.4 millions d'euros auraient été investis dans huit structures siciliennes et douze autres entre Milan, Turin, Rome et Vérone entre 2013 et 2014.²³¹

À la suite de ces informations, un **projet de loi**²³² a été porté au parlement, afin de prévoir :

- 1) L'obligation pour toutes les associations religieuses²³³ de rédiger un **bilan complet** ;
- 2) L'**interdiction de recevoir des financements de la part de non-résidents sur le territoire italien** pour réaliser :
 - a. des bâtiments destinés au **culte**, y compris une zone désignée comme **cimetière** ;
 - b. des bâtiments destinés à l'**habitation des ministres du culte**, du personnel de service, ainsi que ceux destinés à la **formation religieuse** ;
 - c. des bâtiments utilisés pour des activités éducatives, culturelles, sociales, récréatives et de rafraîchissement, dans le cadre de l'exercice du ministère pastoral par les personnes visées au paragraphe 1, y compris les bâtiments et les équipements les

²²⁹ Art. 5 and 52 ordonnance du 10 décembre 2021 organique de la gestion des intérêts matériels des communautés culturelles locales reconnues, available at <http://www.ejustice.just.fgov.be/eli/ordonnance/2021/12/10/2021034330/moniteur> (16.01.2023).

²³⁰ Lorenzo Bagnoli, Moschee, decenni di opacità sui fondi: in 3 anni 25 milioni solo dal Qatar. Ucoii: « Comuni non ci chiedono i bilanci, noi li diamo », 5 août 2016, disponible sous <https://www.ilfattoquotidiano.it/2016/08/05/moschee-decenni-di-opacita-sui-fondi-in-3-anni-25-milioni-solo-dal-qatar-ucoui-comuni-non-ci-chiedono-i-bilanci-noi-li-diamo/2954259/> (23.1.2023).

²³¹ *Ibid.*

²³² Camera dei Deputati — Proposta di Legge n. 254, Disposizioni concernenti il finanziamento e la realizzazione di edifici destinati all'esercizio dei culti ammessi, Presentata il 23 marzo 2018, disponible sous <http://documenti.camera.it/leg18/pdl/pdf/leg.18.pdl.camera.254.18PDL0003710.pdf> (23.1.2023).

²³³ Le projet de loi contient une définition très large d'association religieuse, visant à inclure toute entité, de quelconque type juridique, avec une finalité religieuse (« Gli enti, le associazioni e le comunità, le cui finalità statutarie o aggregative siano da ricondurre alla religione, all'esercizio del culto o alla professione religiosa. »

immobilisations destinés aux **activités de la congrégation** et les activités similaires qui ne sont pas à but lucratif ;

- d. des biens immobiliers destinés à devenir des **locaux d'associations, sociétés ou communautés de personnes** quelle que soit la forme qu'ils revêtent, dont les buts sont attribuables à la religion, au culte ou à la profession religieuse, tels que les **salles de prière, les écoles religieuses ou les centres culturels**.

Le projet de loi n'a pas évolué depuis.²³⁴

Afin de bien comprendre le débat qui est à la base de ce projet de loi, il est indispensable de savoir que, d'une part, le nombre de fidèles musulmans a augmenté de manière assez rapide dans les dernières décennies en Italie en raison de l'immigration de personnes en provenance de pays musulmans.²³⁵ Ce phénomène démographique explique le **besoin de lieux de culte musulmans**, qui n'existaient presque pas en Italie. Cette situation provoque, d'une part, la **transformation, parfois abusive, d'immeubles destinés à un usage privé ou commercial en lieux de culte**²³⁶ et, d'autre part, la recherche, dans les communautés d'origine, de fonds pour construire des lieux de culte, face à la difficulté d'utiliser des ressources locales.

Même si le gouvernement italien peut financer la restauration de lieux de culte, ces financements sont souvent inaccessibles à la communauté musulmane, d'une part parce que les lieux de culte islamiques ne font pas partie du patrimoine historique italien,²³⁷ d'autre part puisque les autorités musulmanes n'ont toujours pas signé une entente avec l'État italien.²³⁸

²³⁴ Lorenzo Bagnoli, Moschee, decenni di opacità sui fondi: in 3 anni 25 milioni solo dal Qatar. Ucoii: « Comuni non ci chiedono i bilanci, noi li diamo », note 124.

²³⁵ Selon Fabrizio Ciocca, Musulmani in Italia: Una presenza stabile e sempre più italiana, 2 janvier 2023 : en 2021, 2'753'000 musulmans étaient résidents en Italie. L'immigration du Maroc, de l'Albanie etc. aurait emmené en Italie 43'000 nouveaux résidents par année entre 2018 et 2021. Voir <https://www.lenius.it/musulmani-in-italia/> (23.01.2023).

²³⁶ Par exemple, à Florence, la destination commerciale d'un bâtiment devenu lieu de culte a donné lieu à une procédure de démantèlement de la mosquée qui avait été placée en son sein. Malgré l'occupation, jugée abusive, le démantèlement a été suspendu et renvoyé à une date ultérieure, non précisée. Voir: Firenze, rinviato lo sfratto della moschea. L'imam alla proprietà: cercate di comprendere le nostre ragioni, disponible sous <https://www.iltirreno.it/video/toscana/2022/12/16/video/firenze-rinviato-lo-sfratto-della-moschea-l-imam-alla-proprietà-cercate-di-comprendere-le-nostre-ragioni-1.100200082> (23.01.2023).

²³⁷ Comp. le décret n° 455 du 7 juin 2022 – le Secrétariat général du ministère italien de la Culture a alloué des ressources financières pour restaurer des lieux de culte. Grâce à ce financement, 257 interventions ont été financées pour un montant total de 240 millions d'euros. Ces interventions ont eu principalement pour but de prévenir le risque de dommages causés par des tremblements de terre et sont financées par l'Union européenne (au titre de la ligne 2.4 du PNRR – Sécurité sismique des lieux de culte, restauration du patrimoine culturel du Fondo Edifici di Culto et récupération des sites d'art).

²³⁸ Une liste des ententes – une sorte de convention internationale entre l'État italien et les autorités présidant l'organisation de confessions religieuses – approuvées par une loi figure sur le site web de la présidence du Conseil italien : Servizio per i rapporti con le confessioni religiose e per le relazioni istituzionali – Le intese con le confessioni religiose, disponible sous https://presidenza.governo.it/USRI/confessioni/intese_indice.html#2 (23.01.2023).

2.2. Initiatives de la région lombarde

L'absence d'entente entre l'État italien et une autorité représentative de la confession musulmane aboutissait à limiter la construction de mosquées en Lombardie.²³⁹ Ce résultat a été déclaré non conforme à la Constitution, en ce qu'est entravée la liberté de culte que l'État italien reconnaît et protège.²⁴⁰ La loi a été modifiée en 2005 puis en 2015,²⁴¹ mais les nouvelles dispositions ont été jugées une nouvelle fois non conformes à la Constitution pour la même raison et aussi parce que les pouvoirs régionaux ne peuvent pas aller au-delà de l'identification de zones pouvant être destinées aux lieux de culte (sans limiter les initiatives individuelles, par exemple en précisant lesquelles, parmi les confessions religieuses, sont admises à utiliser ces zones pour y bâtir un édifice de culte).²⁴²

Sans modifier une nouvelle fois la loi, la Lombardie a adopté, avec des finalités semblables, une décision qui prévoit la mise sous observation des mosquées, imams, fidèles et finances en relation avec le culte islamique en Lombardie, « puisqu'il est indubitable que ces centres sont fréquentés, non seulement par des fidèles, mais aussi par des éléments actifs, de manière directe ou indirecte, dans l'extrémisme islamique ».²⁴³

3. Niederlande

The Dutch parliament has discussed the “*undesired influence from unfree countries*” in Dutch society on multiple occasions.²⁴⁴ Research has also been commissioned concerning, among other things, the foreign financing of local religious institutions.²⁴⁵ The government has also proposed several concrete measures as part of these reflections. Most notably, **a draft law** was advanced to **enable Dutch authorities to better identify the foreign entities financing associations** in the Netherlands, and a **Task Force** was established to address **Problematic Behavior and Undesirable Foreign Financing**.

²³⁹ La loi avait été adoptée dans le cadre de pouvoirs régionaux d'aménagement du territoire, voir : Legge regionale 09 maggio 1992, n. 20, disponible sous <https://www.olir.it/documenti/legge-regionale-09-maggio-1992-n-20/> (23.01.2023).

²⁴⁰ Voir C. Cost. n. 346/2002, disponible sous <https://www.giurcost.org/decisioni/2002/0346s-02.html> (23.01.2023).

²⁴¹ Legge della Regione Lombardia 11 marzo 2005, n. 12 (Legge per il governo del territorio), come modificati dall'art. 1, comma 1, lettere b) e c), della legge della Regione Lombardia 3 febbraio 2015, n. 2, recante « Modifiche alla legge regionale 11 marzo 2005, n. 12 (Legge per il governo del territorio) – Principi per la pianificazione delle attrezzature per servizi religiosi », disponible sous https://www.bosettiegatti.eu/info/norme/lombardia/2015_002.htm (23.01.2023).

²⁴² Voir C. Cost. n. 63/2016, disponible sous [https://www.giurcost.org/decisioni/2016/0063s-16.html?titolo=Sentenza%20n.%2063%20del%202016&terms=culto](https://www.giurcost.org/decisioni/2016/0063s-16.html?titolo=Sentenza%20n.%2063%20del%202016&terms=culto;); voir https://www.cortecostituzionale.it/actionSchedaPronuncia.do?param_ecli=ECLI:IT:COST:2016:63; voir https://www.forumcostituzionale.it/wordpress/wp-content/uploads/2016/04/nota_63_2016_croce.pdf (tous 23.01.2023).

²⁴³ Delibera del Consiglio regionale Lombardia del 11/09/2018 – N. XI/150 Gazzetta Uff. 20/09/2018 n. 38.

²⁴⁴ Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid, Beleidsreactie op Parlementaire Ondervragingscommissie ongewenste beïnvloeding uit onvrije landen, available at <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/kamerstukken/2020/11/23/beleidsreactie-op-parlementaire-ondervragingscommissie-ongewenste-beïnvloeding-uit-onvrije-landen> (16.01.2023).

²⁴⁵ S. Hoorens *et al.*, Onderzoek naar buitenlandse financiering van religieuze instellingen in Nederland, available at <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/publicaties/2020/11/23/onderzoek-naar-buitenlandse-financiering-van-religieuze-instellingen-in-nederland> (16.01.2023).

3.1. Draft Law on the Transparency of Societal Organizations

The draft **Law on the Transparency of Societal Organizations** (*Wet transparantie maatschappelijke organisaties*) was introduced to parliament in November 2020. The government initially wanted all associations in the Netherlands to be subject to a **general legal obligation to create an annual overview of donations exceeding EUR 15'000**. This overview would have had to be filed with the commercial registry.²⁴⁶ However, the government has since **abandoned this idea of a generalized transparency obligation**, opting instead for what the explanatory referendum refers to as “two pillars”.

As a first pillar, the mayor, the public prosecutor and other specifically designated **governmental agencies, will be empowered to make specific inquiries about foreign donations**. If these donations prove to be substantial, the public authorities can inquire further about the donor's identity. Frustrating these inquiries will be punished by criminal law. As a second pillar, the draft law would augment a foundation's existent requirements to create a balance sheet and income and expenditure statements with an **additional obligation to deposit these financial documents with the commercial registry**. Certain supervisory and enforcement authorities would then have access to these documents.²⁴⁷ Although the draft law has been pending since 2020, the current **government still seems intent on having the law passed**.²⁴⁸

3.2. Taskforce on Problematic Behavior and Undesirable Foreign Financing

In addition to the draft law, the Dutch government has also established a **Taskforce on Problematic Behavior and Undesirable Foreign Financing** (*Taskforce problematisch gedrag & ongewenste buitenlandse financiering*). The Taskforce is a loose partnership in which several **ministries work together to provide municipalities with information about (general) phenomena, such as foreign influence on local religious institutions**. The principle within the Taskforce is that all entities in the Taskforce participate based on their own standards and executive powers. It is up to the municipality to involve the Taskforce if they desire its support.²⁴⁹ In general, **municipalities are important actors** in the governance of Dutch society. As such, they are also a prominent force in identifying and countering radicalization and extremism, including when foreign actors propel it.²⁵⁰ The **Taskforce delivers support and guidance** in this respect. The Ministry of Home Affairs and other governmental agencies

²⁴⁶ M. van den Akker, Het beleid van kabinet-Rutte III onder de loep van verhouding tot godsdienst, available at [https://theses.ubn.ru.nl/bitstream/handle/123456789/12672/Akker%2C M. van den 1.pdf?sequence=1](https://theses.ubn.ru.nl/bitstream/handle/123456789/12672/Akker%2C%20M.%20van%20den%201.pdf?sequence=1) (16.01.2023), p. 32.

²⁴⁷ Voorstel van wet over de regels voor het inzichtelijk maken van buitenlandse donaties ontvangen door maatschappelijke organisaties en tot wijziging van het Burgerlijk Wetboek, de Handelsregisterwet 2007 en de Wet op de economische delicten in verband met het deponeren van de balans en de staat van baten en lasten door stichtingen (*Wet transparantie maatschappelijke organisaties*), available at <https://www.tweedekamer.nl/kamerstukken/wetsvoorstellen/detail?id=2020Z22508&dossier=35646#wetgevingsproces> (16.01.2023).

²⁴⁸ VVD *et al.*, Omzien naar elkaar, vooruitkijken naar de toekomst: Coalitieakkoord 2021 – 2025, available at <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/publicaties/2022/01/10/coalitieakkoord-omzien-naar-elkaar-vooruitkijken-naar-de-toekomst> (16.01.2023), p. 30.

²⁴⁹ W. Koolmees, Taskforce problematisch gedrag en ongewenste buitenlandse financiering, available at <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/kamerstukken/2021/07/01/kamerbrief-taskforce-problematisch-gedrag-en-ongewenste-buitenlandse-financiering> (16.01.2023).

²⁵⁰ Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties, Tweeluik religie en publiek domein: Handvatten voor gemeenten over de scheiding tussen kerk en staat, available at <https://vng.nl/nieuws/tweeluik-religie-en-publiek-domein-nieuwe-handreiking> (16.01.2023), pp. 32-34.

have furthermore developed, or are in the process of developing, **tools for local authorities to aid them in deciding how to handle these types of issues.**²⁵¹

4. Schweden

In Sweden, there are no rules prohibiting or otherwise regulating the acceptance of foreign funding by religious communities (such as Muslim congregations). Moreover, there are no transparency requirements as regards the funding to religious communities, including funding to mosques.

The issue of foreign funding to mosques and to Muslim congregations more generally is, however, subject to debate. In July 2022, the government commissioned the Swedish Agency for Support for Faith Communities (*Myndigheten för stöd till trossamfund*) to conduct a **preliminary study** as a first step in the process of a planned larger inquiry on foreign funding of religious communities.²⁵² The preliminary study is scheduled to be finalised by January 2023.²⁵³ The preliminary study aims to identify the existence of foreign funding to religious communities eligible for funding from the Swedish State and to analyse the questions that should be covered by the forthcoming inquiry.²⁵⁴

However, as part of its political programme, the new right wing government elected in October 2022 (conservative and liberal coalition with the support in Parliament of the extreme right party *Sverigedemokraterna*) has decided to launch its own inquiry, thereby replacing the inquiry planned by the former government.²⁵⁵ According to the new government's political programme, the **inquiry shall focus on foreign funding to religious and other civil society organisations with links to Islamism and extremism and propose stricter rules and supervision of the funding of such organisations.**²⁵⁶ It is therefore different from the more open-ended inquiry scheduled by the former government. Thus far, there is no information of when the inquiry is expected to be finalised.

²⁵¹ A so-called "assessment framework" (*afwegingskader*) was developed to give municipalities a better picture of how they might address behavior that falls within the boundaries of the law but which may undermine the democratic legal order (e.g., foreign financing of hate-speech). There is also reference made to an "escalation ladder" (*escalatieladder*) to determine how and when to act in case of, for instance, undesirable foreign influence on local religious institutions; however, this publication could not be found. Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties, Afwegingskader problematisch gedrag: Vragen voor ambtenaren van gemeenten, available at <https://www.argumentenfabriek.nl/wp-content/uploads/2021/11/afwegingskader-problematisch-gedrag.pdf> (16.01.2023); W. Koolmees, Taskforce problematisch gedrag en ongewenste buitenlandse financiering, available at <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/kamerstukken/2021/07/01/kamerbrief-taskforce-problematisch-gedrag-en-ongewenste-buitenlandse-financiering> (16.01.2023).

²⁵² The mandate from the government is available at <https://www.regeringen.se/4a2145/contentassets/eb5606b9206c46ec840f1b84d0608516/uppdrag-till-myndigheten-for-stod-till-trossamfund-om-forstudie-infor-en-kommande-utredning-om-utlandsk-finansiering-av-trossamfund.pdf> (10.01.2023).

²⁵³ At the time of the completion of this country report (12 January 2023) the preliminary study had not yet been published.

²⁵⁴ The mandate from the government is available at <https://www.regeringen.se/4a2145/contentassets/eb5606b9206c46ec840f1b84d0608516/uppdrag-till-myndigheten-for-stod-till-trossamfund-om-forstudie-infor-en-kommande-utredning-om-utlandsk-finansiering-av-trossamfund.pdf> (10.01.2023).

²⁵⁵ The new government's programme, the so-called *Tidöavtalet* is available at <https://www.xn--tidavtalet-gcb.se/> (10.01.2023).

²⁵⁶ *Ibid.*

5. Spanien

5.1. Financial Support by the State

According to the principle of cooperation with religion, enshrined in Article 16.3 of the Spanish Constitution, no denomination shall have a state character. The public authorities shall take into account the religious beliefs of Spanish society and shall maintain consequent relations of cooperation with the Catholic Church and other denominations.²⁵⁷ **The Spanish State provides direct economic support to religious communities through public funding and indirect support through tax benefits.**²⁵⁸

Under Article 7 of the Organic Law No. 7/1980 of Religious Freedom,²⁵⁹ **the State shall establish cooperation agreements or conventions with the churches, denominations and religious communities that are properly registered.**²⁶⁰ According to Article 5 of the same law, the churches, denominations and religious communities and their federations shall enjoy legal personality once they have been entered in the corresponding public Register, at the Ministry of Justice (“Register of Religious Entities”).²⁶¹ Several Islamic communities are registered, including the Spanish United Islamic Communities – UCIDE²⁶² (“*Unión de Comunidades Islámicas de España*”) and the Spanish Federation of Islamic Religious Entities – FEERI²⁶³ (“*Federación Española de Entidades Religiosas Islámicas*”). Registered Islamic Communities or Federations may request their incorporation into the Islamic Commission of Spain (“*Comisión Islámica de España*” – CIE), which represents the Islamic communities before the Spanish Government. UCIDE and FEERI are the two main constituents of the CIE.²⁶⁴

The state fulfils these obligations with conventions and agreements concluded with religious communities. In 1979, a Concordat was signed between the Spanish State and the Holy See on

²⁵⁷ Constitución Española, Art. 16.3: “*Ninguna confesión tendrá carácter estatal. Los poderes públicos tendrán en cuenta las creencias religiosas de la sociedad española y mantendrán las consiguientes relaciones de cooperación con la Iglesia Católica y las demás confesiones.*”, available at <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-1978-31229> (11.01.2023).

²⁵⁸ M.M. Martín García, El modelo español de financiación de la Iglesia Católica. Una valoración desde una perspectiva comparada, Anuario de Derecho Eclesiástico del Estado, vol. XXXVI (2020), pp. 522-526, available at https://www.boe.es/biblioteca_juridica/anuarios_derecho/abrir_pdf.php?id=ANU-E-2020-10051100529 (11.01.2023).

²⁵⁹ Ley Orgánica 7/1980, de 5 de julio, de Libertad Religiosa, available at <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-1980-15955> (11.01.2023).

²⁶⁰ Ley Orgánica 7/1980, de 5 de julio, de Libertad Religiosa, Art. 7.1: “*Uno. El Estado, teniendo en cuenta las creencias religiosas existentes en la sociedad española, establecerá, en su caso, Acuerdos o Convenios de cooperación con las Iglesias, Confesiones y Comunidades religiosas inscritas en el Registro que por su ámbito y número de creyentes hayan alcanzado notorio arraigo en España. En todo caso, estos Acuerdos se aprobarán por Ley de las Cortes Generales. (...)*”

²⁶¹ Ley Orgánica 7/1980, de 5 de julio, de Libertad Religiosa, Art. 5: “*Uno. Las Iglesias, Confesiones y Comunidades religiosas y sus Federaciones gozarán de personalidad jurídica una vez inscritas en el correspondiente Registro público, que se crea, a tal efecto, en el Ministerio de Justicia (...)*”.

²⁶² Spanish United Islamic Communities – UCIDE “*Unión de Comunidades Islámicas de España*”, available at <https://ucide.org/> (11.01.2023).

²⁶³ Spanish Federation of Islamic Religious Entities – FEERI “*Federación Española de Entidades Religiosas Islámicas*”, available at <http://www.feeri.es/> (11.01.2023).

²⁶⁴ Art. 1 CIE’s articles of association of 18.09.2015, set out that “[l]a FEERI y la UCIDE constituyen una Entidad islámica denominada “COMISIÓN ISLÁMICA DE ESPAÑA”, para la negociación, firma y seguimiento del Acuerdo de cooperación con el Estado. A tal efecto se inscribirá en el Registro de Entidades Religiosas a fin de tener personalidad jurídica propia. (...)”, available at http://www.hispanomuslim.es/panya/estatutos_cie_2015.pdf (11.01.2023).

economic matters.²⁶⁵ In 1992, three cooperation agreements were concluded with the Evangelical, Jewish, and Islamic Federations, which are the institutions representing Protestantism, Judaism and Islam vis-à-vis the Spanish state.²⁶⁶

5.1.1. Direct funding

The **Spanish Government has established a model of direct funding through the General State Budget Law**, in which it provides for a budgetary allocation to cover activities of a social and cultural nature, excluding those of worship and ministers of worship, from among the projects presented each year by the religious entities included in the different religious federations that have signed agreements with the State.²⁶⁷ **The management of this allocation**, which therefore includes the decision on the specific projects to be subsidised, as well as the specific amount to be allocated to each selected project, **is the responsibility of the Public Sector Foundation “Pluralism and Coexistence”** (*“Pluralismo y Convivencia”*) created in 2004.²⁶⁸

5.1.2. Indirect funding

Spanish legislation establishes the principle of equality in the provision of tax benefits among religious denominations that have agreements with the State and their entities and private non-profit entities.²⁶⁹ This means that, **in addition to the tax benefits provided for in the agreements with the denominations, these entities are exempted from corporate income taxes and a series of local taxes**, such as property taxes, business taxes and taxes on the increase in value of urban land. Additionally, an exception to the Value Added Tax (VAT) is provided to entities registered in the Register of Religious Entities.

The legislation on patronage also provides tax benefits for individuals and legal entities that make donations to religious entities. Specifically, individual income taxpayers can deduct eighty percent of the total tax liability on the first one hundred and fifty euros donated, and thirty-five percent on the remaining amount; for their part, legal entities can deduct thirty-five percent of the total tax liability on the amounts donated from corporate income tax.²⁷⁰

²⁶⁵ Instrumento de Ratificación del Acuerdo entre el Estado español y la Santa Sede sobre asuntos económicos, firmado en Ciudad del Vaticano el 3 de enero de 1979, available at [https://www.boe.es/eli/es/ai/1979/01/03/\(2\)/con](https://www.boe.es/eli/es/ai/1979/01/03/(2)/con) (11.01.2023).

²⁶⁶ Ley 26/1992, de 10 de noviembre, por la que se aprueba el Acuerdo de Cooperación del Estado con la Comisión Islámica de España, available at <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-1992-24855> (11.01.2023); Ley 25/1992, de 10 de noviembre, por la que se aprueba el Acuerdo de Cooperación del Estado con la Federación de Comunidades Israelitas de España, available at <https://www.boe.es/eli/es/l/1992/11/10/25/con> (11.01.2023); and Ley 24/1992, de 10 de noviembre, por la que se aprueba el Acuerdo de Cooperación del Estado con la Federación de Entidades Religiosas Evangélicas de España, available at <https://www.boe.es/eli/es/l/1992/11/10/24/con> (11.01.2023).

²⁶⁷ Martín García, *op. cit.*, p. 524.

²⁶⁸ J. Martínez-Torrón, Spain in IEL Religion, Wolters Kluwer (ed.), Wolters Kluwer, 2019, pp. 209, 212-213.

²⁶⁹ Ley Orgánica 7/1980, de 5 de julio, de Libertad Religiosa, Art. 7.2: *“Dos. En los Acuerdos o Convenios, y respetando siempre el principio de igualdad, se podrá extender a dichas Iglesias, Confesiones y Comunidades los beneficios fiscales previstos en el ordenamiento jurídico general para las Entidades sin fin de lucro y demás de carácter benéfico.”*

²⁷⁰ Ley 49/2002, de 23 de diciembre, de régimen fiscal de las entidades sin fines lucrativos y de los incentivos fiscales al mecenazgo, Arts. 19 and 20, available at <https://www.boe.es/eli/es/l/2002/12/23/49/con> (11.01.2023).

5.2. Cooperation Agreements

The **cooperation agreements** or conventions that serve as basis to the State funding of religious communities (either direct or indirect), **require**:²⁷¹

- a) **that such community is registered** at the Register of Religious Entities,
- b) **that the scope of a given community's reach and the number of its adherents evidence the establishment of "well-known roots" ("notorio arraigo") in Spain.**

However, compliance with those two conditions does not automatically imply a negotiation process that may lead to a cooperation agreement. The commencement of that process depends exclusively on the government's discretion. Besides the 1979 Concordat with the Catholic Church,²⁷² and the three cooperation agreements concluded in 1992 with the Evangelical, Jewish, and Islamic Federations, no subsequent negotiation process has been initiated by the government. This fact has caused unjustified inequalities among the legal status of religious communities with a cooperation agreement and those others that do not have one, even if they have been recognized well-known roots. No negotiation is foreseeable in the near future.²⁷³

5.3. Monitoring

Concerning public funding, according to Article 7 of the Organic Law No. 7/1980, **all cooperation agreements or conventions with churches, denominations and religious communities shall be approved by a Law** of the "*Cortes Generales*" (Spanish Parliament).²⁷⁴ This implies an indirect transparency obligation as all Laws are published in the Official State Gazette ("*Boletín Oficial del Estado*" – BOE). **Additionally, the "Pluralism and Coexistence" Foundation publishes an annual report containing information on the support** for the federative structures of the religious communities and of aid for projects to improve knowledge and religious diversity, including initiatives aimed at promoting dialogue, coexistence and the fight against intolerance and hate speech on the grounds of religion.²⁷⁵

However, two principal criticisms have been levelled at this public funding mechanism. First, being a public foundation, "Pluralism and Coexistence" is susceptible to being controlled by political criteria, especially if religious communities do not have representation within the governing bodies of the foundation.²⁷⁶ Second, the Catholic Church has a special system of tax allocation that is not available to other religious communities.²⁷⁷

Concerning private funding in Spain, there is **no legal prohibition for mosques to accept foreign funds, nor are there transparency requirements** relating to the receipt of such funding. In practice, this has

²⁷¹ Ley Orgánica 7/1980, de 5 de julio, de Libertad Religiosa, Art. 7.1.

²⁷² It is important to note that the 1979 Concordat is recognized as having a nature similar to international treaties, and it was negotiated and ratified in accordance with the rules applicable to international treaties. Martínez-Torrón, p. 40.

²⁷³ *Id.*, pp. 41-42.

²⁷⁴ Ley Orgánica 7/1980, de 5 de julio, de Libertad Religiosa, Art. 7.1.

²⁷⁵ Fundación Pluralismo y Convivencia, <https://www.pluralismoyconvivencia.es/> (11.01.2023).

²⁷⁶ Martínez-Torrón, p. 213.

²⁷⁷ Martín García, *op. cit.*, pp. 524-526.

created several concerns. Recently, the treasurer of UCIDE was charged with crimes, including membership in a terrorist organisation and financing terrorism.²⁷⁸

5.4. Current Status

Several experts have called for transparency in the financing of mosques and Islamic entities from abroad.²⁷⁹ **Demands for transparency have not been yet translated into concrete projects** of reform.

²⁷⁸ El Mundo, Prisión para el tesorero de la Unión de Comunidades Islámicas de España por financiar el terrorismo a través de una ONG (25.03.2021), available at <https://www.elmundo.es/espana/2021/03/25/605cce3f21efa0f71c8b45eb.html> (26.01.2023).

²⁷⁹ See for example, El Mundo, España debe implantar “transparencia a la financiación de mezquitas y entidades islámicas” (17.03.2021), available at https://www.lespanol.com/mundo/20210317/espana-implantar-transparencia-financiacion-mezquitas-entidades-islamicas/566694705_0.html (24.01.2023); S. Altuna Galán, “La Hermandad Musulmana en España: activismo comunitario, política y terrorismo”, Real Instituto Elcano (27.10.2022), available at <https://www.realinstitutoelcano.org/documento-de-trabajo/la-hermandad-musulmana-en-espana-activismo-comunitario-politica-y-terrorismo/> (24.01.2023).

ANNEX I: BESTEHEN STAATLICHER REGELUNGEN ZUR EINSETZUNG UND TÄTIGKEIT ALS IMAM

Bei den folgenden beiden Tabellen (Punkte 1. und 2.) handelt es sich um rein vorläufige Übersichten, welche lediglich einer ersten Orientierung dienen sollten. Sofern nicht anders angegeben sind sie auf dem Stand vom 2. November 2021.

1. Überblick: Gesetzgebung

	Gesetz	Wesentlicher Inhalt der Regelung
EU	Nein	
A	Ja	Bundesgesetz über die äusseren Rechtsverhältnisse islamischer Religionsgesellschaften – Islamgesetz 2015. Abberufung, Anzeige- und Meldeverpflichtungen
B	Nein	Die Exekutive der Muslime Belgiens - offizieller muslimische Ansprechpartner der belgischen Bundesregierung - spielt eine wichtige Rolle (Anerkennung von Moscheen, Ausstellung von (nicht verpflichtenden) Imam-Zertifikaten, Berufung von Imamen (nach Absprache mit dem Justizministerium) für die jeweilige Moscheegemeinde)
DK	Teilweise	Keine öffentlich-rechtlichen Genehmigungs-, Melde- oder Eintragungspflichten. Gewisse ausländerrechtliche Regelungen spezifisch für Geistliche (Kurs im Familienrecht)
D	Nein	Pflicht zum Nachweis von Deutschkenntnissen für Geistliche aller Religionen
E	Teilweise	Grundsätzlich keine Zulassungserfordernis Das Kooperationsabkommen zwischen Spanien und der Islamischen Kommission Spaniens („Comisión Islámica de España“ - CIE), sieht aber eine Zertifizierung vor, welche jedoch nur für Mitglieder der CIE gilt
F	Nein	Diskussion zur Gründung eines Zulassungsorgans; Voraussetzungen nur bei öffentlicher Finanzierung
I	Nein	Keine einschlägigen Vorschriften; keine relevante politische Diskussion in der Sache. ²⁸⁰
IRL	Nein	Keine Regelungen, kaum politische Debatten zum Thema
LUX	Nein	-
NL	Nein	Keinerlei öffentlich-rechtliche Vorschriften im Zusammenhang mit der Einsetzung und Tätigkeit von Imamen.
N	nein	Keinerlei öffentlich-rechtliche Vorschriften im Zusammenhang mit der Einsetzung oder Tätigkeit von religiösen Funktionsträgern (inkl. Imame)
P	nein	Diese muslimische Gemeinschaft ist aufgrund von Schwierigkeiten bei der Anpassung an die Regeln, die Anforderungen von supranationaler Reichweite für die Registrierung von Kirchen und Religionsgemeinschaften festlegen, nicht im nationalen Register religiöser Gemeinschaften aufgeführt. ²⁸¹
SF	Nein	Keinerlei öffentlich-rechtliche Vorschriften im Zusammenhang mit der Einsetzung oder Tätigkeit von religiösen Funktionsträgern, inkl. Imame.
S	nein	Keinerlei öffentlich-rechtliche Vorschriften im Zusammenhang mit der Einsetzung oder Tätigkeit von religiösen Funktionsträgern (inkl. Imame)

²⁸⁰ Ausführlich zur Lage des Islam in Italien Rita Benigni, Il governo del fenomeno religioso. Istituzioni pubbliche, organizzazioni confessionali e percorso cooperativo, DIRITTO E RELIGIONE IN ITALIA PRINCIPI E TEMI, 2021.

²⁸¹ J. Bacelar Gouveia, Portugal, in IEL Religion, Wolters Kluwer (ed.), Wolters Kluwer, 2018, S. 47.

T	Ja	Gesetz über die Gründung und Aufgaben des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten. ²⁸²
UK	Nein	Keine Regelungen, keine wesentlichen Diskussionen ersichtlich.

2. Diskussion / aktuelle Entwicklungen (soweit massgeblich)

Land	Inhalt der gesetzlichen Regelung	Politische Diskussion / Faktische Entwicklung
EU		Vorstösse von Seiten des Europäischen Rates hinzu einer Europäischen Imamausbildung. ²⁸³
A	<p>Im Gesetz von Interesse sind dabei die Vorschriften zur Abberufung von Funktionsträgern und-trägerinnen (§§ 14, 21) sowie bestehende Anzeige- und Meldeverpflichtungen (§ 25), wobei letztere erst jüngst (Novelle vom 26. Juli 2021) eingefügt worden sind.</p> <p>Danach sind von der Bekanntgabepflicht auch nur temporär tätige Funktionsträger erfasst, die nicht bereits bei einer Einrichtung der Religionsgesellschaft gemeldet sind, etwa Gastprediger.</p> <p>Die ebenfalls neuen §§ 14 und 21 IslamG 2015 regeln die Abberufungspflicht von Funktionsträgern, die durch ihr Verhalten die öffentliche Sicherheit, Ordnung, Gesundheit und Moral oder die Rechte und Freiheiten anderer nachhaltig gefährden.</p>	<p>Der Religionsrechtsexperte Andreas Kowatsch ortet in der vom Nationalrat beschlossenen Islamgesetz-Novelle eine «unsachliche Diskriminierung» der islamischen Religionsgemeinschaften. Das Gesetz dürfte seiner Meinung nach «verfassungswidrig» sein.²⁸⁴</p> <p>Das Kultusamt jedoch sieht in den Verschärfungen notwendige Massnahmen, um effektiver gegen islamistischen Terror vorgehen zu können.²⁸⁵</p>
B	<p>Zwar wurde der Islam als gleichberechtigte Religion durch das Gesetz vom 19. Juli 1974 anerkannt, welches daneben auch die Verwaltung und Finanzierung regelt. Gleichwohl enthält das Gesetz keine Bestimmungen zur Einsetzung oder Tätigkeit von Imamen.</p> <p>Für die Umsetzung des Gesetzes ist die Exekutive der Muslime Belgiens (1998 gegründet und durch königlichen Erlass vom 3. Mai 1999 anerkannt) als offizieller muslimischer Ansprechpartner der</p>	<p>Die Funktionsweise der Exekutive der Muslime Belgiens ist derzeit allerdings – aufgrund wiederkehrender Verdachtsfälle ausländischer Einflussnahme und wegen Korruptionsfällen – umstritten.²⁸⁷</p>

²⁸² Diyanet İşleri Başkanlığı Kuruluş Ve Görevleri Hakkında Kanun vom 22.06.1965.

²⁸³ <https://www.politico.eu/article/eu-charles-michel-imam-school-to-combat-terrorism-and-radicalization/> (01.11.2021).

²⁸⁴ <https://religion.orf.at/stories/3207521/> (21.10.2021).

²⁸⁵ <https://oe1.orf.at/programm/20210714/645060/Islamgesetz-verfassungswidrig> (21.10.2021).

²⁸⁷ https://www.rtf.be/info/belgique/detail_l-executif-des-musulmans-de-belgique-denonce-les-accusations-de-magouilles?id=10856383 (26.10.2021).

	<p>belgischen Bundesregierung verantwortlich.²⁸⁶</p> <p>Dieser kümmert sich etwa auch um die Anerkennung von Moscheen oder um die Ausstellung von Imam-Zertifikaten, die jedoch nicht verpflichtend sind.</p> <p>Nach einem erfolgreichen Anerkennungsverfahren beruft die Exekutive unter Absprache mit dem Justizministerium einen Imam für die jeweilige Moscheegemeinde.</p>	
DK	<p>Ausländerrechtliche Regelungen (LBKG 2020-10-22 nr 1513 Udlændingeloven) stellen seit Kurzem gewisse Anforderungen an die Erlangung einer Aufenthaltsgenehmigung durch ausländische Prediger, Missionare und ähnliche Funktionsträger.²⁸⁸ Ferner verbieten diese einigen konkreten Predigern aus dem aussereuropäischen Ausland die Einreise nach Dänemark mit der Begründung, dass deren Predigten und Aussagen «hate speech» darstellen.²⁸⁹</p>	<p>Beide kürzlichen Änderungen des Ausländerrechts (Inkrafttreten im Jahre 2020) wurde dafür kritisiert, spezifisch auf Muslime und muslimische Vereinigungen abzielen.²⁹⁰</p>
D	<p>Gemäss des im Jahr 2020 eingeführten § 14 der Beschäftigungsverordnung besteht neuerdings die Pflicht, bereits vor der Einreise Deutschkenntnisse nachweisen zu können.</p> <p>Diese sog. «Deutschpflicht» gilt für alle Religionen und «ausländischen Religionsbediensteten». Nicht betroffen sind Geistliche aus der Europäischen Union, die ohnehin Freizügigkeit geniessen. Im Fokus stehen insbesondere die rund tausend islamischen Vorbeter und Prediger des deutsch-türkischen Moscheeverbandes Ditib.²⁹¹</p>	<p>Grüne, Linke und AfD haben den Gesetzesentwurf – jeweils aus unterschiedlichen Gründen – kritisiert.²⁹²</p> <p>Die Staatsrechtslehre hält etwaige auf den Islam konzentrierte Vorstöße für verfassungswidrig. Islamverbände stärker zu kontrollieren, sei nicht möglich, «denn wir bewegen uns hier auf einem Gebiet, das durch das Grundrecht der Religionsfreiheit aus Artikel 4 des Grundgesetzes massgeblich geprägt wird».²⁹³</p> <p>Im Zentrum steht deshalb vor allem eine staatlich-universitäre Imamausbildung, wie</p>

²⁸⁶ <https://www.embnet.be/> (aufgerufen um 26.10.2021).

²⁸⁸ Lovbekendtgørelse 2020-10-22 nr 1513 Udlændingeloven, Abschnitt 9 f. Unter anderem sind die Personen verpflichtet, Kurse zum dänischen Familienrecht, zu den Grundrechten und zur Demokratie zu besuchen.

²⁸⁹ Lovbekendtgørelse 2020-10-22 nr 1513 Udlændingeloven, Kapitel 5 c.

²⁹⁰ N. V. Vinding, Annotated Legal Documents on Islam in Europe - Denmark, 18. Auflage., Leiden: Brill 2020, S. 48 ff.

²⁹¹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/plaene-der-bundesregierung-zur-integration-soll-es-eine-deutsch-pflicht-fuer-imame-geben/25206846.html> (01.11.2021).

²⁹² Zur Kritik der Grünen <https://www.gruene-bundestag.de/themen/religion/bundesregierung-hat-deutschpflicht-fuer-geistliche-eingefuehrt> (01.11.2021).

²⁹³ Allgemein zur Kritik an islamspezifischen Kontrollvorschlägen <https://www.fr.de/politik/oesterreich-taugt-nicht-vorbild-11045936.html> (01.11.2021).

		sie seit Kurzem in Osnabrück angeboten wird.²⁹⁴
E	<p>Grundsätzlich bedarf es in Spanien für die Ausübung der Tätigkeit eines Imams keiner ausdrücklichen Zulassung.</p> <p>Das Kooperationsabkommen zwischen Spanien und der Islamischen Kommission Spaniens („Comisión Islámica de España“ - CIE), die gemäss Gesetz Nr. 26/1992²⁹⁵ die islamischen Religionsgemeinschaften vor der Verwaltung vertritt, ist jedoch interessant, insbesondere Artikel 3 des Abkommens: «Islamische Religionsführer und Imame der Islamischen Gemeinschaften sind die natürlichen Personen, die sich auf einer stabilen Grundlage der Leitung der Islamischen Gemeinschaften der Leitung des Gebets, der Ausbildung und der islamischen religiösen Unterstützung und Akkreditierung widmen die Erfüllung dieser Anforderungen durch eine von der Gemeinschaft, der sie angehören, ausgestellte Zertifizierung gemäss den CIE-Anforderungen».²⁹⁶ Diese Zertifizierungspflicht ist besonders relevant, da die meisten islamischen Religionsgemeinschaften in Spanien entweder direkt oder über Verbände Teil der CIE sind. Muslimische religiöse Einrichtungen müssen sich jedoch nicht registrieren lassen oder Teil der CIE werden, sodass in diesen Fällen die oben genannte Zertifizierungspflicht nicht für sie gilt.</p>	<p>Es gibt keine zwingenden Voraussetzungen, um in Spanien Imam zu werden. Normalerweise können diejenigen, die gute Kenntnisse des Islam haben, als solcher tätig werden. Darüber hinaus bieten Gemeinden oder Verbände islamischer Gemeinden und einige Universitäten Islamkurse ohne staatliche Anerkennung an.²⁹⁷</p>
F	Ernennung: Gegenwärtig Gründung eines <i>Conseil national des Imams</i> , der mit der	

²⁹⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/imame-osnabrueck-101.html> (01.11.2021).

²⁹⁵ Ley 26/1992, de 10 de noviembre, por la que se aprueba el Acuerdo de Cooperación del Estado con la Comisión Islámica de España, <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-1992-24855> (20.09.2021).

²⁹⁶ Ley 26/1992, Art. 3: “A los efectos legales, son dirigentes religiosos islámicos e Imanes de las Comunidades Islámicas las personas físicas dedicadas, con carácter estable, a la dirección de las Comunidades a que se refiere el artículo 1 del presente Acuerdo, a la dirección de la oración, formación y asistencia religiosa islámica y acrediten el cumplimiento de estos requisitos mediante certificación expedida por la Comunidad a que pertenezcan, con la conformidad de la “Comisión Islámica de España”.

²⁹⁷ J. Ferreiro Galguera, Formación de Imanes en la Unión Europea, Revista Europea de Derechos Fundamentales, N° 17, 1er semestre 2011, S. 152.

	Ausbildung und Zulassung von Imamen befasst sein wird. ²⁹⁸	
	Tätigkeit: Loi n° 2021-1109 du 24.08.2021 zur Stärkung der Achtung der Prinzipien der Republik, insb. Art. 15 (contrat d'engagement républicain pour les associations et fondations qui sollicitent une subvention).	
I	Auf nationaler Ebene gibt es vier wichtige islamische religiöse Organisationen: das Islamische Kulturzentrum Italiens (CCII) , die Union der islamischen Gemeinschaften Italiens (UCOI), die Islamische Religionsgemeinschaft Italiens (Coreis) und die Konföderation des italienischen Islam (Cii). Formal gesehen ist von den vier Organisationen derzeit nur das Islamische Kulturzentrum Italiens eine religiöse Körperschaft im Sinne des Italienisches Gesetzes 1159 von 1929 . Diese verwaltet auch die Moschee von Rom.	
IRL		In den Medien findet man die Forderung eines Imams nach einem « <i>muslim council</i> », der muslimische Angelegenheiten mit dem Ziel regeln soll, unqualifizierte Religionslehrer von der Tätigkeit des Imams fernzuhalten, um Radikalisierung zu verhindern. ²⁹⁹
LUX	Es besteht jedoch ein Abkommen aus dem Jahr 2015 zwischen dem Grossherzogtum Luxemburg und den religiösen Vereinigungen mit Sitz in Luxemburg, darunter auch Vertreter des Islam, der seinerseits durch die Versammlung der Muslimischen Gemeinschaft des Grossherzogtums Luxemburg (Shoura) vertreten wird. ³⁰⁰	
NL		Nach zahlreichen Fehlversuchen wurde aber 2018 eine universitäre Imam-Ausbildung eine islam-theologische Fakultät in Amsterdam gegründet.
P	Gemäss Art. 15 des Gesetzes Nr. 16/2001 ist die Anerkennung von religiösen	

²⁹⁸ R. Métairie, Le Conseil national des imams en passe d'être créé, in Libération, 17.02.2021, disponible sous : https://www.liberation.fr/societe/religions/le-conseil-national-des-imams-en-passe-detre-cree-20210217_Y56JN4YJINCGZPLA5EA2WDUJNE/ (13.10.2021).

²⁹⁹ <https://www.independent.ie/irish-news/regulate-all-mosques-to-stop-radical-preachers-irish-imam-35304257.html> (01.11.2021).

³⁰⁰ <http://shoura.lu/> (01.11.2021)

<p>Betreuungspersonen (einschliesslich Imamen) jeder Religionsgemeinschaft überantwortet. Daher ist die Registrierung von Religionsgemeinschaften nicht obligatorisch, aber wenn sie erfolgt, können solche Einheiten Rechtspersönlichkeit erlangen. Darüber hinaus gewährt das Gesetz registrierten Religionsgemeinschaften automatisch mehrere Rechte, einschliesslich Steuervorteile.³⁰¹ Das Nationale Register religiöser Entitäten (NRRE) wird durch das Exekutivgesetzesdekret Nr. 134/2003 vom 28. Juni 2003 geregelt.³⁰² Diese muslimische Gemeinschaft ist aufgrund von Schwierigkeiten bei der Anpassung an die Regeln, die Anforderungen von supranationaler Reichweite für die Registrierung von Kirchen und Religionsgemeinschaften festlegen, nicht im NRRE registriert.³⁰³</p>	
--	--

³⁰¹ J. Machado & S. Caseiro, Portugal, in *Annotated Legal Documents of Islam in Europe*, Brill 2021, S. 12-17.

³⁰² Decreto-Lei n.º 134/2003, Aprova o registo das pessoas colectivas religiosas, previsto na Lei da Liberdade Religiosa, aprovada pela Lei n.º 16/2001, de 22 de Junho, <https://dre.pt/pesquisa/-/search/693255/details/maximized> (29.09.2021).

³⁰³ J. Bacelar Gouveia, Portugal, in *IEL Religion*, Wolters Kluwer (ed.), Wolters Kluwer, 2018, S. 47.

ANNEX II: ÖFFENTLICHES REGISTER FÜR IMAME ODER MOSCHEEN

Bei den folgenden beiden Tabellen (Punkte 1. und 2.) handelt es sich um rein vorläufige Übersichten, welche lediglich einer ersten Orientierung dienen sollten. Sofern nicht anders angegeben sind sie auf dem Stand vom 2. November 2021.

1. Überblick: Bestehen eines öffentlichen Registers für Imame oder Moscheen

	Bestehen eines Registers	Politische Diskussion
EU	Nein	Österreichischer Vorstoss in diese Richtung.
A	Ja	Institutionen, nicht Personen (aktuell kontroverse Diskussionen)
B	Nein	Lediglich die der Exekutive der Muslime Belgiens angehörenden Moscheen. ³⁰⁴
DK	Nein	Soweit ersichtlich nicht diskutiert.
D	Nein	In der Vergangenheit diskutiert.
E	Nein	freiwillige Registration möglich, Registration der Personen, die zu religiösen Handlungen mit zivilrechtlicher Wirkung (hauptsächlich Eheschliessungen) befugt sind, obligatorisch
F	Nein	Als mögliche Massnahme in der politischen Diskussion erwähnt.
I	Nein	2017 verworfen
IRL	Nein	Offizielles Register für Personen, die in Irland Eheschliessungen/standesamtliche Trauungen durchführen können (sog. «solemnisers»)
LUX	Nein	Freiwillig geführtes Register (durch die Assemblée de la Communauté Musulmane du Grand-Duché de Luxembourg)
NL	Nein	intensive Diskussionen 2017
N	Nein	Soweit ersichtlich keine Diskussion.
P	Nein	
SF	Nein	Soweit ersichtlich keine Diskussionen.
S	Nein	Parlamentarische Vorstösse 2021
T	Bedingt	Moscheeregister sämtlicher Moscheen mit ihren Adressen
UK	Nein	Soweit ersichtlich keine Diskussionen.

2. Eingehendere Ausführungen

	Öffentliches Register für Imame
EU	Österreichischer Vorstoss von 2021. ³⁰⁵
A	Die seitens der österreichischen Regierung gegründete sog. österreichische «Dokumentationsstelle Politischer Islam» gibt eine «Islam-Landkarte» heraus . Auf der Karte sind 623 muslimische Organisationen und Verbände sowie Moscheen in Österreich mit ihrem jeweiligen Hauptsitz im Land verzeichnet. ³⁰⁶

³⁰⁴ <https://www.embnet.be/fr/mosquees-reconnues> (aufgerufen am 01.11.2021).

³⁰⁵ <https://www.dw.com/en/austria-calls-for-european-register-of-muslim-imams/a-56114597> (01.11.2021).

³⁰⁶ <https://www.islam-landkarte.at/> (01.11.2021).

	<p>Der islamische Theologe Mouhanad Khorchide, der dem wissenschaftlichen Beirat der «Dokumentationsstelle Politischer Islam» angehört, kann die Kritik an der Karte nicht nachvollziehen. Er verweist darauf, dass eine solche Karte bereits 2009 bis 2019 online gewesen sei und sich niemand daran gestört habe. Nun nutzen Vertreter des politischen Islam die aktualisierte Neuauflage für eine konstruierte Skandalisierung, sagte Khorchide der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).³⁰⁷</p> <p>Soziologe Marc Helbling von der Universität Münster erwähnt, dass durch die Landkarte schnell ein Generalverdacht gegenüber Muslimen entstehen könne, da «eine Dokumentationsstelle Politischer Islam» dahintersteckt. Darüber seien die Informationen zu den verzeichneten Organisationen und Vereinen so spärlich, dass niemand wirklich etwas damit anfangen könne, so der neue Hans-Blumenberg-Gastprofessor am Exzellenzcluster Religion und Politik der Universität Münster.³⁰⁸</p>
B	Die der Exekutive der Muslime Belgiens angehörenden Moscheen sind registriert. ³⁰⁹
DK	Nach unseren Kenntnissen wurde ein solches bisher auch noch nicht auf politischer Ebene diskutiert.
D	<p>Vormals wurde wiederholt ein Verzeichnis, in dem sich muslimische Gebeträume in Deutschland registrieren müssen, von der CDU/CSU gefordert,³¹⁰ mittlerweile aber wieder aufgeben.</p> <p>Max-Planck-Institut Göttingen: «Das ist erst einmal eine ganz offensichtliche Diskriminierung einer religiösen Minderheit». «Wenn man Dialog, Transparenz, gegenseitige Offenheit will, wäre das ein fatales Signal. Weil das Signal hier nicht Offenheit ist, sondern Misstrauen und Kontrolle. Und das könnte ganz negative Konsequenzen haben. Es könnte zu Rückzug und einem erhöhten Gefühl der Diskriminierung unter Muslimen führen.»³¹¹</p>
E	Gemäss dem Organgesetz Nr. 7/1980 können religiöse Körperschaften in einem öffentlichen Register für religiöse Körperschaften beim Justizministerium registriert werden, ³¹² das durch das Königliche Dekret Nr. 594/2015 geregelt wird. ³¹³ Eine solche Registrierung ist nicht obligatorisch, ermöglicht jedoch religiösen Einrichtungen, Rechtspersönlichkeit zu erlangen. Ebenso müssen Kirchen, Konfessionen oder Religionsgemeinschaften für die Eröffnung von Kultstätten ihre Rechtspersönlichkeit durch eine Bescheinigung des Registers der Religionsgemeinschaften nachweisen, aus der der Ort der Kultstätte hervorgeht, die sie errichten wollen. ³¹⁴ Gemäss Artikel 18 des Königlichen Dekrets Nr. 594/2015 können registrierte religiöse Körperschaften ihre Religionsführer (einschliesslich Imame) in das Register der religiösen Körperschaften mit rechtmässigem Wohnsitz in Spanien aufnehmen.

³⁰⁷ https://www.deutschlandfunk.de/islam-landkarte-in-oesterreich-soziologe-mit-dieser-karte.886.de.html?dram:article_id=498246 (01.11.2021).

³⁰⁸ https://www.deutschlandfunk.de/islam-landkarte-in-oesterreich-soziologe-mit-dieser-karte.886.de.html?dram:article_id=498246 (01.11.2021).

³⁰⁹ <https://www.embnet.be/fr/mosquees-reconnues> (aufgerufen am 01.11.2021).

³¹⁰ <https://www.tagesschau.de/inland/moscheeregister-union-101.html> (01.11.2021).

³¹¹ <https://www.tagesschau.de/inland/moscheereport-moscheeregister-101.html> (01.11.2021).

³¹² Registro de Entidades Religiosas, <https://www.mpr.gob.es/mpr/subse/libertad-religiosa/Paginas/registro-entidades.aspx> (20.09.2021).

³¹³ Real Decreto 594/2015, de 3 de julio, por el que se regula el Registro de Entidades Religiosas, <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-2015-8643> (22.09.2021).

³¹⁴ Ley 27/2013, de 27 de diciembre, de racionalización y sostenibilidad de la Administración Local, Disposición adicional decimoséptima: “Apertura de lugares de culto. Para la apertura de lugares de culto las iglesias, confesiones o comunidades religiosas deberán acreditar su personalidad jurídica civil mediante certificado del Registro de Entidades Religiosas, emitido al efecto, en el que constará la ubicación del lugar de culto que se pretenda constituir. (...)” <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-2013-13756> (22.09.2021).

	Personen, die zu religiösen Handlungen mit zivilrechtlicher Wirkung (hauptsächlich Eheschliessungen) befugt sind, müssen jedoch registriert werden. ³¹⁵
F	Als begleitende Massnahme bei der Festlegung von Voraussetzungen und Bedingungen für den Zugang zur Funktion des Imams wird die Registrierung als Möglichkeit erwähnt. ³¹⁶
ITA	Im November 2017 lehnte der Ausschuss für Verfassungsfragen der Abgeordnetenkammer die Gesetzentwürfe C. 2976 und C. 3421, beide aus dem Jahr 2015, ab , die die Einrichtung eines öffentlichen Moscheenregisters und eines nationalen Imamregisters durch das Innenministerium vorsahen. Ein solches Vorhaben hätte mit «der organisatorischen Autonomie der Konfessionen» in Konflikt gestanden. ³¹⁷
IRL	Es gibt ein offizielles Register für Personen, die in Irland Eheschliessungen/standesamtliche Trauungen durchführen können (sog. «solemnisers»), wobei schätzungsweise fünf der insgesamt 35 Imame als solche registriert sind.
LUX	Nein, allerdings führt die Assemblée de la Communauté Musulmane du Grand-Duché de Luxembourg ein Register, in dem die in Luxemburg ansässigen Moscheen dokumentiert sind. ³¹⁸
NL	Die Einführung eines Imamregisters wurde zwar im Jahr 2017 intensiv diskutiert, aber aus verfassungsrechtlichen Gründen verworfen. ³¹⁹
N	Nach unserem Kenntnisstand wurde ein Register bisher auch noch nicht auf politischer Ebene diskutiert.
P	In Portugal gibt es kein öffentliches Register für Imame. Wie oben erläutert, liegt die Zertifizierung dieser Position in der Zuständigkeit der Behörden jeder muslimischen Gemeinschaft.
SF	Nach unseren Kenntnissen wurde ein Register bisher nicht auf politischer Ebene diskutiert.
S	Dieses Thema scheint nicht Gegenstand einer grösseren politischen Diskussion gewesen zu sein. Im Januar 2021 stellte jedoch ein Abgeordneter der rechtspopulistischen Partei Sverigedemokraterna eine schriftliche Anfrage an die zuständige Ministerin im Wesentlichen, ob die Regierung beabsichtige, ein ähnliches Register wie in Österreich einzuführen. ³²⁰ Die Notwendigkeit einer stärkeren Kontrolle der ausländischen Finanzierung wurde auch von der grossen konservativen Partei Moderaterna und der konservativen Partei Kristdemokraterna befürwortet. ³²¹ In einer Antwort auf eine Interpellation im Parlament vom 1. April 2021 teilte der Minister für Justiz und Migration mit, dass die Regierung das Thema prüft. Nach Angaben des Ministers erwartet die Regierung eine Reihe von Anfragen und Stellungnahmen von Behörden zur Verhinderung schädlicher ausländischer Einflussnahme auf religiöse Gruppen. ³²²

³¹⁵ Real Decreto de 24 de julio de 1889 por el que se publica el Código Civil, Art. 59: « El consentimiento matrimonial podrá prestarse en la forma prevista por una confesión religiosa inscrita, en los términos acordados con el Estado o, en su defecto, autorizados por la legislación de éste. », <https://www.boe.es/buscar/act.php?id=BOE-A-1889-4763> (22.09.2021).

³¹⁶ A. Bevilacqua & C. Henning, Quel statut pour les imams en France ?; in La Croix, 19.11.2020.

³¹⁷ Macrì, La libertà religiosa, i diritti delle comunità islamiche. Alcune considerazioni critiche su due progetti di legge in materia di moschee e imam, in «Stato, chiese e pluralismo confessionale», Rivista telematica (www.statoechiese.it), n. 5 del 2018.

³¹⁸ <http://shoura.lu/mosques/> (01.11.2021).

³¹⁹ <https://www.trouw.nl/opinie/met-toetsing-en-registratie-van-imams-loopt-nederland-hopeloos-achter~b717271a/> (01.11.2021).

³²⁰ AFDD7A61-2935-460C-910B-702E1369BA68 (riksdagen.se) (14.09.2021).

³²¹ <https://www.svt.se/nyheter/inrikes/ebba-busch-thor-kraver-stoppa-all-utlandsk-finansiering-av-moskeer> (14.09.2021) und <https://www.svt.se/nyheter/inrikes/m-krav-stoppa-utlandska-pengar-till-extrema-samfund> (14.09.2021).

³²² https://riksdagen.se/sv/dokument-lagar/dokument/skriftlig-fraga/utlandsk-finansiering-av-islamistiska_H8112333 (14.09.2021).

T	Im Moscheeregister können sämtliche Moscheen mit ihren Adressen eingesehen werden. ³²³
UK	Imame sind weder Beamte noch müssen sie vom Staat autorisiert oder registriert werden. Wie bei Führern anderer Glaubensrichtungen können eine Moschee (oder das Komitee, das sie leitet) und der Imam ihre Beziehung nach Belieben definieren, um den Bedürfnissen der lokalen Gemeinschaft gerecht zu werden.

³²³<https://camiler.diyamet.gov.tr/> (01.11.2021).

ANNEX III: BESTEHEN VON TRANSPARENZPFLICHTEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER FINANZIERUNG VON MOSCHEEN ODER ANDEREN MUSLIMISCHEN VEREINIGUNGEN

Bei den folgenden beiden Tabellen (Punkte 1. und 2.) handelt es sich um rein vorläufige Übersichten, welche lediglich einer ersten Orientierung dienen sollten. Sofern nicht anders angegeben sind sie auf dem Stand vom 2. November 2021.

1. Überblick: Rechtslage

	Anzeige-, Offenlegungs-, Rechenschafts- oder andere Informationspflichten	Verbot der Auslandsfinanzierung
EU	-	-
A	Ja, auf Nachfrage besteht eine Vorlagepflicht	Ja, Auslandsfinanzierungsverbot, § 6 Abs. 2 IslamG
B	-	Nein, aber Gesetzesentwurf zur Änderung der Anzeigepflicht von Zuwendungen die einen Betrag von 3000 Euro ³²⁴ übersteigen.
DK	-	Ja, Gesetz zum Verbot finanzieller Zuwendungen durch bestimmte natürliche und juristische Personen, 15. März 2021 in Kraft getreten. ³²⁵
D	-	-
E	Nein	nein
F	Ja, aber (religiöse Vereinigungen): Gesetz Nr. 2021-1109 vom 24.08.2021 zur Bestätigung der Achtung der Grundsätze der Republik, insbesondere des Artikels 75.	Ja, (religiöse Vereinigungen): Gesetz Nr. 2021-1109 vom 24.08.2021 zur Bestätigung der Achtung der Grundsätze der Republik, Art. 74 und 77.
ITA	-	-
IRL	-	-
LUX	Ja, Art. 11 der Convention entre l'État du Grand-Duché de Luxembourg et les communautés religieuses établies au Luxembourg. ³²⁶	Nein
NL	-	Nein, aber aktuell intensiv diskutiert, wohl parlamentarische Mehrheit hierfür vorhanden.
N	-	Nein, allerdings wurde ein Vorschlag zur Änderung des Gesetzes über Religions- und Glaubensgemeinschaften (Lov om tros- og livssynssamfunnov) den Betroffenen zur Konsultation vorgelegt. ³²⁷
P	-	-

³²⁴ <https://www.rtbf.be/info/belgique/detail-les-dons-etrangeurs-de-plus-de-3000-euros-aux-cultes-feront-l-objet-d-un-enregistrement?id=10007510> (01.11.2021).

³²⁵ Lov 2021-03-13 nr. 414 om forbud mod modtagelse af donationer fra visse fysiske og juridiske personer.

³²⁶ <https://gouvernement.lu/dam-assets/fr/actualites/articles/2015/01-janvier/20-cdp-accord/Convention.pdf> (01.11.2021).

³²⁷ Lov om tros- og livssynssamfunn LOV-2020-04-24-31.

SF	-	-
S	-	-
T	-	-
UK	-	-

2. Eingehendere Ausführungen insb. zur politischen Diskussion

	Anzeige-, Offenlegungs-, Rechenschafts- oder andere Informationspflichten	Verbot der Auslandsfinanzierung
EU	-	Intensive Diskussion der entsprechenden bereits seit 2015 bestehenden österreichische Regelung. ³²⁸
A	§ 6 Abs. 2 IslamG: Aufzeichnungen über die Rechnungslegung und diesbezüglichen Unterlagen hinsichtlich aller ihrer Einrichtungen sind auf Nachfrage innerhalb einer vom Bundeskanzler festzusetzenden Frist vorzulegen. Erfolgt die Finanzierung durch eine andere juristische Person, so sind auch die diesbezüglichen Unterlagen dieser vorzulegen, § 25 Abs. 5 IslamG (neu eingefügt durch die Novelle vom 26. Juli 2021). In der Lehre und von Interessenvertretern stark kritisiert. ³²⁹	Aufbringung der Mittel für die gewöhnliche Tätigkeit zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder hat durch die Religionsgesellschaft , die Kultusgemeinden bzw. ihre Mitglieder im Inland zu erfolgen, Auslandsfinanzierungsverbot , § 6 Abs. 2 IslamG
B	Insbesondere hinsichtlich der Exekutive der Muslime Belgiens steht die Einführung einer Pflicht zur Rechnungslegung und weiterer Transparenzpflichten zur Diskussion. ³³⁰	Gesetzesentwurf zur Änderung der Anzeigepflicht hinsichtlich ins Ausland fließender oder aus dem Ausland stammender Zuwendungen zugunsten von nicht-wirtschaftlichen Vereinen, Stiftungen u.Ä. die einen Betrag von 3000 Euro ³³¹ übersteigen. Dies wird als Ausdruck des Versuchs gesehen Transparenz zu steigern, ohne Verbote aussprechen zu müssen.
DK	-	Gesetz zum Verbot finanzieller Zuwendungen durch bestimmte natürliche und juristische Personen, 15. März 2021 ³³² betrifft in der Praxis die Finanzierung von muslimischen Gemeinden und Moscheen. Ziel des Gesetzes

³²⁸ <https://foreignpolicy.com/2020/11/11/austria-not-france-is-the-model-for-europes-crackdown-on-islamists/> (01.11.2021).

³²⁹ <https://religion.orf.at/stories/3204086/> (01.11.2021).

³³⁰ <https://www.lalibre.be/belgique/politique-belge/2021/10/07/ce-genre-de-magouilles-on-merite-mieux-que-cela-dans-notre-pays-de-croo-hausse-le-ton-a-legard-de-lexecutif-des-musulmans-VEITBPWNW5HGTHOMP5B3OEU62Q/> (01.11.2021).

³³¹ https://www.rtf.be/info/belgique/detail_les-dons-etrangers-de-plus-de-3000-euros-aux-cultes-feront-l-objet-d-un-enregistrement?id=10007510 (01.11.2021).

³³² Lov 2021-03-13 nr. 414 om forbud mod modtagelse af donationer fra visse fysiske og juridiske personer.

		ist es, ausländische Personen, Organisation und auch Staaten daran zu hindern, die Demokratie und Menschenrechte zu untergraben. Der Minister für Immigration und Integration kann, auf Grundlage einer Empfehlung des Dänischen Immigrationsdienstes, entscheiden, ob bestimmte Personen, Organisationen oder Staaten auf die Liste gelangen sollen. Die Annahme von Zuwendungen von einer auf der betreffenden Liste befindlichen natürlichen oder juristischen Personen, die einen Betrag von 10,000 DKK pro Jahr (ca. 1,000 CHF) übersteigen, wird mit Busse bestraft. Nach Aussage des Dänischen Immigrationsdienstes, sollen die ersten Namen Ende 2021 gelistet werden.
D	-	Vorschläge gehen in Richtung einer « Moscheesteuer » ³³³ , vergleichbar mit der Kirchensteuer, um den Einfluss des Auslands zurückzuweisen. Überführung in den Status einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts – wie in Österreich – würde dies erlauben. Derzeit aber nicht abzusehen. Es sind lediglich einige wenige Gemeinden (etwa die Ahmadiyya Muslim Jamaat in Hessen und Hamburg) als Körperschaft verfasst sind und befugt, Steuern erheben zu lassen. ³³⁴
E	Gemäss dem in Artikel 16 Absatz 3 der spanischen Verfassung verankerten Grundsatz der Zusammenarbeit mit der Religion sollte der Staat Religionsgemeinschaften direkt durch öffentliche Mittel oder indirekt durch Steuervergünstigungen wirtschaftlich unterstützen. In Spanien erfolgt die finanzielle Unterstützung der islamischen Religion bisher ausschliesslich über staatliche Kooperationsabkommen, die direkt vom spanischen Staat über eine	In Spanien gibt es kein gesetzliches Verbot für Moscheen, ausländische Gelder anzunehmen, oder diesbezügliche Transparenzpflichten. In der Praxis hat dies zu mehreren Bedenken geführt. Kürzlich wurde der Schatzmeister der UCIDE wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation und wegen Terrorismusfinanzierung angeklagt. ³³⁶ Mehrere Experten fordern Transparenz bei der Finanzierung von Moscheen und islamischen Einrichtungen. ³³⁷

³³³ <https://www.welt.de/politik/article193085251/Moscheesteuer-Bundeslaender-wollen-auslaendischen-Einfluss-kappen.html> (01.11.2021).

³³⁴ <https://www.n-tv.de/politik/Muslimische-Gemeinde-erhaelt-Kirchenstatus-article10821086.html> (01.11.2021).

³³⁶ El Mundo, Prisión para el tesorero de la Unión de Comunidades Islámicas de España por financiar el terrorismo a través de una ONG (25.03.2021), <https://www.elmundo.es/espana/2021/03/25/605cce3f21efa0f71c8b45eb.html> (29.09.2021).

³³⁷ El Mundo, España debe implantar "transparencia a la financiación de mezquitas y entidades islámicas" (17.03.2021), https://www.elespanol.com/mundo/20210317/espana-implantar-transparencia-financiacion-mezquitas-entidades-islamicas/566694705_0.html (29.09.2021).

	öffentliche Stiftung («Pluralismo y Convivencia») finanziert werden. ³³⁵	
F	Ja, (religiöse Vereinigungen): Gesetz Nr. 2021-1109 vom 24.08.2021 zur Bestätigung der Achtung der Grundsätze der Republik, insbesondere des Artikels 75.	Ja, (religiöse Vereinigungen): Gesetz Nr. 2021-1109 vom 24.08.2021 zur Bestätigung der Achtung der Grundsätze der Republik, Art. 74 und 77.
ITA	Lediglich Gesetzesentwurf von 2016 über die "Bestimmungen über die Finanzierung und den Bau von Gebäuden, die für die Ausübung zugelassener Kulte bestimmt sind". ³³⁸	-
IRL	-	Keine etwaigen Regelungen, lediglich vereinzelt kritische Stimmen, die Transparenzgesichtspunkte hervorheben ³³⁹
LUX	Religionsgemeinschaften müssen ordnungsgemäße Kontoführung nachweisen. Die Jahresabschlüsse der Religionsgemeinschaften unterliegen der Kontrolle durch einen Betriebsprüfer bzw. durch einen Wirtschaftsprüfer, falls diese einen Betrag von 500.000 Euro nicht überschreiten, Art. 11 der Convention entre l'État du Grand-Duché de Luxembourg et les communautés religieuses établies au Luxembourg. ³⁴⁰	-
NL	-	Wird aktuell intensiv diskutiert , wohl parlamentarische Mehrheit hierfür vorhanden. Geplant ist eine Liste mit sog. unfreien Staaten (wie etwa in Dänemark oder Norwegen) , für die ein Finanzierungsverbot von inländischen Moscheen und anderen muslimischen Vereinigungen gelten würde. ³⁴¹ Das niederländische Justizministerium ist dagegen der Auffassung, dass eine solche Liste angesichts der Unbestimmtheit des Begriffs der «unfreien Staaten» nicht umsetzbar wäre. In der Lehre wird dies unter Verweis auf die in Art. 9 EMRK garantierte Religionsfreiheit als konventionsrechtswidrig abgelehnt. Das Recht auf kollektive Religionsausübung impliziere ein Recht auf Selbstfinanzierung, insb. in Rechtsordnungen, in denen

³³⁵ Martínez-Torrón, op. cit., pp. 209, 212-213.

³³⁸ <http://documenti.camera.it/leg18/pdl/pdf/leg.18.pdl.camera.254.18PDL0003710.pdf>. (01.11.2021).

³³⁹ <https://www.independent.ie/irish-news/regulate-all-mosques-to-stop-radical-preachers-irish-imam-35304257.html> (01.11.2021).

³⁴⁰ <https://gouvernement.lu/dam-assets/fr/actualites/articles/2015/01-janvier/20-cdp-accord/Convention.pdf> (01.11.2021).

³⁴¹ <https://www.rijksoverheid.nl/actueel/nieuws/2020/11/23/kabinet-pakt-ongewenste-buitenlandse-beinvloeding-integraal-aan> (28.10.2021).

		Religionsgemeinschaften keine staatliche Beihilfe erhalten wie in den Niederlanden. ³⁴²
N	-	Der Vorschlag zur Änderung des Gesetzes über Religions- und Glaubensgemeinschaften (Lov om tros- og livssynssamfunn) ³⁴³ verbietet ausländische Zuwendungen nicht als solche, bietet jedoch dem norwegischen Staat die Möglichkeit, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die Zuwendungen aus Ländern erhalten, die die Religions- und Weltanschauungsfreiheit missachten , die staatliche Finanzierung (tillskudd) zu verweigern. ³⁴⁴ Der Vorschlag gilt für ausländische Finanzierungen einer Religionsgemeinschaft, die 35.000 NOK (ca. 3.500 CHF) pro Jahr überschreiten. Bei der Beurteilung, ob ein Staat die Religions- und Weltanschauungsfreiheit achtet oder nicht, ist zu berücksichtigen, ob der Staat der UN-Konvention über bürgerliche und politische Rechte beigetreten ist, insbesondere ob er einen Vorbehalt zu Artikel 18 der Konvention, der das Recht auf Religion und Weltanschauung regelt, erklärt hat. Darüber hinaus ist das Bestehen der Todesstrafe, der körperlichen Züchtigung oder der Freiheitsstrafe wegen Abfalls oder Konversion zu einer anderen Religion oder der Todesstrafe wegen Gotteslästerung zu berücksichtigen. ³⁴⁵
P	-	-
SF	-	-
S	-	Es gibt kein Verbot oder spezielle Regeln für die Annahme ausländischer Zuwendungen oder etwaige Transparenzanforderungen hinsichtlich der Finanzierung von Religionsgemeinschaften, einschliesslich der Finanzierung von Moscheen. Allerdings wird die Problematik im Rahmen der allgemeinen Diskussion um Radikalisierungsprävention diskutiert. Die rechtspopulistische Partei Sverigedemokraterna hat kürzlich auf die Notwendigkeit einer neuen Gesetzgebung hingewiesen, die ausländische Zuwendungen an muslimische Gemeinden und Moscheen

³⁴² Ausführlich https://www.bjutijdschriften.nl/tijdschrift/religierechtenbeleid/2018/3/TvRRB_1879-7784_2018_009_003_004 (01.11.2021).

³⁴³ Lov om tros- og livssynssamfunn LOV-2020-04-24-31.

³⁴⁴ In Norwegen sind alle anerkannten Religions- und Glaubensgemeinschaften mit mindestens 50 Mitgliedern förderungsberechtigt. Hierbei handelt es sich um die Hauptfinanzierungsquelle der Religionsgemeinschaften in Norwegen.

³⁴⁵ <https://www.regjeringen.no/no/dokumenter/horing4/id2864774/?expand=horingsbrev> (11.10.2021).

		verbietet. Die Dringlichkeit einer stärkeren Kontrolle ausländischer Zuwendungen wurde auch von der grossen konservativen Partei Moderaterna und der konservativen Partei Kristdemokraterna befürwortet. In einer Antwort auf eine Interpellation im Parlament vom 1. April 2021 teilte der Minister für Justiz und Migration mit, dass die Regierung das Thema prüfe. Nach Angaben des Ministers erwarte die Regierung eine Reihe von Anfragen und Stellungnahmen von Behörden zur Verhinderung schädlicher ausländischer Einflussnahme auf religiöse Gruppen.
T	Nein, da die Moscheen ohnehin vom Staat selbst verwaltet und finanziert werden; die Imame sind Beamte und werden entsprechend vom Staat alimentiert. ³⁴⁶	-
UK	Während Grossbritannien möglicherweise keine Gesetze zur Sperrung ausländischer Finanzierungen einführt, könnten Massnahmen in Betracht gezogen werden, die die Institutionen dazu verpflichten würden, bei bestimmten Arten von Finanzierungen aus dem Ausland mehr Transparenz zu zeigen. ³⁴⁷	Die Einführung eines Auslandsfinanzierungsverbots würde im Vereinigten Königreich wahrscheinlich auf erhebliche Einwände stossen, etwa Beschwerden über übermässige staatliche Eingriffe in religiöse Einrichtungen auslösen oder die Frage aufwerfen, welche Staaten entsprechend kategorisiert werden sollen. ³⁴⁸

³⁴⁶ <https://finans.mynet.com/haber/detay/ekonomi/imam-ve-vaiz-maasi-zammi-2021-2021-vaiz-ve-imamlarin-maas-artisi-ne-kadar-oldu-en-yukse-ve-en-dusuk-imam-ve-vaiz-maaslari-kac-para-oldu/412543/> (01.11.2021).

³⁴⁷ <https://www.irishtimes.com/news/world/uk/saudi-arabia-largest-funder-of-extremism-in-uk-report-finds-1.3144020> (01.11.2021).

³⁴⁸ Ausführlich <http://henryjacksonsociety.org/wp-content/uploads/2017/07/Foreign-Funded-Islamist-Extremism-final.pdf> (01.11.2021)

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG

Dr. Lukas Heckendorn Urscheler, LL.M.
*Stellvertretender Direktor, Co-Leiter des
Direktionsbereichs Recht & Wissenschaft*

Projektleitung, rechtsvergleichender
Überblick & Österreich

Dr. Johanna Fournier, LL.M.
Referentin für deutschsprachige Rechtsordnungen

Belgien & Niederlande

Dr. Mathias Wouters
*Referent für die Rechtsordnungen der BeNeLux-
Staaten*

Dänemark, Norwegen & Schweden

Henrik Westermark, LL.M.
*Referent für skandinavische Rechtsordnungen (und
EU Recht)*

Frankreich

Dr. Carole Viennet
*Referentin für französischsprachige
Rechtsordnungen*

Irland & Vereinigtes Königreich

John Curran, LL.M.
Referent für Common Law

Italien

Dr. Ilaria Pretelli
Referentin für italienisches Recht

Spanien

Dr. Rodrigo Polanco Lazo
*Referent für spanisch- und portugiesischsprachige
Rechtsordnungen*